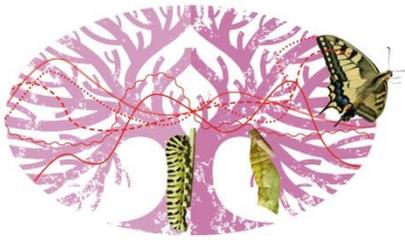


WACHSTUM
WANDEL

KONFERENZ 2016



MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWEERTES
ÖSTERREICH

www.wachstumimwandel.at/konferenz2016/

ZUKUNFTSDOSSIER N° 6

WACHSTUMSGRENZEN DIE (POST-)WACHSTUMSDEBATTE IN DER AKTUELLEN FACHLITERATUR

TRANSFORMATION

ENTWICKLUNG

GRENZEN

Impressum

Die Reihe „Zukunftsdossiers“ im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft bietet interessierten LeserInnen in kompakter Form Wissen über zukunftsrelevante Themen. Das Zukunftsdossier „Wachstumsgrenzen. Die (Post)-Wachstumsdebatte in der aktuellen Literatur“ erschien im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ anlässlich der 3. Internationalen Konferenz „Wachstum im Wandel 2016“ im Februar 2016. Nähere Informationen finden Sie unter www.wachstumimwandel.at.

Verfasser: Mag. Hans Holzinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg.
www.jungk-bibliothek.at
Tel. 0662.873206, E-Mail: h.holzinger@salzburg.at.



**MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWEERTES
ÖSTERREICH**

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Sektion I, Umwelt und Klimaschutz, Abteilung I/2 – Energie- und Wirtschaftspolitik (Leitung: Martina Schuster); Abteilung EU-Koordination Umwelt (Leitung: Elisabeth Freytag-Rigler), Stubenbastei 5, 1010 Wien.

Kontakt: Caroline.Vogl-Lang@bmlfuw.gv.at

Die in den Zukunftsdossiers vertretenen Meinungen der AutorInnen sind nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Layout: Gerda Palmetshofer

Erscheinungsdatum: Februar 2016

Alle Rechte vorbehalten.

Zusammenfassung.....	8
Positionen	14
Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität	14
Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation	17
Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission	20
Prosperity without Growth	24
Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn	26
Wie viel ist genug?	28
Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben	31
Welches Wachstum ist nachhaltig?	33
Policy Papers „Wachstum im Wandel“	37
Perspektiven einer Postwachstumsgesellschaft	38
Hybris. Die überforderte Gesellschaft	42
Erfolg und Ende der Wachstumsgesellschaft	44
Befreiung vom Überfluss	46
Geld oder Leben	49
Vorsorgendes Wirtschaften	51
Abschied vom Wachstumsdenken	52
Machtwirtschaft – nein danke	55
Solidarische Postwachstumsökonomie	58
Weniger wird mehr. Atlas der Globalisierung	61
Perspektiven einer Suffizienzpolitik	64
Weder Mangel noch Übermaß	65
Ökologischer Konsum – Ende einer Illusion	66
Vorwärts zur Mäßigung	68
Gekaufte Zeit – vertagte Krise	69
Mitten in der Krise – New Deal für Europa	72
Die Kosten der Krise tragen wir alle	74
Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts	79
Wir arbeiten und nicht das Geld	81
Geld und Schuld	84
Ökonomie für die Satten	87
Reduktive Moderne – Transformationsdesign	90
Wege aus der Wachstumsfalle	93
Intelligent wachsen	94
Gemeinwohlökonomie	95
Wachstumsneutrale Unternehmen	98
Genossenschaften – Gewinn für alle	100
Wir steigern das Bruttosozialglück	101
Welt mit Zukunft	103
Sklaven des Wachstums. Geschichte einer Befreiung	106
Der große Verbrauch	108
Kritik der Grünen Ökonomie	110
Menschenrechte und Ungleichheit	112
Nachhaltige Entwicklungsziele	114
Überblick über die Debattenstränge zu (Post)-Wachstum	116
Synthese	119
Weiterführende Links	122

Vorwort

Niedrige Wachstumsraten von maximal 1 – 2 Prozent scheinen zur neuen Normalität in allen OECD-Staaten zu werden. Österreichs Wirtschaft verzeichnete in den Jahren 2010 und 2011 reale Wachstumsraten des BIP von 1,9 bzw. 2,7 Prozent. Für die Jahre 2012, 2013 und 2014 werden 0,6 sowie zweimal 0,4 Prozent ausgewiesen. Und für 2015 prognostizierte die Österreichische Nationalbank (OeNB) im Dezember des Bezugsjahres eine Wachstumsrate von 0,7 Prozent. Freilich hoffen die Wirtschaftsforschungsinstitute sowie die OeNB für 2016 und 2017 wieder auf ein leichtes Anziehen der Wirtschaft – die OeNB prognostiziert 1,9 für heuer und 1,8 Prozent für nächstes Jahr (► OeNB 2015: Gesamtwirtschaftliche Prognose). Gehofft wird vor allem auf eine gesteigerte Konsumnachfrage aufgrund der Steuerreform.

Hohe Wachstumsraten von fünf und mehr Prozent gelten als **historische Ausnahme** und sind nur in der Aufbauphase von Volkswirtschaften zu erzielen. Die Zeiten hoher Wachstumsraten sind also vorbei und dafür ist die globale Finanzkrise 2007/2008 nur ein Grund unter vielen und wahrscheinlich nicht der gewichtigste. Zu diesem Schluss kommt auch die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ (2013) des Deutschen Bundestags.

China, der Wachstumsmotor der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten, verzeichnete über Jahre Wachstumsraten von sieben Prozent. Manche gehen davon aus, dass in China – wie im Nachkriegseuropa – nach der ersten Aufbauphase die Zeit solcher Wachstumsraten vorbei sei und 2 – 3 Prozent jährliches Wachstum zur neuen Normalität werden könnten, was die rohstoffexportierenden Länder ebenso treffe wie jene, die hochwertige Industriegüter nach China exportieren wie etwa Deutschland.¹

Das **Nachdenken über ein anderes Wachstum** oder auch über **Postwachstum** macht daher allein deswegen Sinn, weil uns neue Fakten dazu zwingen. Darüber hinaus gibt es gute weitere Gründe für die Postwachstums-Debatte – ökologische, soziale, kulturelle.

Hohe Wachstumsraten von fünf und mehr Prozent gelten als historische Ausnahme und sind nur in der Aufbauphase von Volkswirtschaften zu erzielen. Die Zeiten hoher Wachstumsraten gehören daher der Vergangenheit an und dafür ist die globale Finanzkrise 2007/2008 nur ein Grund unter mehreren.

¹ Claus Hecking: Virus aus Fernost. Chinas Wirtschaft ist im Umbruch – und der Rest der Welt braucht ein neues Wachstumsmodell. In: DIE ZEIT, 14. Jänner 2016, S. 21. Laut diesem Bericht ist die Volksrepublik heute der weltgrößte Importeur von Erdöl, sie verbraucht jede zweite auf dem Planeten geförderte Tonne Kohle und zwei Drittel des verschifften Eisenerzes. Binnen dreier Jahre, von 2011 bis 2013, soll China mehr Zement verbaut haben als die USA im gesamten 20. Jahrhundert. Doch der Boom könnte nun vorbei sein. Was für die Wirtschaft von China und für die Weltwirtschaft eine Herausforderung darstellt, erweist sich für die Umwelt als kleiner Lichtblick. Nach einer Studie internationaler Klimaforscher seien, so Hecking, 2015 die Kohlendioxidemissionen der Welt leicht gesunken.

Zur ersten internationalen Tagung „Wachstum im Wandel“ im Jahr 2010 konnte ich ein Zukunftsossier \blacklozenge „*Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke*“ verfassen, welches den Stand der Fachliteratur zum damaligen Zeitpunkt würdigte. Die zentralen Themen damals bezogen sich auf die Mehrfachkrise des westlichen Wirtschafts- und Konsumstils. Zu den ökologischen Krisen gesellten sich die große Finanzkrise 2007/2008 sowie die ihr folgende Verschuldungskrise der öffentlichen Haushalte. Wie der Ressourcenverbrauch sowie der Klimawandel eingedämmt, die Finanzmärkte (wieder) reguliert und die Arbeitslosigkeit zurückgefahren werden könnten, lauteten die zentralen Fragestellungen. Mit einem Wort ging es darum, wie „**krisenfeste Marktwirtschaften**“ aussehen könnten.

Die Postwachstumsdebatte spielte damals noch eine geringe Rolle. Seit den 1972 erschienenen „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome waren zwar die ökologischen **Grenzen des Wirtschaftens** bekannt; sie wurden jedoch verdrängt bzw. hinausgeschoben. Da half auch die Einführung des Begriffs der **Nachhaltigkeit** in die öffentlichen Diskurse – datiert mit dem Bericht „*Our Commons Future*“ aus 1987 sowie der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung aus 1992 – wenig. Vereinzelt gab es Versuche, darauf hinzuweisen, dass bekannte Ökonomen wie John Stuart Mill, Adam Smith, John Maynard Keynes, Herman Daly oder Hazel Henderson in ihren theoretischen Abhandlungen nie von permanentem Wachstum ausgegangen sind; *Fred Luks* kommt hier mit seiner Studie „*Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft*“ (2001) großes Verdienst zu. Und das Institut für Wachstumsstudien in Gießen hat versucht darzulegen, dass zumindest exponentielles Wirtschaftswachstum in hochentwickelten Volkswirtschaften nicht mehr möglich (und auch nicht mehr nötig) ist.

Die Initiative „**Wachstum im Wandel**“ und das in diesem Kontext 2009 erschienene Argumentarium \blacklozenge „*Welches Wachstum ist nachhaltig?*“ galten zumindest im deutschen Sprachraum als Vorreiter für eine Debatte über ein anderes Wachstum. Auch wenn das Echo anfangs gering war.

Dies hat sich nun geändert. Im hier behandelten **Zeitraum 2009-2015** ist eine Fülle an Publikationen erschienen, die die Frage des Wachstums kritisch diskutieren und Alternativen dazu aufzeigen. Konsumkritische Strömungen, die sich aus der frühen Konsumkritik etwa der „Kritischen Theorie“ ebenso speisen wie aus neueren Ergebnissen der Zufriedenheitsforschung, spielen darin genauso eine Rolle wie ökologische Zugänge sowie Ansätze, die auf ein Neudenken von Arbeit [siehe dazu das WiW-Zukunftsossier No. 2 \blacklozenge „*Zur Zukunft der Arbeit*“ (2010), das WiW-Zukunftsossier No. 3a \blacklozenge „Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte“ (Neuaufgabe 2016) sowie das WiW-Zukunftsossier No. 5 \blacklozenge „Auf der

Die Postwachstumsdebatte entstand im Gefolge der Mehrfachkrise des westlichen Wirtschafts- und Konsumstils. Hoher Ressourcenverbrauch, instabile Finanzmärkte, ständig steigende öffentliche Verschuldung gelten als Stichworte.

Suche nach einem Wohlstandsmodell“ hinwirken. Niko Paech, der 2012 mit „*Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie*“ einen kleinen Bestseller verfasste, hatte den Begriff der „Postwachstumsökonomie“ bereits in dem zitierten Argumentarium für die WiW-Initiative verwendet. In Frankreich, wo bereits früher als in Deutschland über Postwachstum diskutiert wurde, hat sich der Begriff „*Décroissance*“, also Wachstumsrücknahme etabliert.

Im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ sind von 2012–2014 neun Policy-Papers erschienen, zuletzt ein Papier zu „*Wachstum und Verteilung*“ (2014). Eine *Zusammenfassung aller Papers* benennt die zentralen Handlungsfelder im Kontext der (Post)-Wachstumsdebatte. Das von den PromotorInnen der Initiative „Wachstum im Wandel“ herausgegebene Argumentarium „*Growth in Transition*“ (2011) bereicherte auch die internationale Diskussion (HerausgeberInnen: Friedrich Hinterberger, Elisabeth Freytag, Elke Pirgmaier, Martina Schuster).

Publikationen sind immer auch ein Spiegel für neue gesellschaftliche Bewegungen. So ist in den letzten Jahren eine Vielzahl an **Netzwerken und Initiativen für Postwachstum** entstanden. Im angloamerikanischen Raum sind etwa die „Downsizing“-Initiativen und die ›Degrowth‹-Bewegung zu nennen (☉ www.degrowth.org)– als wichtiger Proponent gilt dabei der britische Ökonom *Tim Jackson* mit seiner Publikation „*Prosperity without Growth*“. In Frankreich gilt die Bewegung für „*Décroissance*“ um *Serge Latouche* („*Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*“) als kritischer Stachel gegen das herrschende Wachstumsdenken (☉ www.decroissance.fr).

In **Deutschland** umfasst die Postwachstums-Bewegung ein breites Spektrum von *gesellschaftskonservativen* Ansätzen wie dem Denkwerk Zukunft von Meinhard Miegel (www.denkwerkzukunft.de) über *liberal-ökologische* Ansätze, vertreten auf dem Blog www.postwachstum.de von Angelika Zahrt u. a. und *radikal-ökologische* Ansätze wie jenem von Niko Paech von der Universität Oldenburg bis hin zu *linken* Ansätzen etwa von attac (☉ www.attac-netzwerk.de/jenseits-des-wachstums) oder dem Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (☉ www.kolleg-postwachstum.de). Große „Degrowth“-Konferenzen in Deutschland galten als starkes Zeichen der Zivilgesellschaft für ein anderes Wirtschaften (☉ www.degrowth.de).

Aber auch auf **politischer Ebene** wird zumindest über ein anderes Wachstum sowie eine erweiterte Wohlstandsmessung nachgedacht. Die *OECD* (Better Life Index) sowie die *Europäische Kommission* (Satisfaction Adjusted Life Expectancy, SALY) haben ebenso Studien erstellen lassen wie einzelne Regierungen (in Frankreich die *Stiglitz-Fitoussi-Kommission*, in Deutsch-

Im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ sind neun Policy-Papers zu allen zentralen Handlungsfeldern der (Post)-Wachstumsdebatte erschienen.

Publikationen sind immer auch ein Spiegel für neue gesellschaftliche Bewegungen. So sind in den letzten Jahren eine Vielzahl an Netzwerken und Initiativen des Postwachstums entstanden.

land die *Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“*, 2013). Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderung (WBGU) hat für die Deutsche Bundesregierung einen umfassenden Bericht „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (2012) verfasst.

Die folgende **Literaturübersicht** basiert mehrheitlich auf Rezensionen, die der Verfasser für die von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen herausgegebene Zeitschrift „*Pro Zukunft*“ erstellt hat. Die Reihung erfolgt thematisch: Den oben genannten regierungsnahen Berichten folgen Publikationen der internationalen Postwachstumsdebatte. Die daran anschließenden Veröffentlichungen im deutschsprachigen Raum gliedern sich in *umwelt-, sozial- und politikwissenschaftliche* Publikationen mit dem Fokus auf Ressourcengrenzen, Lebensqualität und Sicherung von Lebensstandard inkl. sozialen Errungenschaften in Postwachstumsgesellschaften sowie in *innerökonomische Diskurse* mit dem Fokus auf Wachstumsdynamiken im Kapitalismus, der Rolle von Finanzmärkten im Kontext des Wachstumszwangs bzw. der Öffentlichen Verschuldung und den Barrieren für Postwachstum. Abschließend werden mit Blick auf die *Sustainable Development Goals* (SDGs) Wachstumsaspekte im Kontext der Überwindung von Hunger und Armut diskutiert.

Jörg Randers geht in seinem Bericht an den Club of Rome „*2052 – Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre*“ (2012) davon aus, dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft in dieser Zeit verdoppeln wird, nicht jedoch wie in den letzten 40 Jahren vervierfachen. Die Wachstumsraten der OECD-Staaten würden sich maximal bis 2030 geringfügig erhöhen und spätestens ab diesem Zeitpunkt negativ ausfallen. Naheliegenderweise prophezeit Randers den Schwellenländern zunächst bedeutend höhere Wachstumsraten (die größten soll China verzeichnen), aber auch hier wird das Wachstum zurückgehen. Nur geringes Wachstum sieht Randers (von einigen Ausnahmen abgesehen) in jener Ländergruppe, die er als „Rest der Welt“ bezeichnet – die Folgen des Klimawandels würden dabei einer der Gründe sein.

Mit Blick auf die SDGs ist zu hoffen, dass diese Prognosen sich nicht bewahrheiten werden, sondern dass ein alternativer Entwicklungspfad gelingt, der den sozialen Menschenrechten aller ErdenbürgerInnen bis 2050 zum Durchbruch verhelfen wird.

Hans Holzinger, im Jänner 2016

Zusammenfassung

Die Debatten in der Fachliteratur weisen – das halte ich für spannend und fruchtbar – durchaus **unterschiedliche Zugänge** auf. Sie reichen von **konservativer Wachstumskritik**, etwa Meinhard Miegels „*Exit. Wohlstand ohne Wachstum*“ (2010) über **liberal-ökologische Ansätze** etwa des britischen Regierungsberaters Tim Jackson, dessen „*Welfare without Growth*“ (2009) im Jahr 2011 auf Deutsch erschienen ist, oder der Ökonomin Irmi Seidl und der ehemaligen BUND-Vorsitzenden Angelika Zahrt, die 2010 den Band „*Postwachstumsgesellschaft*“ herausgegeben haben, bis hin zu genuin **linker Wachstumskritik**, die auf Umverteilung statt Wachstum im Interesse der Konzerne und auf Kosten der Natur setzt, etwa im attac-Sammelband „*Ausgewachsen. Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben*“ (2011). **Radikal-ökologische Ansätze** wie jener von Niko Paech („*Befreiung vom Überfluss*“, 2012) oder jener des französischen Wachstumskritikers Serge Latouche („*Es reicht. Abrechnung mit dem Wachstumswahn*“, 2015) finden ebenso Platz wie **pragmatische Ansätze** mit (auch an die Politik) gerichteten Perspektivenbänden wie „*Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen*“ von Christine Ax und Fritz Hinterberger (2013). Die nüchterne Analyse „*Sklaven des Wachstums. Die Geschichte einer Befreiung*“ von Reiner Klingholz (2014) ist wie der in der Reihe Forum für Verantwortung erschienene Band „*Wege aus der Wachstumsgesellschaft*“ (2013) oder der vom ehemaligen Grünpolitiker Reinhard Loske verfasste Essay „*Abschied vom Wachstumsdenken*“ (2011) diesem pragmatischen Ansatz zuzurechnen.

So unterschiedlich die Ansätze im Detail sein mögen, sie verbindet eine **neue Sicht auf Lebensqualität**, in deren Zusammenhang neben der bereits erwähnten **Zufriedenheitsforschung** – eine gute Zusammenfassung gibt Günther Tichy (2011) – auch die Bewegung des „Buen vivir“ aus Lateinamerika zu nennen ist; und als wichtiger Vertreter Alberto Acosta mit dem Buch „*Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*“ (2015). Die **Suffizienz-bewegung** ist bedeutend älter als die Postwachstumsbewegung, hat diese aber immens befruchtet; ebenso wie der Ansatz einer feministischen Ökonomie. Als aktuelle Publikationen seien exemplarisch „*Geld oder Leben*“ (2010) von Veronika Bennholdt-Thomsen sowie der Band „*Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*“ (2013) des gleichnamigen Netzwerks genannt. Debatten über **Suffizienz versus Effizienz** bzw. „**Grünem Wachstum**“ („*Epochenwechsel*“ von Michael Müller und Kai Niebert, 2009; „*Intelligent wachsen*“ von Ralf Fücks, 2014) **versus Wachstumsrücknahme** (Paech, Latouche, zuletzt Fatheuer/Fuhr/Unmüßig: „*Kritik der Grünen Ökonomie*“, 2015) stehen Ansätze gegenüber, die beide Strategien verbinden.

Die (Post-)Wachstumsdebatte umfasst unterschiedliche Zugänge. Der gemeinsame Fokus liegt auf den Fragen der Lebensqualität, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Tragfähigkeit des Wirtschaftens in der Zukunft.

Manfred Loske plädiert in „*Politik der Zukunftsfähigkeit*“ (2015) für Ambiguitätstoleranz und die Bereitschaft, unterschiedliche Ansätze zu integrieren. Auch die Publikationen des Verfassers dieses Dossiers „*Neuer Wohlstand. Leben und wirtschaften auf einem begrenzten Planeten*“ (2012) sowie „*Von nichts zu viel. Für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands*“ (bei oekom im Erscheinen) stehen in dieser Tradition.

Neu ist – und das erscheint mir bedeutend –, dass auch in den **Wirtschaftswissenschaften** zumindest ein zartes Umdenken stattfindet. Bedingt durch die teilweise gegen Null sinkenden Wachstumsraten, die VertreterInnen der Postwachstumsökonomie nicht als Problem, sondern als Notwendigkeit sehen, werden auch unter ÖkonomInnen, die dem (Keynesianischen) Wachstumsdenken verhaftet sind, die Stimmen nach Alternativen lauter. Genannt seien exemplarisch der ehemalige WIFO- und nunmehrige AK-Ökonom Markus Marterbauer („*Zahlen bitte. Die Kosten der Krise tragen wir alle*“), Heiner Flassbeck („*Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts*“, 2010) oder Karl Georg Zinn („*Vollbeschäftigung durch Wachstum ist obsolet*“, 2010), die als neuen möglichen Weg der Arbeitsmarktpolitik die Weitergabe von Produktivitätszuwächsen nicht mehr (allein) durch Lohn erhöhungen, sondern auch durch **Arbeitszeitverkürzungen** vorschlagen. Wiederentdeckt wird in diesem Kontext der 1930 erschienene Essay „*Die ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkelkinder*“ von John Maynard Keynes, auf den sich u. a. Robert und Edward Skidelsky in ihrem Bestseller „*Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*“ (2012, 2014) stützen.

Auch **Wirtschaftslehrbücher** wie „*Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre*“ von Holger Rogall (2011) oder „*Wie funktioniert Wirtschaft?*“ von Pirmin Fessler und Stefan Hinsch (2013) öffnen sich der Postwachstumsdebatte.

Eine zentrale Rolle spielen die Debatten über den angeblichen oder realen „**Wachstumswang**“ im modernen Kapitalismus mit Verweis auf die Deflationsgefahren bei negativen Wachstumsprognosen, die zum „Investitionsstreik“ der Unternehmen (Wolfgang Streek in „*Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des Kapitalismus*“, 2013) führen würden. Früh hat der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger auf die „**Wachstumsspirale**“ im kreditfinanzierten Wirtschaften hingewiesen; in „*Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft*“ (2009) macht Binswanger Vorschläge, wie der Wachstumsdrang durch neue Unternehmensformen oder Beschränkungen für börsennotierte Unternehmen zumindest gedämpft werden könnte. Binswanger geht von einer notwendigen Wachstumsrate von 1,5 Prozent für die Weltwirtschaft aus, um der Rezessionsgefahr zu entgehen. Vor der nach wie vor nicht gebannten **Rezessions-**

Die Postwachstumsdebatte wurde zunächst von VertreterInnen der Ökologie und Konsumkritik angestoßen. Neu ist, dass auch in den Wirtschaftswissenschaften eine allmähliche Öffnung für Fragen eines anderen Wachstums stattfindet.

gefahr nach der Finanzkrise warnt u. a. Joseph Stiglitz, der für die USA eine Nachfragestimulierung durch eine bessere Verteilungspolitik fordert („*Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft*“, 2015). Mehrere Ökonomen fordern einen „**Green New Deal**“, etwa Stephan Schulmeister in Anlehnung an den New Deal von Roosevelt („*Mitten in der Krise*“, 2010; „*Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht*“, 2015). Der Ökonom geht davon aus, dass auch hochentwickelte Volkswirtschaften in nächster Zeit Wachstumsraten von 1-2 Prozent brauchen werden, um die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Staatsschulden abzubauen. Für die EU veranschlagt er 3 Prozent Wachstum in den nächsten Jahrzehnten, wobei dieses in den Volkswirtschaften mit niedrigerem BIP höher, in denen mit hohem BIP geringer ausfallen müsste.

Auf **grünes Wachstum** setzen auch VertreterInnen aus der Ökologie wie Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich Böll-Stiftung, in „*Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*“ (2013) sowie VertreterInnen einer ökologischen Modernisierung bzw. einer Industrieökologie (etwa Michael Müller und Kai Niebert: „*Epochenwechsel. Plädoyer für einen grünen New Deal*“, 2009; zusammenfassend Ernst Udo Simonis im *Jahrbuch Ökologie 2012* zum Thema „Grüner Umbau“). Auch das Konzept einer **ökosozialen Marktwirtschaft**, vertreten etwa von Franz Josef Radermacher und Josef Riegler („*Welt mit Zukunft. Die ökosoziale Perspektive*“, 2010/2011; „*Ökosoziale Marktwirtschaft*“, 2011), geht von der Möglichkeit und Notwendigkeit weiteren Wirtschaftswachstums aus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der „Grünen Ökonomie“ findet sich bei Fatheuer u. a. in „*Kritik der Grünen Ökonomie*“ (2015) sowie Ulrich Brand in dem Paper „*Degrowth und Post-Extraktivismus – zwei Seiten einer Medaille?*“ sowie in dem Atlas der Globalisierung zum Thema „Weniger ist mehr“ (2015); eine kritische Würdigung des Effizienz- und Suffizienzansatzes versuchen Frank Adler und Ulrich Schachtschneider („*Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus*“, 2010).

Nicht zuletzt bedingt durch die Finanzkrise 2007/2008 sind zahlreiche Veröffentlichungen erschienen, die sich mit den Zusammenhängen von **Wachstum und Geldordnung** auseinandersetzen. Neben der Kritik am Zinssystem und dem daraus resultierenden Vorschlag von Regionalwährungen (exemplarisch „*Das Geld der Zukunft*“ von Bernd Lietaer (2001) werden hier vor allem die Verbindungen von privater Vermögenskonzentration und öffentlicher Verschuldung untersucht. Der Ökonom Raimund Dietz fordert in „*Geld und Schuld*“ (2013) eine Vermögensbremse, ohne die die öffentliche Verschuldung nicht in den Griff zu kriegen sei. Der Finanzexperte Arno Gahrman tritt darüber hinaus für eine erneute Dezentralisierung des Wirtschaftens ein („*Wir wirtschaften und nicht das Geld*“, 2013). Die Wachstumsfrage spielt hier insofern eine zentrale Rolle,

Zentrale Aspekte der Debatte beziehen sich auf die Frage eines Wachstumszwangs im kapitalistischen Wirtschaften sowie die Möglichkeiten und Grenzen grünen Wachstums. Im Zuge der Finanzkrise gewannen auch die Rolle von Geldmärkten, öffentlicher Verschuldung bei gleichzeitiger privater Vermögensanhäufung an Bedeutung.

da trotz äußerst niedriger Zinssätze in den letzten Jahren die Investitionstätigkeit der Unternehmen kaum zugenommen hat; und auch nicht jene des Privatkonsums.

Überdies erschwert eine hohe **öffentliche Verschuldung** Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung sowie im Sozialbereich. Verschuldung wird mehrfach problematisiert. Zum einen sei Wachstum in den letzten Jahren nur mehr über mehr Schulden angestoßen worden, was nicht auf die Dauer gut gehen könne – Wolfgang Streeck spricht daher von „Gekaufter Zeit“ (2013), Ralf Dahrendorf vom Übergang vom „**Sparkapitalismus**“ zum „**Pumpkapitalismus**“ (2009). Der tschechische Ökonom Thomás Sedláček attestiert gar einen „Scheinkapitalismus“, da eben nicht mehr der Markt, sondern Sonderinteressen etwa im Finanzsektor zur dominierenden Größe geworden seien. In dem gemeinsam mit dem Journalisten Oliver Tanzer verfassten Band „*Ökonomie auf Freuds Couch*“ (2015) sieht Sedláček das Hauptproblem in dem künstlich angefachten Konsum um den Preis öffentlicher Verschuldung. Nicht das Gegensteuern in der Depression, sondern das **Anheizen der Wirtschaft** in ihren „manischen Phasen“ mit der Folge von Blasenbildung, mache den Kapitalismus heute derart instabil. Indirekt empfehlen die Autoren den Ausstieg aus dem Wachstumszwang.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang erste Studien zur Frage, wie Unternehmen mit Wachstum bzw. Nicht-Wachstum umgehen. Eine Umfrage des Instituts für ökologisches Wirtschaften (Jana Gebauer u. a.: „*Wie wichtig ist Wachstum für KMU?*“, 2015) hat ergeben, dass zumindest ein Drittel der in Deutschland befragten Unternehmen keine Wachstumsnotwendigkeit sahen. Dass es bereits erfolgreiche „**wachstumsneutrale Unternehmen**“ gibt, zeigt eine gleichnamige IÖW-Studie von Andrea Liesen, Christian Dietsche und Jana Gebauer (2013). Der Ökonom André Reichel spricht im „*Zukunftsreport 2016*“ des Zukunftsinstituts von „Low Growth“, wobei neben Konsumgrenzen auch neue Modelle kollaborativer Ökonomie des Reparieren, Teilens und Tauschens das Wachstum dämpfen werden. Neue Geschäftsmodelle für Postwachstumsunternehmen sieht er in langlebigen Produktiven sowie in der Verbindung von Produkten, Wartung und Reparatur.

Nicht explizit auf die Wachstumsdebatte bezogen, diese jedoch beeinflussend, sind Vorschläge für ein **solidarisches Wirtschaften**, etwa im Modell der „*Gemeinwohlökonomie*“ von Christian Felber (2012) oder in den wieder an Bedeutung gewinnenden Ansätzen genossenschaftlicher und alternativer Wirtschaftsformen. Exemplarisch genannt seien „*Gewinn für alle! Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft*“ (2012) von Konny Gellenböck sowie „*Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die*

Mittlerweile gibt es erste Studien über „wachstumsneutrale Unternehmen“ sowie zahlreiche Ansätze eines anderen Wirtschaftens wie das Modell der Gemeinwohlökonomie oder die wiederentdeckte Unternehmensform der Genossenschaft.

anders wirtschaften und besser leben“ (2012) von Annette Jensen. Ansätze wie diese ermöglichen ein anderes Wachsen von Wirtschaften; sie sind zumindest derzeit jedoch noch auf kleine Gesellschaftsnischen beschränkt.

Harald Welzer, der mit der „Stiftung Futur 2“ PionierInnen des Wandels vorstellt, spricht in dem gemeinsam mit Bernd Sommer verfassten Band „Transformationsdesign“ (2015) von einer „**reduktiven Moderne**“, in der die Schrumpfung nicht-nachhaltiger Wirtschaftsbereiche mit einem Wachsen nachhaltiger Ansätze sowie neuer Dimensionen von Lebensqualität verbunden werden.

Im Kontext der **Überwindung von Hunger und Armut** wird schließlich gefragt, welches Wachstum geeignet ist, nachholende Entwicklung unter Einhaltung der ökologischen Grenzen zu ermöglichen. Der indische Ökonom Chandran Nair geht in „Der große Verbrauch“ (2011) davon aus, dass die Globalisierung des westlichen Lebensstils nicht möglich sein wird und die gegenwärtige globale Wirtschaftsordnung primär den Oberschichten in den Ländern des Südens sowie multinationalen Konzerne zu Gute kommt. Er fordert für Asien einen eigenen, an den Grundbedürfnissen ausgerichteten, staatlich gelenkten Wirtschaftskurs. Der „Weltagrarbericht“ (2009) kommt zum Schluss, dass naturangepasste Anbaumethoden und eine gerechte Bodenverteilung der beste Weg zur Überwindung von Armut und Unterernährung in den Ländern des Südens sind.

Zu ähnlichen Schlüssen kommen auch Thomas Fatheuer, Lili Fuhr und Barbara Unmüßig in ihrer „Kritik der Grünen Ökonomie“ (2015). Der Menschenrechtsexperte Manfred Nowak zeigt in „Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit“ (2015) an zahlreichen Befunden auf, dass die Hauptanstrengung der Zukunft der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Benachteiligten gehören muss. Die Beiträge des Schwerpunktheftes „Nachhaltige Entwicklungsziele“ der Politischen Ökologie (2015) sehen in den *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen die Chance, nachholende Entwicklung und Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden. Mehrfach kritisiert wird jedoch die einseitige Fixierung auf herkömmliches Wirtschaftswachstum in Ausführungen zu den Unterzielen der SDGs. Die Trickle-down-Theorie, also die Annahme, dass Wachstum der Wohlhabenden auch den Armen nützt, ist mittlerweile vielfach widerlegt. Wenig Optimismus verbreiten auch die Prognosen von Jörgen Randers in „2052. Der neue Bericht an den Club of Rome“ (2012), der zwar einigen Ländern des Südens starkes, den meisten jedoch nur geringes Wachstum voraussagt.

In der **Vielfalt der Ansätze** – dies soll der vorliegende Literaturreview zeigen – liegt die Stärke der neuen Diskurse über ein anderes Wachstum

Am bedeutendsten sind wohl die Auseinandersetzungen über ein Wirtschaften, das Hunger und Armut überwindet und die Ökosysteme der Erde nicht weiter schädigt.

sowie über Postwachstum. Der gemeinsame Bezugspunkt sind die sich mehrenden Krisen, die mit der weiteren Expansion des ressourcenintensiven Wachstumsmodells an Virulenz gewinnen, die zunehmende, nicht-nachhaltige Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die die politischen Gestaltungsspielräume massiv einschränken, sowie nicht zuletzt die Suche nach Wohlstandsmodellen, die im Sinne der Menschenrechte die materielle Grundversorgung aller ErdenbürgerInnen sicherstellen und zugleich über materielle Güter hinausweisen.

Positionen

Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität

Schlagwörter

Wachstumstrends, Green Economy, Innovation,
Neue Wohlstandsmessung, Demografischer Wandel,
Öffentliche Verschuldung, Ressourcenproduktivität

Die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags hat über zwei Jahre lang die Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum, Umweltverbrauch und Soziale Sicherung diskutiert. In **fünf Projektgruppen** wurden die Themen „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“, „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstandsindicators“, „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen“, „Ordnungspolitische Rahmenbedingungen für eine unilaterale Vorbildwirkung Deutschlands und Europas bei der Minderung von Treibhausgasemissionen“ sowie „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“ bearbeitet.

Der 2013 erschienene Bericht dokumentiert die Ergebnisse, wobei kein konsensueller Text zustande kam, sondern die Berichte der damaligen Mehrheitsfraktionen aus *CDU* und *FDP* meist durch Sondervoten der damaligen Oppositionsparteien *SPD*, *Bündnis 90/Die Grünen* sowie *Die Linke* bzw. durch Stellungnahmen von benannten ExpertInnen ergänzt wurden.

Die größten Differenzen gab es in der **Projektgruppe „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“**. Konsens herrschte in dem Befund, dass die starken Wachstumsraten der 1950er- und 1960er-Jahre in Deutschland eine historische Ausnahme waren und dass Wachstumsraten von 1–2 Prozent eher der Normalität entsprechen. Dass die zu erwartende Bevölkerungsabnahme das Wachstum weiter dämpfen werde, wird auch von allen Fraktionen so gesehen. Die Unterschiede der beiden in diesem Abschnitt vorgelegten Abschlussberichte liegen jedoch in der Einschätzung der **ökologischen Notwendigkeit einer Wachstumsrücknahme**, in der Möglichkeit einer **Konsumreduktion** als Ausdruck von mehr Lebensqualität sowie schließlich in der zukünftigen **Sicherung der Sozialsysteme** und des **Abbaus der öffentlichen Schulden** (dass dieser notwendig ist, wird von allen befürwortet).

Wachstum sei nötig, um die **Innovationskraft der deutschen Wirtschaft** zu erhalten, so die AutorInnen des Mehrheitsvotums dieser Projektgruppe. Das Mengenwachstum sei zwar vorüber, nicht jedoch das qualitative



Schlussbericht der
Enquete-Kommission
"Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität – Wege
zu nachhaltigem Wirt-
schaften und gesell-
schaftlichem Fortschritt
in der Sozialen Markt-
wirtschaft". Schriften-
reihe der Bundeszentrale
für Politische Bildung
Bd. 1419. 845
S. 2013.
Download

Wachstum, worunter nicht der Umstieg auf immaterielle Güter, sondern die Verfeinerung und Ausdifferenzierung der vorhandenen materiellen Güter gemeint wird (etwa noch bessere Autos, Fernseher oder Handys). Dass Menschen freiwillig auf mehr Konsum verzichten könnten, wird zwar benannt, aber als unwahrscheinlich abgetan. Als zweites wichtiges Argument für Wachstum wird von diesem Text die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben angeführt.

Das *Gegenvotum* verweist auf die **ökologischen Wachstumsgrenzen** und die Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte neben der Streichung aller ökologisch nichtverträglichen Subventionen zukünftig durch eine **stärkere Heranziehung der Vermögenden und höheren Einkommensbeziehungen** zu finanzieren (dass die Vermögens- und Einkommensunterschiede zuletzt stark zugenommen haben, wird freilich auch vom Mehrheitsvotum konstatiert). Vorgeschlagen wird ein Wachstum im Bereich **grüner Technologien** sowie im **Dienstleistungssektor**. Arbeitsplätze würden bisher nur gehalten durch den Trend zu mehr Teilzeit; nur wenn das Wirtschaftswachstum über den Produktivitätssteigerungen liege, könnten zusätzliche Arbeitskräfte geschaffen werden, was immer schwieriger werde, so der Befund des *Gegenvotums*.

Weitgehend Konsens gab es in der **Projektgruppe „Wohlstandsindikatoren“** darüber, dass das Bruttoinlandsprodukt allein zu wenig über Lebensqualität aussagt: ökologische Kosten würden ebenso wenig berücksichtigt wie die Verteilung des Wirtschaftsprodukts. Zudem wird auf die Gefahr verzerrter Wachstumsdaten aufgrund überhitzter Finanzmärkte, die etwa zu überbewerteten Immobilien führen, hingewiesen. Vorgeschlagen werden **zehn Indikatoren** zu den Bereichen **„Materieller Wohlstand“** (Bruttoinlandsprodukt, Staatsschuldenquote, Einkommensverteilung), **„Soziales und Teilhabe“** (Erwerbstätigenquote, Bildungsquote, Lebenserwartung, Demokratie) und **„Ökologie“** (Treibhausgasemissionen, Stickstoffüberschuss, Artenvielfalt).

Die **Projektgruppe „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen“** kommt zum Schluss, dass Reboundeffekte ein ernst zu nehmendes Problem darstellen und nur eine bedingte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch möglich ist: „Eine wirksame Vermeidung des Rebound-Effekts kann [...] nur garantiert werden, wenn explizite Höchstgrenzen (Caps) durch Regulierung durchgesetzt werden. Ohne einen Cap bergen alle Entkopplungsmaßnahmen zumindest die Gefahr des Rebounds.“ (S. 514)

In der **Projektgruppe „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“** wurde neben Aspekten wie Mindestlöhne, Arbeitsmarkt oder Arbeits-

In der Frage, welches Wirtschaftswachstum zukunftsverträglich ist, konnte in der Enquete-Kommission keine Einigkeit erzielt werden. Übereinstimmung gab es in der Einschätzung, dass die Zeit hoher Wachstumsraten vorbei ist und das BIP als alleiniger Indikator für Wohlstand nicht mehr ausreicht.

„Eine wirksame Vermeidung des Rebound-Effekts kann nur garantiert werden, wenn explizite Höchstgrenzen (Caps) durch Regulierung durchgesetzt werden. Ohne einen Cap bergen alle Entkopplungsmaßnahmen zumindest die Gefahr des Rebounds.“
Enquete-Kommission, S. 514

qualität auch die Notwendigkeit diskutiert, Arbeit weiterzufassen: „Die Visionen zukünftiger Arbeit können dabei helfen, die Debatte um einen neuen Arbeitsbegriff weiterzuführen.“ (S. 708) Zum Thema Konsum wurden u. a. die Möglichkeiten von Gütesiegeln, Auflagen für nachhaltige Produkte sowie Maßnahmen der Bewusstseinsbildung diskutiert. Ein Aspekt galt der Sozialverträglichkeit von nachhaltigem Konsum: Die Debatte über eine den nachhaltigen Konsum fördernde Politikgestaltung müsse die soziale Schwelle des nachhaltigen Konsums in den Blick nehmen und Strategien dafür entwickeln. So seien Menschen mit niedrigem Einkommen von steigenden Energiepreisen besonders betroffen, gleichzeitig sind energiesparende Neugeräte für diese oft nicht finanzierbar: „Elemente einer Politik, die hier unterstützt, können kostenlose Beratungsangebote wie Energieberatungen und Anschaffungszuschüsse für energieeffiziente Geräte für Menschen mit niedrigem Einkommen oder aber Konzepte wie das Energie-Contracting sein.“ (S. 733).

Einschätzung: Der Bericht der Enquete-Kommission gibt einen umfassenden Einblick in den aktuellen Forschungs- und Wissensstand zu allen Facetten einer nachhaltigen Entwicklung. Zudem macht er neben den konsensualen Bereichen in demokratischer Manier auch die **differierenden Positionen** insbesondere in Bezug auf Lösungswege deutlich. Einer **Fortführung des Wachstumskurses** flankiert von ökologischen Maßnahmen steht dabei der Weg eines **beschränkten Wirtschaftswachstums** bei einer anderen – in den Augen der Verfassenden – fairen und auch volkswirtschaftlich effizienteren Verteilung des Erwirtschafteten gegenüber.

„Die Visionen zukünftiger Arbeit können dabei helfen, die Debatte um einen neuen Arbeitsbegriff weiterzuführen.“
*Enquete-Kommission,
S. 708*

Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation

Schlagwörter

Klimawandel, Dekarbonisierung, Energiewende, Urbanisierung, Landnutzung, Agenda Setter, Change Agents, Unterstützender Staat, Transformationsforschung, Transformationsbildung

Die Transformationsforschung, die ursprünglich aus den Politikwissenschaften kommt und den Übergang von Diktaturen in Demokratien untersucht (man spricht hier von „Transformationsgesellschaften“), wird nun auf die Herausforderung Nachhaltigkeit übertragen. Es geht um den Übergang von **verbrauchsintensiven Konsumgesellschaften** hin zu **verbrauchsarmen Nachhaltigkeitsgesellschaften**. Die Ziele lauten „zero waste-economy“, „kohlenstoffarme oder postfossile Wirtschaft“, „ressourcenleichter Konsum“, „Great New Deal“ usw. Der Transformationsprozess soll „zu einer gerechten und nachhaltigen Governance der Nutzung und Bewirtschaftung globaler, regionaler und lokaler Allgemein- oder Gemeinschaftsgüter führen“, so ein Paper der Heinrich-Böll-Stiftung. Neben der Atmosphäre sind dies v.a. natürliche Ressourcen wie Ozeane, Fischbestände, Boden, Wälder und Artenreichtum.

Transformationsforschung untersucht die Bedingungen, Hürden und Chancen einer Veränderung hin zu nachhaltigen Gesellschaften. Im Zuge der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurde sie ergänzt durch **Transformationsbildung**. Gefragt wird danach, wie und wann Menschen sowie Gesellschaften auf Herausforderungen reagieren und lernen oder auch nicht.

Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Deutschen Bundesregierung hat das Thema Transformation aufgegriffen und einen **„Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“** (2011) ausgearbeitet. Einer ausführlichen Analyse der Befunde der gegenwärtigen Weltentwicklung folgen Handlungsempfehlungen für diesen „großen Wandel“ in den Bereichen „Klimaverträglichkeit“, „Energiewende“, „Nachhaltige Urbanität“ sowie „Nachhaltige Landnutzung“. Die Transformationsstrategie des WBGU geht von „förderlichen“ und „hemmenden“ Faktoren aus. Als Blockaden für eine Dekarbonisierungsstrategie werden **alte Pfadabhängigkeiten** (z. B. langfristige Investitionen in alte Energiesysteme), die gebotenen **engen Zeitfenster** für die Veränderungen, **globale Kooperationsblockaden**, die rasante **Urbanisierung** (2050 sollen 6 Mrd. Menschen in Städten leben, so viel wie die derzeitige Weltbevölke-



WBGU (2012): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Eigenverl., Berlin. Kurz- und Langfassung. [Download](#)

Der WBGU benennt förderliche und hemmende Faktoren für einen Wandel zur Nachhaltigkeitsgesellschaft. Gehofft wird auf Pioniere und Pionierinnen des Wandels, auf Transformationsbildung und Transformationsforschung sowie einen unterstützenden und gestaltenden Staat.

ung ausmacht) sowie die günstig verfügbaren **Kohlevorräte** angesehen. Als begünstigende Faktoren gelten dem WBGU das **Vorhandensein neuer Technologien**, die Möglichkeit deren Finanzierung, **ein Wertewandel zur Nachhaltigkeit**, der Aufbau globaler Wissensnetzwerke und mögliche Begleitnutzen der Transformation, etwa für neue Wirtschaftsbranchen (S. 284).

Unter Bezugnahme auf den Wirtschaftshistoriker Jürgen Osterhammel wird von **„Häufigkeitsverdichtungen“** klimaverträglicher Innovationen gesprochen, die den Wandel ermöglichen könnten. Als zentrale Akteure macht der WBGU **„Pioniere des Wandels“** aus, die von „Nischenakteuren“ zu „Agenda Settern“ werden, damit die Nische verlassen und „Breitenwirksamkeit durch gesellschaftliche Routinisierung“ erlangen. Dem „gestaltenden Staat“ käme dabei die Aufgabe zu, die Nischenakteure zu unterstützen und Rahmenbedingungen für den Wandel zu schaffen (S. 285).

Idealtypisch wird folgendes Bild gezeichnet: „Der neue Gesellschaftsvertrag ist ein **Veränderungskontrakt**: Die Weltbürgerschaft stimmt Innovationserwartungen zu, die normativ an das Nachhaltigkeitspostulat gebunden sind, und gibt dafür spontane Beharrungswünsche auf. Garant dieses virtuellen Vertrages ist ein gestaltender Staat, der für die Zustimmung zu Nachhaltigkeitszielen die Bürgerschaft an den zu treffenden Entscheidungen beteiligt. Damit wird eine **Kultur der Achtsamkeit** (aus ökologischer Verantwortung) mit einer **Kultur der Teilhabe** (als demokratischer Verantwortung) sowie mit einer **Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen** (Zukunftsverantwortung) verbunden. Von der Bürgergesellschaft wird keineswegs eine oberflächliche oder gar resignierte Akzeptanz nachgefragt: Sie wird vielmehr als Mitgestalterin für das Gelingen des Transformationsprozesses anerkannt und in Bewegung gesetzt und legitimiert den Prozess dadurch. Die Idee des gestaltenden Staates ist also untrennbar verbunden mit der Anerkennung der Zivilgesellschaft und der innovativen Kräfte in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.“ (S. 8f, Kurzfassung)

10 Maßnahmenbündel werden vorgeschlagen, die insbesondere die Dekarbonisierung des Wirtschaftens im Auge haben: *Bündel 1*: Den gestaltenden Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten ausbauen; *Bündel 2*: CO₂-Bepreisung global voranbringen; *Bündel 3*: Europäisierung der Energiepolitik ausweiten und vertiefen; *Bündel 4*: Ausbau erneuerbarer Energien durch Einspeisevergütungen international beschleunigen; *Bündel 5*: Nachhaltige Energiedienstleistungen in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern; *Bündel 6*: Rasante Urbanisierung nachhaltig gestalten; *Bündel 7*: Klimaverträgliche Landnutzung voranbringen; *Bündel 8*: Investitionen in eine klimaverträgliche Zukunft unterstützen und beschleunigen;

Zehn Maßnahmenbündel für eine Dekarbonisierung des Wirtschaftens.

Bündel 9: Internationale Klima- und Energiepolitik; *Bündel 10:* Internationale Kooperationsrevolution anstreben.

Eine **explizite Postwachstumsstrategie** für die Volkswirtschaften der Wohlstandsländer wird nicht angesprochen.

Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission

Schlagwörter

Bruttoinlandsprodukt, Wohlstandsmessung, nichtmonetäre Leistungen, informelle Tätigkeiten, Negativkosten, Einkommensverteilung, Klimawandel, Naturkapitalstock, subjektives Wohlbefinden

Die „*Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*“ (CMEPSP), nach ihren Leitern als **Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission** bezeichnet, war eine Expertenkommission, die im Auftrag der französischen Regierung unter Nicolas Sarkozy untersuchte, mit welchen Mitteln sich Wohlstand und sozialer Fortschritt messen ließen, ohne sich einseitig auf Einkommensgrößen wie das Bruttosozialprodukt zu stützen. Die Kommission wurde im Februar 2008 gebildet und *Joseph E. Stiglitz* zu ihrem Vorsitzenden ernannt. *Amartya Sen* fungierte als wissenschaftlicher Berater, und die Koordination übernahm der französische Ökonom *Jean-Paul Fitoussi*. Der Abschlussbericht der Kommission wurde im September 2009 vorgelegt. Ergänzend gibt es eine Stellungnahme der drei leitenden Persönlichkeiten, die sich insbesondere mit der Aufgabenstellung vor dem Hintergrund der Finanzkrise ab 2007 auseinandersetzt. In der **Zusammenfassung des Abschlussberichts** wird betont, dass die Bedeutung statistischer Indikatoren für die Beurteilung von Maßnahmen zur Fortentwicklung der Gesellschaft immer mehr zunimmt. Denn was gemessen wird, beeinflusst das Handeln. **Falsche Messungen führen somit zu einer falschen Politik**. Bisherige Statistiken über Wachstum, Arbeitslosigkeit oder Inflation entsprechen dabei oft nicht den Wahrnehmungen der BürgerInnen.

So sei zum Beispiel das **Wachstum des BIP** kein ausreichender Indikator, wenn zugleich die Ungleichheit zunimmt und ein wesentlicher Teil der Bevölkerung vom Wachstum nicht profitiert. Mehr Staus auf den Autobahnen führen beispielsweise zu einem erhöhten Benzinverbrauch, der sich in einem höheren BIP niederschlägt, obwohl das Wohlbefinden der Betroffenen gesunken ist und sie weniger Geld für den übrigen Konsum zur Verfügung haben. Das BIP als Indikator gibt keine Informationen über Luftverschmutzung oder den Klimawandel. Aufgabe sei es also, nach einem **sinnvollen Verfahren der Messung der Wohlfahrt** zu suchen, das auch die ökologischen und sozialen Aspekte und die Frage der Nachhaltigkeit berücksichtigt.

Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. 2009. Englische und französische Ausgabe. Download

Stiglitz, Joseph; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean Paul: *Mismeasuring Our Lives*. The New Press, New York 2010.

Die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission kommt zum einhelligen Schluss, dass das BIP allein Wohlstand und Lebensqualität nicht ausreichend widerspiegelt und macht konkrete Vorschläge für eine erweiterte Wohlstandsmessung.

Als Ergebnis ihrer Arbeit spricht die Kommission **zwölf grundsätzliche Empfehlungen** aus:

Empfehlung 1: *Beim Messen des Wohlbefindens (well being) sollten das Einkommen und der Konsum erfasst werden anstelle der bisherigen Messung der Produktion.* Das BIP drückt den Wert der Produktion für den Markt in Geldeinheiten aus. Dieser Wert könne aber nicht den Wohlstand einer Gesellschaft ausdrücken. Der tatsächliche Lebensstandard ergibt sich aus dem Einkommen. Der Produktionswert kann zum Beispiel durch Preisveränderungen oder Exporte von Einkommen und Konsum deutlich abweichen.

Empfehlung 2: *Stärkere Beachtung der Perspektive der Haushalte.* Untersuchungen haben gezeigt, dass reale Haushaltseinkommen sich zum Teil langsamer entwickelt haben als das BIP. Eine wesentliche Ursache ist die Staatsquote und die Tatsache, dass der Staat zunehmend Leistungen, insbesondere im Bereich Bildung und Gesundheit, erbringt, die zuvor im privaten Sektor und ohne Entgelt erbracht wurden.

Empfehlung 3: *Berücksichtigung des Zusammenhangs von Einkommen und Konsum mit dem vorhandenen Vermögen.* Einkommen und Konsum sind zwar grundlegend für eine Beurteilung des Lebensstandards, aber Sparvorgänge oder der Verbrauch von Vermögen können das Bild verzerren. Dies gilt auch auf der Ebene von Volkswirtschaften. Zur Beurteilung brauche man Bilanzen, in denen das Vermögen erfasst wird. Die Beurteilungen des Vermögens sollte mit Kennzahlen zur Nachhaltigkeit und zum Risiko gestützt werden. Dazu können auch nicht monetäre Kennziffern sinnvoll sein.

Empfehlung 4: *Mehr Aufmerksamkeit auf die Einkommensverteilung, die Vermögensverteilung und die Verteilung von Konsum.* Durchschnitts- oder Gesamtgrößen seien nicht ausreichend, die bestehenden Verhältnisse zu beurteilen. So kann ein durchschnittliches Wachstum des Einkommens mit keiner Wirkung bei einem Teil der Bevölkerung verbunden sein. Hierzu sind mehr Informationen über die Verhältnisse in den unteren und oberen Bereichen der Bevölkerung nötig.

Empfehlung 5: *Erweiterung der Einkommensmaße auf informelle Tätigkeiten.* Heute werden immer mehr Leistungen am Markt angeboten, die früher im privaten Bereich und ohne Entgelt stattgefunden haben wie zum Beispiel die Pflege von Alten und Kranken. Indem nun diese Tätigkeiten in der Einkommensstatistik erfasst werden, erhöht sich der ausgewiesene Wohlstand, obwohl sachlich keine Änderung erfolgt ist. Davon sei auch der Vergleich zwischen Ländern betroffen, wobei in den weniger ent-

Die Kommission gibt zwölf Empfehlungen für Indikatoren, die Wohlstand und Lebensqualität genauer als das BIP widerspiegeln sollen. Die Verteilung des Wirtschaftsprodukts spielt dabei ebenso eine Rolle wie nichtmonetäre Leistungen oder Negativkosten.

wickelten Ländern der Anteil der in Haushalten unmittelbar erzeugten Güter noch wesentlich höher ist. Als Maß des Wohlbefindens sei zudem auch auf die verfügbare Freizeit zu beachten.

Die Kommission betont, dass das Wohlbefinden (well-being) mehrdimensional zu bestimmen sei. Als Dimensionen, die nicht allein durch das Einkommen ausgedrückt werden können, nennt sie:

- 1 Materielle Lebensstandard (Einkommen, Konsum, Vermögen)
- 2 Gesundheit
- 3 Bildung
- 4 Persönliche Tätigkeiten einschließlich Arbeit
- 5 Politische Stimme und Governance
- 6 Soziale Verbindungen und Beziehungen
- 7 Umwelt (gegenwärtige und künftige Bedingungen)
- 8 Unsicherheit (sowohl ökonomisch als auch physisch)

Empfehlung 6: Die Lebensqualität hängt von den **objektiven Bedingungen** und den **Verwirklichungschancen** (capabilities) der Menschen ab. Es sollten Schritte gemacht werden, um die Kennziffern über Gesundheit, Erziehung, persönliche Aktivitäten und Umweltbedingungen der Menschen zu verbessern. Vor allem sollten sich nennenswerte Bemühungen darauf richten, robuste und zuverlässige Kennziffern für soziale Verbindungen, politische Stimmrechte und Unsicherheit, die Aussagen über die Lebenszufriedenheit ermöglichen, zu entwickeln und einzuführen. Tatsächlich bedeutsam seien die Verwirklichungschancen der Menschen, das heißt der Umfang ihrer Möglichkeiten und die Freiheiten, innerhalb dieses Umfangs wählen zu können. Zur Erfassung der Dimensionen des Wohlbefindens bedürfe es nicht nur objektiver, sondern auch subjektiver Messungen. Die bestehenden Lücken in den Informationen hierüber müssten erfasst und die statistische Basis müsste erweitert und angepasst werden.

Empfehlung 7: Die Indikatoren zur Lebensqualität in allen angesprochenen Dimensionen sollen **Ungleichheiten** in einer verständlichen Weise bewerten. Die Indikatoren sollten nicht nur über die Zeit, sondern auch zum interpersonellen Vergleich für sozio-ökonomische Gruppen, Gender und Generationen eingesetzt werden, wobei ein besonderes Augenmerk auf aktuelle Entwicklungen wie Immigration gelegt werden sollte.

Empfehlung 8: Die Studien sollten so ausgelegt werden, dass die Verbindungen der **verschiedenen Bereiche der Lebensqualität** für die einzelne Person bewertet werden kann, und diese Informationen sollten Eingang in die Gestaltung der Maßnahmen in den verschiedenen Feldern finden. Durch die Herstellung von Querverbindungen könnten die Auswirkungen einzelner Maßnahmen auf die Lebensqualität in anderen Bereichen erfasst

Empfohlen wird unterschiedliche Parameter der Wohlstandsmessung miteinander zu vernetzen und Indizes daraus abzuleiten. Nachhaltigkeit sollte ausgehend von vorhandenen Vorräten bzw. Limits gemessen werden.

werden. Daher sollten in den Untersuchungen verschiedener Felder Daten erhoben werden, die die Herstellung der Querverbindungen zulassen.

Empfehlung 9: Statistische Ämter sollten die benötigten Informationen so zur Verfügung stellen, dass die Querverbindung zwischen den verschiedenen Dimensionen der Lebensqualität zusammengefasst und die **Bildung verschiedener Indizes** ermöglicht wird. Der Bedarf der Statistiker liege nicht nur in einer Vielfalt von Indikatoren, sondern auch in der Möglichkeit, die ausgewählten Indikatoren so zusammenzuführen, dass die Wirkung einzelner Effekte in einem Gesamtindikator analysiert werden kann.

Empfehlung 10: Sowohl objektive als auch **subjektive Maße** liefern Schlüsselinformationen über die Lebensqualität. Statistische Behörden sollten Erhebungen einrichten, die sich mit der Bewertung des Lebens, mit freudvollen (hedonistic) Erfahrungen und Vorlieben der Menschen befassen. Die Forschung habe gezeigt, dass es auch Möglichkeiten gibt, aussagekräftige und vertrauenswürdige Maße für die subjektive Bewertung der Lebensqualität zu definieren. Die bisherigen erfolgreichen Ergebnisse in kleineren Untersuchungen sollten auf eine breitere Basis gestellt werden.

Empfehlung 11: Die Bewertung der Nachhaltigkeit bedarf eines wohl-identifizierten **Armaturenbretts an Indikatoren**. Das unterscheidende Merkmal der Komponenten dieses Armaturenbretts sollte darin bestehen, dass sie als Abweichungen von einem bestehenden „Vorrat“ („stock“ = vorhandene Vermögenswerte) interpretiert werden können.

Empfehlung 12: Der **Umweltgesichtspunkt der Nachhaltigkeit** benötigt eine gesonderte Folgeuntersuchung, basierend auf einer wohl ausgewählten Anzahl physikalischer Indikatoren. Vor allem bestehe Bedarf für einen klaren Indikator, der die Nähe zu gefährlichen Graden der Umweltbelastung (zum Beispiel Klimawandel oder Überfischung) beschreibt.

Prosperity without Growth

Schlagwörter

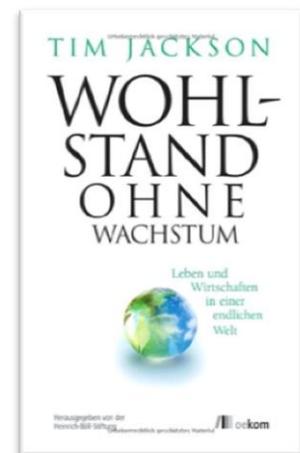
Ökologische Grenzen, Green Economy, Grüne Investitionen, Ökologische Steuerreform, Verschiebung der Wirtschaftssektoren, Produktivitätsfalle, Arbeitszeitverkürzungen, Geringe Einkommensungleichheit, Wohlstand ohne Wachstum, Neue Modelle der Volkswirtschaftslehre für Postwachstum

Die wichtigsten Ökonomen in der internationalen wachstumskritischen Debatte sind zweifellos der Kanadier *Peter Victor* („*Managing without Growth. Slower by design, not disaster*“, 2009) sowie sein britischer Kollege *Tim Jackson* („*Prosperity without growth. Economics for a finite Planet*“, 2009). Beide Autoren beziehen sich aufeinander und publizieren auch gemeinsam Fachaufsätze. Hier vorgestellt wird der 2011 auf Deutsch erschienene Band „*Wohlstand ohne Wachstum*“ von Tim Jackson.

Wie andere auch hält Jackson eine **Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch** nur für sehr begrenzt möglich. Im Klimawandel sieht er die größten Gefahren und Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte. Aber auch die Peaks verschiedener Rohstoffe würden zu starken Preissteigerungen diverser Waren (vor allem Land, Nahrungsmittel) führen und könnten durch Preisschocks zu wirtschaftlichen Abschwüngen führen. Jackson plädiert daher für eine ökonomische, soziale und kulturelle Stabilisierung der Gesellschaft ohne Wachstum.

Der Ökonom plädiert sehr wohl für Grüne Technologien, die im Zuge der Wirtschaftskrisen in den Folgejahren aufgelegten grünen Konjunkturprogramme hält er aber für viel zu schwach und nicht in der Lage, die ökologischen Herausforderungen zu meistern. Notwendig sei die generelle Umstellung auf **ökologische Investitionen**. Jackson hofft hier auf das Potenzial grüner Finanzprodukte und eine stärkere Besteuerung von Umweltverbrauch anstelle von Lohnarbeit. Die steuerliche Entlastung von Arbeit sei auch nötig, um eine **Sektorenverschiebung der Wirtschaft** hin zu arbeitsintensiven Branchen bzw. solchen mit geringen Rationalisierungspotenzialen vor allem im **Dienstleistungsbereich** zu ermöglichen. Finanziert werden soll diese Sektorenverschiebung durch einen weiterhin auf Produktivitätsfortschritte und Wettbewerbsfähigkeit zielenden **Exportsektor**.

Viktor wie Jackson gehen davon aus, dass die „**Produktivitätsfalle**“, der bisher durch Wirtschaftswachstum zu entgehen versucht wurde, in Zukunft



Jackson, Tim:
Wohlstand ohne
Wachstum. Leben und
Wirtschaften in einer
endlichen Welt.
München, oekom,
2011 (2013, 2. Aufl.).

einen anderen Ausweg brauche. Bei konstant bleibendem Gesamteinkommen müssten Produktivitätssteigerungen eben durch eine Verringerung der Gesamtarbeitsmenge ausgeglichen werden. Um **Arbeitszeitreduzierungen** sozial verträglich gestalten zu können, sei eine relativ geringe Einkommensungleichheit nötig.

Als Voraussetzung für den Wandel brauchen wir nach Jackson insbesondere eine **Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre**. Zu entwickeln seien Ansätze, welche die ökonomische Stabilität nicht mehr (exklusiv) an Konsumwachstum ausrichten. Bisher gäbe es noch keine Modelle, wie sich die grundlegenden wirtschaftlichen Entitäten (Produktion, Konsumtion, Investition, Arbeit, Geldmenge) zueinander verhalten, wenn die Kapitalakkumulation gestoppt sei bzw. wie man diesen Zustand stabilisieren kann.

Jackson argumentiert wie sein kanadischer Kollege realpolitisch. Beide Ökonomen wollen keinen Bruch mit den gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen, sondern einen schrittweisen Übergang in die Postwachstumsgesellschaft.

Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn

Schlagwörter

Ökologische Grenzen, Konsumrücknahme, Werbebeschränkungen, Kulturelle Wende, Rekonzeptualisierung von Wohlstand, Relokalisierung, Redistribution, Recycling, Reduktion

Als bekannteste Persönlichkeit in der französischen „**Décroissance**“-**Bewegung** gilt Serge Latouche, der in vielen Befunden und Vorschlägen mit Viktor und Jackson konform geht, in manchem aber wohl noch radikaler ansetzt. Latouche kommt aus den sozialen Bewegungen und hat bereits in den 1980er-Jahren gemeinsamen mit anderen Initiativen für eine Wachstumsrücknahme gestartet. U.a. machte die „Décroissance“-Bewegung mit der „Übermalung“ von Werbeplakaten auf sich aufmerksam.

Das Buch „*Petit traite de la décroissance sereine*“ (2007) von Latouche ist 2015 auf Deutsch unter dem Titel „*Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*“ erschienen. Latouche spricht nicht von Wachstumsbeschränkung, sondern von Wachstumsrücknahme bzw. einer „Aufwärtsspirale der Wachstumswende“. Der Analytiker der „Décroissance“-Bewegung skizziert das Bild einer Gesellschaft, in der das **soziale Miteinander** und **Tätig-Sein** bei gleichzeitiger **Reduzierung des Warenkonsums** im Mittelpunkt steht. Marktbeziehungen seien damit nicht obsolet, würden aber eingebettet in Sozialstrukturen der Kooperation und Muße. Die Grundthese des Autors: Die ökologisch gebotene Wachstumswende erfordert die drastische Reduktion der materiellen Durchsätze, nicht weniger aber ein **kulturelles Umdenken**. Drei der von Latouche ausgeführten „großen R“ – „**Reevaluierung**“, „**Rekonzeptualisierung**“ und „**Restrukturierung**“ beziehen sich auf neue Werte und Bewertungen einschließlich eines anderen Zugangs zur Natur: „Nicht mehr wie Raubtiere leben, sondern wie Gärtner.“ (S. 60) Von den vier weiteren „R“ – „**Redistribution**“ (Neu-Verteilung von Arbeit und Einkommen), „**Reduktion**“ (Abkehr von der Warenanhäufung), „**Recycling**“ (langlebige und wiederverwertbare Güter) und „**Relokalisierung**“ – hofft der Autor insbesondere auf letzteres. Bewegungen für Ernährungssouveränität und eine lokale Energieversorgung, die Wiederentdeckung regionaler Identitäten und Besonderheiten sowie die Rückkehr zu regionalen Güterkreisläufen seien dabei richtungsweisend: „Ideen sollten Grenzen frei überwinden, aber der Transport von Waren und Kapital muss auf das Notwendigste beschränkt werden.“ (S. 63)

Latouche zitiert viele VordenkerInnen für sein Konzept von „Degrowth“ sowie neue Initiativen insbesondere aus Frankreich und Italien und formt daraus ein attraktives alternatives Lebens- und Wirtschaftsmodell. Nicht



Latouche, Serge:
Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. München, oekom, 2015. 201 S.

Latouche benennt sechs „R“. Reevaluierung, Rekonzeptualisierung und Restrukturierung beziehen sich auf neue Werte und Bewertungen. Redistribution, Reduktion, Recycling und Relokalisierung zielen auf Maßnahmen.

weniger wichtig sind jedoch die Reflexionen des Autors über Wege und Wahrscheinlichkeiten der dargelegten Transformationsprozesse. Im abschließenden Teil stellt sich der Autor daher Fragen, wie die **Veränderungen politisch** anzugehen wären (vom Arbeitsmarkt bis hin zu neuen grünen Technologien), ob hierfür eine eigene Partei zu gründen sei (Latouche rät vorerst davon ab), wie man sich von der „Anti-Moderne“ der Rechten abgrenzen könne und müsse – und vor allem, ob eine Wachstumswende im Kapitalismus überhaupt möglich sei. Auf Letzteres antwortet Latouche salomonisch.

Aufkündigung des Konsumdenkens

Die Politik werde immer mehr ihrer Substanz beraubt („Alle Regierungen sind, ob sie es wollen oder nicht, ´Funktionäre´ des Kapitals“ S. 108), und dennoch sei es wichtig, politische Reformen von Umwelt- und Vermögenssteuern über Arbeitszeitverkürzungen und Mindestlöhne bis hin zu hohen Werbekostenabgaben einzufordern. Die **Wachstumswende** ist für den Autor mit dem Kapitalismus zwar unvereinbar, doch sei das Engagement nicht mehr auf den Kampf gegen **Konzerne** und **Vermögende** zu beschränken, sondern auf den **Konsumismus** auszuweiten. Die „Revolution“ sei nicht mehr mit gewalttätiger Enteignung der Besitzenden einzuleiten. Vielmehr gehe es darum, durch viele kleine Schritte sowie den **Neuaufbau lokaler Versorgungsstrukturen** dem Kapitalismus sozusagen den Boden zu entziehen. Dazu gehöre eben auch die **Aufkündigung des Konsumdenkens** als Komplizenschaft des gegenwärtig dominierenden Wirtschaftssystems. Einrichtungen wie Geld, Märkte, Privatbesitz oder Lohn würden ihre Funktion behalten, jedoch in demokratisch vereinbarte Schranken verwiesen.

Wie realistisch ist diese Strategie? „Die global vernetzte Konsumentenklasse dominiert in Europa bereits jetzt und anderswo absehbar jeden parlamentarisch-demokratischen Prozess“, so schreibt *Niko Paech* (s. u.) im Vorwort zur deutschen Ausgabe. Dies spreche jedoch keinesfalls dagegen, die Frage nach **politischen Maßnahmen und Rahmenbedingungen** für eine Wachstumsrücknahme „theoretisch plausibel zu beantworten“, wie dies Latouche exzellent gelingt – und sei es nur, so Paech weiter, „um politische Entscheidungsträger zu verunsichern oder ihnen das Alibi zu nehmen, von keiner Alternative gewusst zu haben“ (S. 11). „Es reicht!“ gilt in diesem Sinne als weiterer Beleg für die in der Literatur wie in ganz praktischen Projekten international an Bedeutung gewinnende Perspektive einer Postwachstumsökonomie.

„Ideen sollten Grenzen frei überwinden, aber der Transport von Waren und Kapital muss auf das Notwendigste beschränkt werden.“

Latouche, S. 63

Wie viel ist genug?

Schlagwörter

Wachstums- und Konsumkritik, Ökonomie des guten Lebens, Umverteilung von Vermögen und Einkommen, Arbeitszeitverkürzung, Sozialpolitik der Basisgüter, Gestaffelte Konsumsteuern, Grundeinkommen

Im angloamerikanischen Raum von großer Bedeutung ist auch das Buch „*How Much Is Enough? Money and the Good Life*“ von Robert und Edward Skidelsky. In ihrem 2012 auf Deutsch unter dem Titel „*Wie viel ist genug?*“ erschienenen Band legen die beiden eine Skizze einer „**Ökonomie des guten Lebens**“ jenseits des hypertrophen Wachstumskapitalismus dar, die in vielem auch an Latouche anschließt. Die Beschreibung folgt hier der 2014 erschienenen Taschenbuch-Ausgabe. *Robert Skidelsky* als Ökonom und sein Sohn *Edward Skidelsky* als Philosoph gehen nicht von der Bewältigung der Finanz-, Schulden- oder Umweltkrise aus, so wichtig sie diese auch nehmen, sondern von der Frage, wie eine Wirtschaft organisiert sein müsse, die dem „guten Leben“ zuträglich ist.

Als Referenz dient ihnen dabei Anfang der 1930-Jahre von *John Maynard Keynes* publizierte Aufsatz „Die ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkelkinder“. Keynes prognostiziert darin eine Zukunft, in der die Menschen aufgrund der **Produktivitätsfortschritte** im Kapitalismus mit einem Bruchteil des Arbeitsaufwandes (höchstens drei Stunden täglich) ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen und sich in der übrigen Zeit der Muße, zweckfreien Bildung, musischen Betätigung sowie Hilfe für die Ärmern hingeben würden.

Die beiden Autoren analysieren nun, warum Keynes´ Prognose (bisher) nicht eingetreten ist, und finden schlüssige Antworten. Eine liegt im Umstand, dass die Einkommen sehr ungleich verteilt sind; eine weitere in der **Ausweitung des Dienstleistungssektors**, der ja nicht der Befriedigung materieller, sondern immaterieller Bedürfnisse dient. Den gewichtigsten Grund erkennen die Autoren jedoch in der Tatsache, dass die Bedürfnisse, die über Konsum befriedigt werden, massiv ausgeweitet wurden. Sie unterscheiden nun, was Keynes verabsäumt hätte, zwischen „**Bedürfnissen**“ und „**Begierden**“, man könnte auch sagen, den mittels Werbung, dem Drang des Sich-Vergleichens und dem Streben nach positionellen Gütern immer mehr gewachsenen Wünschen.² „Bedürfnisse – das was objektiv für



Skidelsky, Robert & Edward:
Wie viel ist genug? Vom
Wachstumswahn zu einer
Ökonomie des guten Lebens.
München: Goldmann,
2014. 318 S.

² Der Ökonom *Herman Daly* sprach von „needs“ and „wants“, der Rechtswissenschaftler *Klaus Firlei* sieht uns im neuen Stadium des „Erlebniskapitalismus“.

ein gutes und bequemes Leben nötig ist – sind ihrer Zahl nach endlich, aber Begierden existieren nur im Kopf und können sich unendlich ausweiten, sowohl der Quantität als auch der Qualität nach.“ (S. 42) Das bedeute, dass das Wirtschaftswachstum nicht automatisch endet. „Wenn es aufhört“, so der entscheidende Schritt von Robert und Edward Skidelsky, „dann weil die Menschen entschieden haben, dass sie nicht mehr wollen, als sie brauchen“ (ebd.).

Die Autoren referieren die Vorstellungen des guten Lebens in unterschiedlichen Religionen sowie in der Philosophie und markieren einen entscheidenden Wendepunkt mit dem Aufkommen des **Utilitarismus**, der zusammenfällt mit dem Aufkommen der **Aufklärung**, des naturwissenschaftlichen Weltverständnisses sowie des **Industriekapitalismus**. Nicht weniger aufschlussreich zu lesen sind die Abschnitte über die aktuelle Glücksforschung und die Nachhaltigkeitsdiskurse, die zwar als dem Wachstumsdenken entgegenwirkend gewürdigt werden, aber letztlich zu wenig überzeugend für eine „**Ökonomie des guten Lebens**“ seien. Glück sei schwer fassbar und könne schon gar nicht in Zahlen gegossen werden, so ein vorgebrachtes Argument. Und die Nachhaltigkeit sähe lediglich die **äußeren „Grenzen des Wachstums“** und nicht die inneren. Das sei gefährlich: „Denn wenn sich herausstellen sollte, dass das Wachstum doch nachhaltig ist, was sein könnte, werden all jene, die gegen Wachstum waren, weil sie es für nicht nachhaltig hielten, nichts mehr zu sagen haben.“ (S. 172) Zudem seien Prophezeiungen von Katastrophen ein „bekanntes, aber ungeliebtes Weg, zum Verzicht aufzufordern“ (ebd.). Es sei freundlicher (und wahrscheinlich effizienter), den Menschen zu zeigen, „dass ein weniger überladenes Leben ein gutes, erstrebenswertes Leben ist“ (ebd.).

Sozialpolitik für Basisgüter

Dieses durch eine entsprechende Organisation der Wirtschaft mittels politischer Rahmensetzungen zu fördern, ist das Ziel von Robert und Edward Skidelsky. Im Schlusskapitel „Was zu einem guten Leben gehört“ scheiden sie **universell gültige „Basisgüter“** von den übrigen Gütern. Zu diesen zählen sie Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Autonomie bzw. Persönlichkeitsentfaltung, Harmonie mit der Natur sowie Freundschaft und Muße. Sie zu erreichen, fordere die Individuen, erfordere aber – was nahe liegt – Bedingungen, die außerhalb der Individuen liegen. So sei es „die erste Pflicht des Staates, die materiellen Bedingungen eines guten Lebens für alle zu schaffen“ (S. 228). Wachstum müsse in diesem Sinne ein Mittel zum Zweck sein, die Basisgüter zu ermöglichen. Am Beispiel: „Gesundheit erfordert anständiges Essen und Medizin. Muße erfordert Zeit ohne lästige Pflichten. Persönlichkeit erfordert einen Raum, in den man sich zurückziehen kann.“ (ebd.) Und: Basisgüter seien ihrem Wesen nach nicht marktfähig: „Man kann sie nicht wirklich kaufen und verkaufen.“ (S. 230)

„Wirtschaftswachstum endet nicht automatisch. Wenn es aufhört, dann weil die Menschen entschieden haben, dass sie nicht mehr wollen, als sie brauchen.“
R. u. E. Skidelsky, S. 42

„Wenn sich herausstellen sollte, dass das Wachstum doch nachhaltig ist, was sein könnte, werden all jene, die gegen Wachstum waren, weil sie es für nicht nachhaltig hielten, nichts mehr zu sagen haben.“
R. u. E. Skidelsky S. 172

Die Autoren fordern daher abschließend eine „Sozialpolitik für die Basisgüter“, die einer gleichmäßigeren Verteilung von Vermögen und Einkommen ebenso bedürfe wie eines stärkeren Gewichts auf Lokalität. Der liberale Staat solle möglichst wenig vorschreiben, jedoch die Rahmenbedingungen setzen. Einkommens- und Vermögensobergrenzen, die der neuen drohenden Dienstbotengesellschaft einen Riegel vorschieben, maximale Arbeitszeiten für alle Berufe (mit klar definierten Ausnahmeregelungen), die eine adäquate Verteilung der Arbeit und Muße für alle garantieren, gestaffelte Konsumsteuern, die Basisgüter gegenüber Luxusgütern abheben („Luxusgesetze“ hat es – so ist hier nachzulesen – bereits im antiken Athen gegeben), oder aus fairen Steuern finanzierte Gesundheitsdienstleistungen. Nicht zuletzt plädieren die Autoren für ein Grundeinkommen in Abwägung der Vor- und Nachteile. Und „in der Welt der Genügsamkeit“ würde das wirtschaftliche Engagement auf die materielle Grundversorgung der Armen gelenkt, was auch Keynes so gedacht und erhofft hatte. Eine schöne (Real)-Utopie!

Eine Sozialpolitik der Basisgüter erfordert eine gleichmäßigere Verteilung von Vermögen und Einkommen, ein stärkeres Gewicht auf Lokalität sowie gestaffelte Konsumsteuern, so R. und E. Skidelsky.

Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben.

Schlagwörter

Abkehr vom Ökonomismus, Kulturelle Wende, Gutes Leben für alle, Lokale Wirtschaften, Neue Wirtschaftsverfassungen, Naturverbundenheit, Postextraktivistische Ökonomien

Als lateinamerikanisches Pendant zu Serge Latouche oder Niko Paech („Befreiung vom Überfluss“ s. u.) gilt die Abhandlung von *Alberto Costa* über das „**Recht auf ein gutes Leben**“ bzw. über „**das Wissen der Anden für eine Welt jenseits des Wachstums**“. Acosta war bis 2008 Minister für Energie und Bergbau Ecuadors und als Präsident der verfassungsgebenden Versammlung maßgeblich an der Integration des „Buen vivir“-Konzeptes in die Verfassung des Andenstaates beteiligt.

Die Welt brauche tiefgreifende, radikale Veränderungen, deren wesentliche in der Überwindung der Auffassung liegen müsse, „dass der Ökonomismus die Gesellschaft bestimmt“ (S. 10), so der Autor einleitend. „Heute, inmitten der internationalen Finanzkrise, die nur eine Facette der **Zivilisationskrise** ist, in der sich die Menschheit befindet“, sei es unerlässlich, „andere Lebensformen zu schaffen, die nicht von der Kapitalakkumulation bestimmt werden“ (S. 37), führt Acosta weiter aus mit Blick auf ein anderes Verhältnis der Menschen untereinander sowie zur Natur. Sein Postulat: „Es sind nicht so sehr die vom Menschen im Laufe seines Lebens produzierten Dinge, die zählen, vielmehr zählen die Dinge, die Menschen für das Leben tun.“ (S. 177)

Auch der lateinamerikanische Ökonom, der heute an der Fakultät für Sozialwissenschaften in Quito lehrt, geht von der Abkehr des „akkumulationsorientierten Konsum“ aus: „Es muss anders, besser und weniger konsumiert werden, um selbst mit reduzierten materiellen Gütern bessere Ergebnisse für die Lebensqualität zu erzielen.“ (S. 146) Das erfordere einen **kulturellen Wandel** und neue Wahrnehmungen, was ein gutes Leben ausmacht: „Die Aufgabe besteht darin, einmal Gelerntes zu verlernen, gleichzeitig umzulernen und neu zu lernen.“ (S. 141)

Im Zentrum seines Modelles eines **solidarischen Wirtschaftens** steht der Begriff „Autozentrismus“, der die „selektive und zeitweilige Trennung vom Weltmarkt“, stattdessen den **Aufbau lokaler Ökonomien** sowie **plurale Binnenmärkte** im Austausch von Stadt und Land vorsieht (S. 147 f). Die politische Idee dahinter: „Auf der Basis lokaler Initiativen müssen Räume realer Macht entstehen und wirklich demokratische Gegenkräfte in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Belangen installiert werden.“ (S. 148)



Acosta, Alberto:
Buen vivir. Vom Recht
auf ein gutes Leben.
München: oekom, 2015.
220 S.

Acosta plädiert für die zeitweilige und selektive Trennung vom Weltmarkt und für den Aufbau lokaler Ökonomien, die die Selbstbestimmung und demokratische Kräfte stärken.

„Es sind nicht so sehr die vom Menschen im Laufe seines Lebens produzierten Dinge, die zählen, vielmehr zählen die Dinge, die Menschen für das Leben tun.“

Acosta, S. 177

Die Abhängigkeit von Erdöl und Bergbau als Energie- und Materialquelle müsse zurückgeschraubt, die Verschwendung unterbunden werden. Acosta spricht von „**postextraktivistischen Ökonomien**“ (S. 165).

Wie schwer dieses Konzept umzusetzen sein wird, verspürte der Autor in seiner eigenen politischen Tätigkeit. Das von ihm als Minister mit großer internationaler Resonanz favorisierte **Erdölfördermoratorium** im ecuadorianischen Amazonasgebiet, in dessen Gegenzug es internationale Ausgleichszahlungen hätte geben sollen, wurde von der ecuadorianischen Regierung dann doch nicht umgesetzt. Man hat sich für die Fortsetzung des „Extraktivismus“ entschieden. Das Fördervolumen umfasst – so Acosta spürbar enttäuscht – den Weltölverbrauch von neun Tagen. Der Preis: die Zerstörung eines zusammenhängenden Naturschutz- und Lebensgebietes von Indigenas.

Welches Wachstum ist nachhaltig?

Schlagwörter

Konsumkritik, Wachstumstreiber, Postwachstumsgesellschaft, Dienstleistungsorientierung, Gesundheitsprävention

„Wirtschaftswachstum gehört neben dem Bevölkerungswachstum zu den wichtigsten Triebkräften der globalen Umweltveränderungen. Obwohl die Wirtschaft Rohstoffe und Energie immer effizienter nutzt, ist weltweit keine Entlastung der globalen Ökosysteme zu beobachten.“ Mit dieser Feststellung erinnert das Herausgeberteam des im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ entstandenen Argumentariums *„Welches Wachstum ist nachhaltig?“* (2009) an die 1972 erstmals vom Club of Rome diagnostizierten „Grenzen des Wachstums“. Technologische Innovation allein reiche nicht aus, um eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs insgesamt zu erzielen, die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist. Notwendig seien strukturelle Veränderungen und eine neue Sicht auf Wohlstand und Lebensqualität, so die Ausgangsthese des Projektteams um *Friedrich Hinterberger* vom Sustainable Europe Research Institute (SERI).

Dass diese Sichtweise mittlerweile nicht mehr auf einschlägige Institute der „Nachhaltigkeitsszene“ beschränkt ist, macht *Rita Trattnigg*, damals Mitarbeiterin des österreichischen Umweltministeriums, gleich in ihrem einleitenden Aufriss zur Genese des Wachstumsdiskurses deutlich. Mit der „Lissabon-Strategie“ habe die EU zwar zum einen den Wachstumspfad prolongiert – die EU sollte bis 2010 zur „wettbewerbsfähigsten Region“ der Welt aufsteigen –, parallel dazu würden jedoch Alternativen angedacht: etwa in der **„Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie“** (2006), die eine Weichenstellung für „post 2010“ geben könnte, oder einer 2007 gemeinsam von der EU-Kommission, dem EU-Parlament, der OECD, dem WWF und dem Club of Rome gestarteten **„Beyond GDP-Initiative“**, die Ergänzungen zum Bruttonettoprodukt als Wohlstandsindikator fordert. Erwähnt werden auch zwei nationale Initiativen, die sogenannte **„Stiglitz-Kommission“** (s. o.) des französischen Staatspräsidenten Sarkozy sowie das Projekt **„Redefining Prosperity“** der „UK Sustainable Development Commission“, die nach neuen Indikatoren für die Wohlstandsmessung suchen.

Wertvolle Argumente für diese Weichenstellung liefert die vorliegende Sammlung von Beiträgen. Einer Klärung von Begriffen wie Wirtschaftswachstum, Wohlstand oder Wohlfahrt folgen Analysen zu den „Triebfedern des Wachstums“, dem Zusammenhang von Wachstum, Innovation und Umweltzerstörung (z. B. Reboundeffekte) sowie – und das mag für man-



Welches Wachstum ist nachhaltig?

Ein Argumentarium.

Hrsg. v. Friedrich Hinterberger, u.a.

Wien: Mandelbaum-Verl., 2009.

che neu sein – zu den „psychologischen Triebfedern des Wachstums“, etwa dem verbreiteten Suchtverhalten.

Spannend zu lesen sind die Ausführungen zur These, „warum anhaltendes wirtschaftliches Wachstum möglicherweise nur ein **Ausnahmefall der Geschichte** sein könnte“ (S. 54). Gesehen werden drei Gründe: „Konsumzurückhaltung, Freizeit als von den Menschen gewünschtes Gut und systemimmanenter Wachstumsrückgang“ (ebd.). Konsumzurückhaltung kann – so das Projektteam – mit erneutem Sparen (was derzeit angesichts der „Krise“ ja passiert), einer alternativen Befriedigung von Bedürfnissen (z. B. mehr Zusammensein mit Familie und Freunden statt Statuskonsum) sowie einer frei gewählten „neuen Einfachheit“ (voluntary simplicity) zusammenhängen. Eine wichtige Rolle wird dem Bedürfnis nach mehr (frei verfügbarer) Zeit zugeschrieben, das zu neuen Konsummustern, bewusster Inkaufnahme finanzieller Einbußen und auch zu anderen Formen der Arbeit (Konzept der „Mischarbeit“) führen könnte. Der **systemimmanente Wachstumsrückgang** wird schließlich in der physischen Unmöglichkeit exponentiellen Wachstums gesehen, welches als „wachsendes Wachstum“ bezeichnet wird (allein ein exponentielles Wachstum von 2 Prozent bedeutet eine Verdoppelung alle 35 Jahre). Zitierten Ergebnissen des Instituts für Wachstumsstudien in Gießen zufolge sind alle „entwickelten Volkswirtschaften“ mittlerweile zu linearem Wachstum übergegangen (Zu ergänzen ist, dass es derzeit sogar Schrumpfung gibt, was etwas verwirrend mit Negativwachstum umschrieben wird).

Neue Kapitalformen

Hilfreich am vorgelegten „Argumentarium“ ist schließlich die **Ausweitung des Kapitalbegriffs** (S. 82). Dem **Finanzkapital** komme demnach nur mehr eine begrenzte Rolle zu, bedeutender würden **Sachkapital** (bereits vorhandene Infrastrukturen), **Naturkapital** („Land, Wasser, Atmosphäre und die darin enthaltenen Naturressourcen“), **Humankapital** („körperliche Fähigkeiten von Menschen, ihre Intelligenz und ihr Wissen“, „Dimensionen, die zu Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit beitragen, wie Gesundheit, Ausbildung und Glück“) sowie **Sozialkapital** („Netzwerke von Einzelpersonen und Gruppen, die der Gesellschaft Mehrwert liefern und das Teilen von Informationen einschließen“). Die Einbeziehung aller Kapitalformen ermögliche nun, so die einleuchtende Schlussfolgerung, eine **Neudefinition von Wachstum**: „Wachstum von Human- und Sozialkapital und Erhaltung oder gar teilweiser Ausbau von Naturkapital geben dem Sach- und Finanzkapital eine veränderte Rolle.“ (S. 83) Aufgabe von Nachhaltigkeitsstrategien sei dann „das Management der Kapitalformen“ im Sinne von Wohlfahrt.

Das „Argumentarium“ plädiert für die Ausweitung des Kapitalbegriffs. Dem Finanzkapital komme demnach nur mehr eine begrenzte Rolle zu, bedeutender würden Sachkapital, Naturkapital, Humankapital sowie Sozialkapital.

„Wachstum von Human- und Sozialkapital und Erhaltung oder gar teilweiser Ausbau von Naturkapital geben dem Sach- und Finanzkapital eine veränderte Rolle.“

Hinterberger u.a. S. 83

Die dem „Argumentarium“ angefügten **Kurzbeiträge von insgesamt 26 WissenschaftlerInnen** (aus dem gesamten deutschen Sprachraum) können hier nur exemplarisch angedeutet werden. Der an der Universität Oldenburg lehrende Ökonom *Niko Paech* – von ihm stammt die Strategie der alternativen Befriedigung von Bedürfnissen – skizziert das Bild einer **„Postwachstumsökonomie“** (s. u.), die auf „Entrümpelung und Entschleunigung“ sowie auf einer „Neujustierung der Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung“ basiert. Eine schrittweise „De-Globalisierung“ (Walden Bello) würde „kein Zurück in die Steinzeit“ bedeuten, so Paech, sondern regionalwirtschaftliche Ansätze ins Zentrum rücken, die ebenso „Handlungsfelder für technische Innovation und unternehmerisches Agieren“ böten.

Michaela Moser, Vizepräsidentin des Europäischen Antiarmutsnetzwerks, weist in ihrem Beitrag **„Es ist genug für alle da“** zu Recht auf die Notwendigkeit hin, die Verteilungsperspektive in den Nachhaltigkeitsdiskurs zu integrieren. Überdies plädiert sie – in Ergänzung zu anderen – für die erneute Stärkung der „Care-Perspektive“, also aller „der Erhaltung des Lebens“ dienenden Aktivitäten. „Wachsende Sorge“ stünde in diesem Sinne nicht länger für den angstvollen Blick in die Zukunft, sondern gemäß dem „Konzept der Fürsorge“ für die „Einsicht in die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels“ (S. 201).

Andreas Breitenfellner, Mitarbeiter der Österreichischen Nationalbank, hinterfragt gängige Sichtweisen des Wirtschaftsdiskurses: „Die Annahme, dass Finanzmärkte das Niveau als auch die langfristige Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens direkt beeinflussen, gilt als eine der höchst kontroversiellen Prädispositionen der modernen Makroökonomie“. (S. 97) In der aktuellen Finanzkrise der „Blasen“ sieht der Ökonom das „Scheitern des Versuchs, den Wandel hin zu linearem statt exponentiellem Wachstum aufzuhalten“ (ebd.); er verweist (einmal mehr) auf die ökonomischen Folgekosten der Umweltzerstörung (etwa des Klimawandels) und sucht schließlich nach einer Ökonomie, die „auf die Optimierung statt auf die Maximierung des Wachstums“ (S. 122) orientiert ist.

Neue Unternehmensformen

Der Schweizer Ökonom *Hans Christoph Binswanger*, der den immanenten Wachstumszwang des kapitalistischen Systems dargelegt hat (s. u.), weist überzeugend darauf hin, dass eine nachhaltige Wirtschaftsweise „institutioneller Reformen“ bedürfe, die über die Erhöhung der Ressourceneffizienz und konventionellen Umweltschutz hinausgehen. Er nennt **vier Reformen** (S. 225ff):

- 1 Ersetzung des Gesellschaftsrechts der Aktiengesellschaft, in die ein besonderer „Wachstumsdrang“ eingebaut ist, durch „eine **Un-**

Michaela Moser, Vizepräsidentin des Europäischen Antiarmutsnetzwerks, weist auf die Notwendigkeit hin, die Verteilungsperspektive in den Nachhaltigkeitsdiskurs zu integrieren.

Hans Christoph Binswanger schlägt eine Umgestaltung des Wirtschaftens durch neue Unternehmensformen, eine Reform des Geldsystems, eine Anpassung der Eigentumsformen sowie eine Integration der Eigenarbeit sowie eines Sozialdienstes in die Einkommenspolitik vor.

- ternehmungsform**, die auf dem **Stiftungsrecht** beruht, d. h. die auf das in der Stiftungsverfassung genannte Produktionsziel ausgerichtet ist“.
- 2 **Reform des Geldsystems** zur Minderung des Wachstumszwangs dergestalt, dass Geldschöpfung nur mehr der Zentralbank obliegt; Banken würden verpflichtet, das Buchgeld zu 100 Prozent durch Zentralbankguthaben bzw. Banknoten zu decken. Dies würde auch die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems verringern und damit die ökonomische Nachhaltigkeit erhöhen: „Die Gewinne werden geringer, aber die Sicherheit wird größer.“
 - 3 **Anpassung der Eigentumsformen** an das Nachhaltigkeitsziel durch Wandel vom Eigentumsrecht des „Dominium“ (Recht zum bedenkenlosen Gebrauch und Verbrauch der Natur) hin zum „Patrimonium“ (Recht, sein Eigentum so zu nutzen, dass man es seinen Kindern weitervererben kann); gemeint sind der Einbau von Eigentumspflichten „für einen sorgsamen Umgang mit den Naturgütern“.
 - 4 **Integration der Eigenarbeit** und „eines unter Umständen obligatorischen Sozialdienstes“ in die Einkommenspolitik.

Allein diese vier Vorschläge geben wohl genügend Stoff für weitere Diskussionen. So stellt der Band eine wertvolle Grundlage zur vertiefenden Auseinandersetzung mit strukturellen Weichenstellungen dar, die Nachhaltigkeit von der beliebten Formel für Sonntagsreden zur ernst genommenen Zukunftsstrategie mutieren lassen.

Policy Papers „Wachstum im Wandel“

Schlagwörter

Konsumkritik, Wachstumstreiber, Postwachstumsgesellschaft, Dienstleistungsorientierung, Gesundheitsprävention

Im Rahmen der Initiative „Wachstum im Wandel“ wurden mehrere Workshops durchgeführt, die Aspekte des „Argumentariums“ (s. o.) vertieften. Deren Ergebnisse sind in *Policy Papers* dokumentiert; Friedrich Hinterberger und Andrea Stocker haben diese im Auftrag des österreichischen Umweltministeriums wiederum in einem Übersichts-Paper zusammengefasst, welches hier kurz vorgestellt werden soll. Neun Themen wurden behandelt: „Wachstum und Lebensqualität“, „Wachstum und Staatsausgaben“, „Wachstum und Arbeit“, „Die Rolle der Landwirtschaft als Anbieterin und Nutzerin von Ökosystemleistungen in einem Wachstum im Wandel“, „Wachstum und makroökonomische Resilienz“, „Wachstum und Resilienz auf der Unternehmensebene“, „Wachstum und Leadership“, „Wachstum und Energie“ sowie „Wachstum und Verteilung“.

Eingegangen sei auf einige Aspekte. Die **Landwirtschaft** muss auf die geänderten Förderrichtlinien der EU reagieren. Vorgeschlagen wird eine Förderung von Kooperationen und Netzwerken, ein koordiniertes Vorgehen in Bezug auf die Eindämmung des Flächenverbrauchs sowie die Förderung von Nachhaltigkeitsregionen. Diskutiert wird das Spannungsverhältnis von **Resilienz und Effizienz** – regionales Wirtschaften mag resilienter sein, internationale Arbeitsteilung effizienter – sowie von Regulierung und Resilienz – Regulierung bedeute nicht nur Einschränkung, sondern könne auch Möglichkeitsräume erweitern. Als Beispiel wird das Raucherverbot in Restaurants genannt. **Resilienz von Unternehmen** wird im Kontext der unterschiedlichen Kapitalformen analysiert. Sustainable Leadership müsse, so ein weiteres Ergebnis, politische Maßnahmen wie den Abbau von Ungleichheit, die Regulierung der Finanzmärkte, die drastische Reduzierung von Rüstungsausgaben sowie Ressourcensteuern entschiedener angehen. Wie in anderen hier vorgestellten Publikationen wird u. a. eine Verschiebung der Abgabenlast weg von Arbeit auf Ressourcen und Vermögen vorgeschlagen, was in „Zeiten anhaltender Wachstumsschwäche“ doppelt wichtig sei.

Hinterberger, Fritz; Stocker, Andrea: Policy Paper Serie „Wachstum im Wandel“: Die Wechselwirkungen zwischen Wachstum im Wandel und den gesellschaftlich relevanten Themen Lebensqualität, Staatsausgaben, Beschäftigung, mikro- und makroökonomische Resilienz, Landwirtschaft, Sustainable Leadership, Energie und Verteilung. Wien: Eigenverl., 2014. 79 S.

Perspektiven einer Postwachstumsgesellschaft

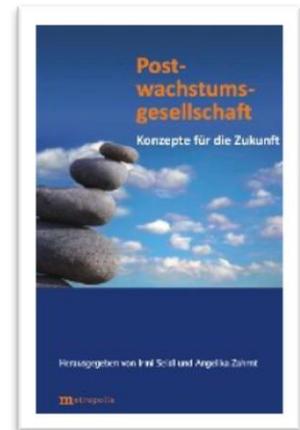
Schlagwörter

Konsumkritik, Wachstumstreiber, Postwachstumsgesellschaft, Dienstleistungsorientierung, Gesundheitsprävention, Ordnungspolitik

Der von *Irmi Seidl* und *Angelika Zahrnt* herausgegebene Band „*Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*“ ist im deutschsprachigen Raum dem reformorientierten Ansatz auf ökologisch-liberaler Basis zuzurechnen. „Trotz zahlreicher wachstumskritischer Stimmen halten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an ihrer Wachstumsorientierung fest. Mit Verweis auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze wird die Umwelt hintangestellt.“ Dieser Befund leitet das Buch ein (S. 9). Irmi Seidl, Vertreterin einer Ökologischen Ökonomie, sowie Angelika Zahrnt, bekannt als langjährige Vorsitzende des BUND, haben ExpertInnen aus unterschiedlichen Disziplinen gewonnen, das Thema „Wirtschaftswachstum“ kritisch zu beleuchten. Die versammelten Beiträge loten Möglichkeiten aus, wie in unterschiedlichen Subbereichen wie Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, demografischer Wandel u. a. m. Veränderungen angestoßen werden können, um konstruktive Wege in eine Postwachstumsgesellschaft zu finden.

Im „hölzernen Zeitalter“, als das Holz der nahezu alleinige Brennstoff und der wichtigste Bau- und Werkstoff war, verstanden sich die „Grenzen des Wachstums“ von selbst, so der Umwelthistoriker *Joachim Radkau* (S. 38). Die Schönheit der alten Städte sei der „Orientierung auf qualitatives Wachstum“ entsprungen, die „Hässlichkeit der neuen Industriestädte dem ungehemmten quantitativen Wachstum“ (S.39). Radkau erinnert daran, dass das Wirtschaftswachstum die **Kluft zwischen Arm und Reich** – und auch die **„Kluft zwischen den Gesetzen der Wirtschaft und denen der Lebensweisheit“** (S. 43) vergrößert hat (so ist der Abstand zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern seit Beginn der Industrialisierung von 5 zu 1 auf 400 zu 1 gestiegen!). Skeptisch beurteilt der Historiker auch den Optimismus bezüglich einer zunehmenden **„Entmaterialisierung der Wirtschaft“**, da Effizienzgewinne bisher immer durch Mengeneffekte aufgesogen wurden. Gefordert sei die Politik, die Weichen für Begrenzung zu setzen. Radkau hofft dabei nicht allein auf globale Umweltpolitik, sondern insbesondere auch auf lokale Initiativen, so genannte **„Pionierregionen“**. Denn: „Nicht abstrakte Beschlüsse, sondern anschauliche Modellregionen machen Neues attraktiv und vertrauenerweckend.“ (S. 47)

Der Schweizer Soziologe *Francois Höpfinger* setzt in seiner Analyse über die Alterssicherungssysteme auf ein **„produktives Alter“**: eine reduzierte Arbeitszeit („Halbtagsstelle als Norm für Mann und Frau“, S. 61) würde



Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Hrsg. v. Irmi Seidl, Angelika Zahrnt. Marburg: Metropolis, 2010. 247 S.

ergänzt durch eine Verlängerung der Erwerbsdauer, aber auch durch Ausweitung von Eigenarbeit. Die Konzentration der Wirtschaft auf „hochproduktive Hochlohnarbeit“ würde die Finanzierung der Rentensysteme auch bei abnehmender Erwerbsarbeit lösen, so der Experte. Voraussetzung seien entsprechende Qualifizierungen: „In einer gering oder nicht mehr wachsenden Gesellschaft basiert, vereinfacht formuliert, der sozialpolitische Generationen- und Rentenvertrag der Zukunft verstärkt auf lebenslanger Bildung.“ (S. 56)

Um Bildung geht es auch der Philosophin *Christine Ax*, wenn auch mit etwas anderer Gewichtung. Sie spricht von „**Bildung fürs Leben**“. Eine Postwachstumsgesellschaft mit einem geringeren Stellenwert materieller Güter brauche „mehr Gleichheit und mehr Wertschätzung für die Vielfalt menschlicher Fähigkeiten und Tätigkeiten“ (S. 79). Bildung habe in diesem Sinn auch zu tun mit der „Vorstellung von einem dematerialisierten Wohlstand und gutem Leben“ und müsse insbesondere Kompetenzen fördern, „die es uns erlauben, unser Leben jenseits von Konsum und Erwerbsarbeit zu gestalten und zu genießen“ (ebd.).

Dass eine Postwachstumsgesellschaft auch einen „bewussten Umgang mit Gesundheit, Krankheit und Tod“ erfordert, macht *Hans-Peter Studer* in seinem Beitrag über den „**Wachstumsmotor Gesundheit**“ deutlich. Gesundheitsförderliche Arbeits- und Lebensbedingungen seien dabei ebenso nötig wie eine Neuordnung des Gesundheitswesens. Anreize zur „optimalen“ statt der „maximalen“ Medizin hätten in der Schweiz, so Studer, zu Kostensenkungen um 20 bis 30 Prozent bei gleichbleibender Zufriedenheit der PatientInnen geführt. Anders ausgedrückt: „Rund ein Viertel der im konventionellen Versicherungssystem erbrachten Leistungen erweist sich schlicht als überflüssig.“ (S. 70)

„**Mehr Dienste statt mehr Waren**“, „**Wohlstands- statt Wirtschaftswachstum durch Arbeitszeitverkürzung**“ sowie „**Mehr öffentliche Leistungen durch eine neue Steuerbasis**“ benennt der Ökonom *Norbert Reuter* (in Anlehnung J. M. Keynes) als drei „Megatrends für einen Weg in die Postwachstumsgesellschaft“. Der Aufstieg „grüner Industrien“ könne das „Schrumpfen des industriellen Sektors nicht verhindern“ (S. 99), so der Experte, die Reduzierung von Arbeitszeiten sei daher auch aus ökologischer Sicht geboten. Zu nutzen wären unterschiedliche Instrumentarien von der Arbeitszeitgesetzgebung über befristete Lohnzuschüsse, Sabbaticals, Vorruhestandsregelungen und ausgeweitete Elternzeiten.

Wachstumsmotor Konsum

Die dänische Wirtschaftswissenschaftlerin *Inge Røbke* macht den Konsum als „Kern des Wachstumsmotors“ aus. Sie beschreibt zehn einander ver-

Vorgeschlagen werden die Rücknahme des privaten Konsums etwa durch Werbebeschränkungen, die Verbesserung des Angebots an öffentlichen Dienstleistungen als Wachstumsmarkt sowie die Vermeidung von Defensivkosten etwa durch gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen.

stärkende Antriebskräfte von der „falschen Annahme“ billiger fossiler Energieträger und den „schiefen“ globalen Güterketten über den marktlichen Wettbewerb und Innovationsdruck bis hin zur „Verkaufsförderung“ durch Reklame, Werbefernsehen oder Ratenzahlungen. Die Autorin kritisiert die „totale Kommerzialisierung des öffentlichen Raums“ (S. 105). All dies führe schließlich zur **„Gewöhnung an steigende Standards“** sowie zu **„Lock-in-Effekten“**, was bedeutet, dass einmal eingeführte Technologien bzw. Geräte nur schwer ein Zurück erlauben (etwa am Beispiel Auto oder Informationstechnologien). Die Schritte zum Stoppen des Wachstumsmotors müssten, so Rübke, ebenfalls vernetzt erfolgen: etwa durch **Förderung von Binnenwirtschaften** in Entwicklungsländern, durch **Erhöhung der Ressourcenpreise** („Entkräftung falscher Annahmen“), die **Etablierung von Gemeinschaftsnutzungskonzepten** (wie Carsharing), die **Einschränkung von Werbung** oder die **Förderung regionaler Wirtschaftsräume**. Besonders betont die alternative Ökonomin die (erneute) **Verlangsamung der Arbeits- und Lebensrhythmen** (die sich bei mehr Gewicht auf Ressourcenproduktivität statt Arbeitsproduktivität ergeben würde) sowie – da schließt sich der Kreis zu anderen Beiträgen – die „Umgestaltung der Investitionen und die Verlagerung von privatem zu öffentlichem Konsum“ (S. 113). Früher oder später werde es notwendig sein, ohne Wachstum klar zu kommen, da sei es „viel besser, dies durch Planung statt Katastrophen“ zu erreichen, meint Rübke in Anlehnung an ihren Kollegen Peter Victor (s. o.).

Mehrere Beiträge thematisieren **eine „faire und effiziente Steuerpolitik“**, wie es der Steuerexperte und Politikberater *Lorenz Jarass* ausdrückt. Die steuerschonende Gesetzgebung benachteilige in Deutschland Realinvestitionen, die Arbeitsplätze schaffen, ist Jarass überzeugt. Internationale Kapitalverwalter kaufen Unternehmen über Kredite auf, doch durch die resultierenden Schuldzinsen wird deren steuerlicher Gewinn „und somit auch die Steuerzahlung drastisch reduziert“, die Schuldzinsen werden an „Finanzinstitutionen in Niedrigsteuere Länder transferiert“ (S. 158). Die Unternehmen kämen zugleich aufgrund der Zinsbelastung in Krisenzeiten unter Druck. „Im wirtschaftlichen Ergebnis wird damit der Export von Arbeitsplätzen steuerlich begünstigt und die Schaffung von Arbeitsplätzen steuerlich diskriminiert.“ (S. 159) Gerade in einer Postwachstumsgesellschaft würde dies den Kampf um Arbeitsplätze drastisch verschärfen. Jarass fordert **verbesserte Abschreibungsbedingungen**, die langfristige Investitionen fördern – ein Effekt, den auch die Zunahme der Stimmrechte mit der Haltedauer von Aktien, eine Börsenumsatzsteuer sowie eine Steuer auf Veräußerungsgewinne begünstigen würde.

Weitere Vorschläge beziehen sich auf eine faire und effiziente Steuerpolitik, die dem Staat mehr Einnahmen bringen, sowie eine aufkommensneutrale Ressourcenbesteuerung.

Der Ökonom *Bernd Meyer* skizziert in der Folge einmal mehr den Sinn einer **aufkommensneutralen Ressourcenbesteuerung**, die Rebound-

effekte bei höherer Produktivität hintan halten würde, ohne jedoch die (deutsche bzw. europäische) Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Wirtschaftswachstum sei auf diesem Weg weiter möglich, es müssten jedoch klare „Zeitpfade“ (S. 176) für Ressourcenreduktionen politisch festgelegt werden.

Die Herausgeberinnen *Irmi Seidl* und *Angelika Zahrnt* beleuchten den Konnex von **Staatsfinanzen und Wirtschaftswachstum**. Historische Studien zeigten, so die beiden, dass die Hoffnung von Staaten, durch neue Schulden irgendwann aus der Schuldenspirale „herauswachsen“ zu können, trügt. Und das Setzen auf Wirtschaftswachstum blende die Kosten dieser Strategie aus: „Kosten-Wirksamkeitsanalysen zur Wachstumsförderung fehlen.“ (S. 184) Neben **der Erschließung von brachliegendem Einnahmepotenzial** (etwa gleichmäßiges Besteuern von in- und ausländischen Unternehmen sowie von Vermögenszuwächsen und Finanztransaktionen) fordern Seidl und Zahrnt auch die **Begrenzung der öffentlichen Verschuldung**. *Claudia von Braunmühl* erinnert schließlich daran, dass ein weniger wachstumsabhängiger Wirtschaftspfad „Suchbewegungen“ für ein partizipatives Wirtschaften erfordert: etwa die **„Relokalisierung wirtschaftlichen Handelns“**, die „Umverteilung und Umstrukturierung von Arbeit einschließlich des vollen Einbezugs der Sorgearbeit“ sowie den „Umbau der Steuer- und Sozialsysteme“. (S. 191) All dies erfordere demokratisches Handeln und Aushandeln. Ein Argument, dem nur zuzustimmen ist.

Hybris. Die überforderte Gesellschaft

Schlagwörter

Kritik am Expansionismus, Wachstums- und Größenfallen, Konsumkritik, Stress, Kulturwandel

Meinhard Miegel gilt in Deutschland als vehementer Kritiker der Wachstumsgesellschaft auf konservativer Seite. In „Exit. Wohlstand ohne Wachstum“ (2009) hat er auf die Fallen des Konsumwachstums, der zugleich mit einem Verfall sozialer und kultureller Werte einhergehe, verwiesen. Als Anhänger einer **Bürgergesellschaft**, in der freiwilliges Engagement eine wichtige Rolle spielt, war Miegel federführend in der *Biedenkopf-Kommission* in Baden-Württemberg engagiert, die nach neuen Wegen der Justierung von Erwerbsarbeit und Bürgerengagement sowie der Überwindung von Arbeitslosigkeit bei sinkenden Wachstumsraten suchte. Vorgeschlagen wurde etwa eine Art Bürgergeld. Mit dem Denkwerk Zukunft steuert der Sozialwissenschaftler Vorschläge zur Neugestaltung von Rahmenbedingungen bei. Bekannt ist etwa das „**Wohlstandsquintett**“ als neues Indikatorensystem für gesellschaftlichen Fortschritt, welches neben dem BIP/Kopf auch den ökologischen Fußabdruck, die Einkommensverteilung, die Staatsschuldenquote sowie die Inklusionsquote beinhalten soll (Miegel war auch Mitglied der eingangs vorgestellten Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“).

In „Hybris. Die überforderte Gesellschaft“ spitzt Miegel seine Gesellschafts- und Kulturkritik in Bezug auf den Expansionswahn nochmals zu. Nicht nur in die Psyche der Menschen aufgrund von Beschleunigung und Stress, sondern auch auf die **Wachstums- und Größenfallen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft** insgesamt blickt der Sozialwissenschaftler. Der Überforderungen sieht der Leiter des Denkwerk Zukunft genug: von gestressten ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen über hochverschuldete Staaten bis hin zur ausgepressten Natur. Nach Miegel erleben wir derzeit nicht eine Krise des Kapitalismus, sondern vielmehr eine „**Krise der westlichen Kultur**“, der Kapitalismus sei nur eine Erscheinungsform dieser umfassenderen Krise.

Untermuert mit Fakten, aber nicht verlegen um starke Ansagen und pointierte Zuspitzungen, unterzieht der Autor eine Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen seiner Analyse: von **gigantomanischer Bauwut** über eine **überbordende Mobilität** bis hin zum **modernen Körperkult**, von der **auf ökonomische Verwertbarkeit reduzierten Bildung** über die **Verarmung der Arbeitswelt** bis hin zum „**überforderten Gluckenstaat**“.



Miegel, Meinhard: Hybris. Die überforderte Gesellschaft. Berlin: Propyläen, 2014. 313 S.

„Die gegenwärtige Krise wurzelt nicht in einem Zuwenig, sondern in einem Zuviel: zu viel Güterproduktion, noch immer auch zu viel Erwerbsarbeit, viel zu viel Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung und nicht zuletzt zu viel Beanspruchung von Mensch und Gesellschaft.“

Miegel, S. 252

Einen eigenen mit „Himmel auf Erden“ überschriebenen Abschnitt widmet der Autor den mentalen Prägungen durch die **Ideologien von Fortschritt und Wachstum**. Dem modernen, namentlich dem abendländischen Menschen, sei das „Vorwärtstreben, Ziele verfolgen, Grenzen durchbrechen“ so in Fleisch und Blut übergegangen, dass er dies „nicht nur für einen kulturell bedingten Habitus, sondern für die Natur des Menschen schlechthin“ halte (S. 161f). Selbstverständlich widmet sich Miegel dem Thema seines letzten Buches „Exit“ auch hier, der Frage nach dem Wirtschaftswachstum. „Die Völker der frühindustrialisierten Länder konsumieren nur nicht zu viel“, so der Autor, „sie produzieren auch zu viel, jedenfalls mehr, als die Erde schadlos ertragen kann“ (S. 169). Dies führe das **Wachstumsdenken** ad absurdum. Eine halbwegs rationale Wachstumsdebatte würde deshalb nicht die Frage in den Mittelpunkt stellen, „wozu Wachstum gut ist, sondern ab wann es schlecht ist“ (S. 170). Die „Wachstumsmessen“, die tagtäglich in Brüssel und vielen anderen Orten gelesen würden, seien daher gespenstisch, „spiritistische Séancen, in denen Geister beschworen werden“ (S. 173).

Man muss Miegel nicht in allem folgen, aber er trifft in vielem die (kulturellen) **Fallen unseres Fortschrittsdenkens** und stellt sich damit bewusst gegen andere scheinbar konservative Denker wie *Thilo Sarrazin* oder den Journalisten *Christian Ortner*, der von manchen als „österreichischer Sarrazin“ bezeichnet wird und dessen Buch „Hört auf zu weinen“ hier nur erwähnt sei: der Tenor gilt dabei vielmehr der Klage über den (Leistungs-)Verfall Europas und der Paranoia vom Überholt-Werden durch die Aufsteigermächte wie China oder Indien. Miegel geht tiefer. Er setzt auf einen geistigen Wandel, eine Kultur, „die nicht auf Hybris, sondern auf Lebensformen gründet, die dem Menschen gemäß sind“ (S. 17).

„Eine halbwegs rationale Wachstumsdebatte würde nicht die Frage in den Mittelpunkt stellen, wozu Wachstum gut ist, sondern ab wann es schlecht ist.“
(Miegel S. 170)

Erfolg und Ende der Wachstumsgesellschaft

Schlagwörter

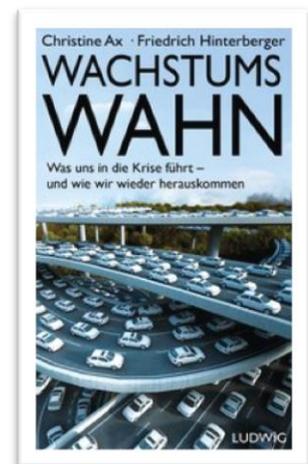
Wirtschaftswunder, Sozialstaat, Abkehr von Wachstumstreibern, Lebensqualität, Work-Life-Balance

Neben dem *Wuppertal-Institut*, das mit „*Zukunftsfähiges Deutschland*“ (1996) sehr früh Zukunftspfade in eine nachhaltige Gesellschaft beschrieben hat, zählt das *Sustainable European Research-Institute* (SERI) in Wien zu den ersten Wegbereitern eines anderen Verständnisses von **Wohlstand und Lebensqualität**, das neben ökologischen auch kulturelle und soziale Aspekte integriert. In dem von *Jill Jäger* mit dem SERI-Team verfassten Band „*Wie viel verträgt die Erde noch*“ (2007) wurden sehr differenzierte Zukunftsperspektiven nachhaltiger Umsteuerung beschrieben.

Friedrich Hinterberger, Direktor des SERI sowie Partner der Initiative „Wachstum im Wandel“, hat 2014 gemeinsam mit *Christine Ax* nun ein Buch verfasst, das als eine Art Chronologie der Entwicklungen seit den 1950er-Jahren zu lesen ist. Der Titel „*Wachstumswahn*“ mag etwas in die Irre führen, weil durchaus die **Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung** in den letzten Jahrzehnten nachgezeichnet werden, ehe das Autorenduo plausibel erklärt, warum das Wachstumsmodell heute überholt ist.

Das Wirtschaftswachstum habe uns in den **Aufbaujahrzehnten** wertvolle Dienste geleistet, es verliert jedoch in hochentwickelten Ökonomien an Strahlkraft, so lautet eben die zentrale These von Christine Ax und Fritz Hinterberger. Die beiden beschreiben zunächst den Hintergrund der Wachstumsgläubigkeit, nämlich den **Erfolg des Wirtschaftswunders**, an den Ländern Deutschland und Österreich (die Philosophin Christine Ax stammt aus Hamburg und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Zukunft des Handwerks sowie einer Neubestimmung von Arbeit, der Ökonom Friedrich Hinterberger ist Österreicher, der am Wuppertal-Institut sozialisiert wurde, eher er wieder in seine Heimat zurückgekehrt ist). Das **Wirtschaftswachstum** sei aber nun an seine Grenzen gestoßen bzw. habe diese bereits überschritten. Das Festhalten daran sei daher kontraproduktiv.

Neben den mittlerweile bekannten ökologischen Argumenten werden dabei auch handfeste **ökonomische Gründe** ins Treffen geführt: der abnehmende **Grenznutzen weiterer Güteranhäufung**, wenn ein bestimmtes materielles Niveau erreicht ist; das Überhandnehmen der sogenannten **Negativkosten**, die sich in Umwelt- wie in Innenweltzerstörung (zunehmend



Ax, Christine; Hinterberger, Fritz:

Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen. München: Ludwig, 2014. 367 S.

mender Stress) äußerten oder das **Abflachen der Produktivitätsfortschritte** und **Wachstumsmargen** in Dienstleistungsgesellschaften, da sich eben Dienstleistungen nur begrenzt rationalisieren lassen.

Exponentielles Wachstum ist auf Dauer unmöglich

Zudem zeigen die beiden anschaulich auf, dass **exponentielles Wachstum** rein mathematisch nicht auf Dauer möglich ist: „Ein exponentielles Wachstum von jährlich 3 Prozent bedeutet, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in 24 Jahren verdoppelt und in hundert Jahren vervierfacht.“ (S. 24) Das sei unmöglich durchzuhalten. Entscheidend sei nicht das relative, sondern das **absolute Wachstum**. Während in der BRD die Wirtschaft im Jahr 1969 um 7,5 Prozent gewachsen ist, gab es im Jahr 2012 nur eine Wachstumsrate von 0,7 Prozent. In absoluten Zahlen ist Deutschlands Wirtschaft 1969 jedoch nur um 751 Milliarden Euro gewachsen, 2012 waren es aber 2.645 Milliarden Euro, also fast viermal so viel (ebd.).

Ax und Hinterberger bringen in ihr Buch vielfältiges Wissen und Erfahrungen aus mehreren Jahrzehnten Umweltforschung sowie Beratungstätigkeit für Unternehmen und die öffentliche Hand ein; für ein Sachbuch ungewöhnlich, der Lesbarkeit aber sehr zuträglich sind die eingestreuten Tagebuchnotizen, die die Jahrzehnte seit dem **Beginn des Wirtschaftswunders** in den 1950er-Jahren über die ersten Debatten zu den **Grenzen des Wachstums** bis zu den **aktuellen Nachhaltigkeitsdiskursen** Revue passieren lassen.

Abschließend seien einige Beispiele aus den **pragmatischen Vorschlägen** des Buches im folgenden Zitat ausgewiesen: „Die Maßnahmen, die der Staat bei geringem Wachstum ergreifen kann, um die Arbeitslosigkeit zu senken und das Budget zu sanieren, sind eine 10-prozentige Arbeitszeitverkürzung, eine ökosoziale Abgabenreform, der Abbau umweltkontraproduktiver Subventionen und die Förderung der Dienstleistungsnachfrage durch private Haushalte.“ (S. 324)

Ein gut geschriebenes, wirtschaftliche Zusammenhänge anschaulich erklärendes Buch, das **attraktive und plausible Wege in eine Postwachstumsökonomie** weist. Die Hoffnung: die weitere Steigerung der materiellen Güter führt nicht mehr zu mehr Zufriedenheit, **neue Arbeitszeitmodelle** ermöglichen Vollbeschäftigung jenseits der 40-Stundenwoche und eine **faire Verteilung des Erwirtschafteten** tritt an die Stelle des weiteren Wachstums.

“Die Maßnahmen, die der Staat bei geringem Wachstum ergreifen kann, um die Arbeitslosigkeit zu senken und das Budget zu sanieren, sind eine 10-prozentige Arbeitszeitverkürzung, eine ökosoziale Abgabenreform, der Abbau umweltkontraproduktiver Subventionen und die Förderung der Dienstleistungsnachfrage durch private Haushalte.”

Ax/Hinterberger

S. 324

Befreiung vom Überfluss

Schlagwörter

Ökologische Gerechtigkeit, Externalisierte Kosten des Wachstums, Konsumballast, Zeitpräferenzen, Duale Wirtschaft, Lokale Ökonomie

Als einer der wohl bekanntesten und streitbarsten Postwachstumsökonomien im deutschen Sprachraum gilt *Niko Paech*. Der an der Universität Oldenburg lehrende Ökonom hat seine Habilitationsschrift über „*Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum*“ (2005) verfasst und 2012 mit seiner Streitschrift „*Befreiung vom Überfluss*“ einen Art Bestseller der Nachhaltigkeitsliteratur verfasst.

In seiner „Streitschrift“ hat der Vorsitzende der Vereinigung für Ökologische Ökonomie, Attac-Berater und Inhaber eines „außerplanmäßigen Lehrstuhls für Produktion und Umwelt“ an der Universität Oldenburg seinen Ansatz einer **Postwachstumswirtschaft** und deren Begründung in kompakter Form vorgelegt. Gleich zu Beginn benennt Paech seine Grundüberzeugung: „Dieses Buch dient einem bescheidenen Zweck. Es soll den Abschied von einem Wohlstandsmodell erleichtern, das aufgrund seiner **chronischen Wachstumsabhängigkeit** unrettbar geworden ist.“ (S. 7) Der Autor geht dabei von der These aus, dass Versuche, die vielen materiellen Errungenschaften einer „Abfolge von Effizienzfortschritten oder anderweitiger menschlicher Schaffenskraft zuzuschreiben“, eine „Selbsttäuschung“ seien (S. 10).

Paech spricht von einer **dreifachen Entgrenzung**, auf der unser derzeitiger Wohlstand und Effizienzglaube basiere: der Entgrenzung von den eigenen körperlichen Fähigkeiten („mit Hilfe ganzer Heerscharen von Energiesklaven“), der Entgrenzung von den in unmittelbarer Reichweite vorhandenen Ressourcen („mittels globaler Wertschöpfungsketten“) und jener von den Möglichkeiten der Gegenwart („mit Hilfe von Verschuldung“, S. 57).

Die vermeintliche Effizienz der industriellen Arbeitsteilung setze enorme **physische Entgrenzungsvorgänge** und eine **Plünderung der Natur** voraus: „Die Transaktionen zwischen den zerlegten Produktionsstufen dehnen sich in alle Himmelsrichtungen aus. Infrastrukturen und Transporte nehmen zu.“ (S. 30) Das Wesensprinzip des Konsumierens bestehe daher darin, „sich die von anderen Menschen an anderen Orten geleistete Arbeit und insbesondere den materiellen Ertrag andernorts verbrauchter Ressourcen und Flächen zunutze zu machen“ (S. 37). Unser Wohlstand sei genau genommen weder „erarbeitet“ noch „verdient“ (S. 36). Die moderne Produktion ähnele vielmehr „einem Verstärker, der ein minimales menschli-



Paech, Niko: *Befreiung vom Überfluss*. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom, 2012. 155 S.

„Die Transaktionen zwischen den zerlegten Produktionsstufen dehnen sich in alle Himmelsrichtungen aus. Infrastrukturen und Transporte nehmen zu.“
Paech S. 30

ches Signal in eine donnernde Symphonie von Energie- und Materialumwandlung übersetzt“ (S. 46). Diese „monströse Delegationsmaschinerie“ führe jedoch zu einem **„Bequemlichkeitsfortschritt“**, zu einer „Bequemokratie“, in der die „Drecksarbeit“ auf andere abgewälzt wird.

Fremdversorgungssyndrom

Das „Fremdversorgungssyndrom“ (S. 64) habe auch die Geldabhängigkeit, genau genommen die **„Schuldgeldabhängigkeit“** erhöht, da Wachstum immer mehr über Schulden finanziert würde. Genauso wie ein Heroinabhängiger wider besseres Wissen den Dealer schütze, steige beim Geldabhängigen „mit zunehmendem Konsumniveau die panische Angst davor, dass die geldspeiende Wachstumsmaschine auch nur ins Stocken gerate könnte“ (S. 66). Dieser Sachzwang beherrsche den Manövrierspielraum nachhaltiger Entwicklung: „Sie steht immer unter dem Vorbehalt, das geldbasierte Wohlstandsmodell nicht anzutasten“ (ebd.).

Paech warnt daher vor dem **Glauben an Ökoeffizienz**, da diese in der Regel zu weiterem Ressourcenverbrauch an anderer Stelle führe („Reboundeffekte“). „Grünes Wachstum“ habe Tücken, da auch „grüne Technologien“ Ressourcen verbrauchen wie etwa Elektroautos, Photovoltaikanlagen oder Wärmedämmungen, die irgendwann auch entsorgt werden müssen. Der Autor spricht hier von **„Nebenwirkungen innovativer Entkopplungslösungen“** (S. 78). Kritik übt er auch an der **„Objektorientierung“ des Nachhaltigkeitsdiskurses**, wenn dieser von „ökologischen Produkten“ spricht. Denn nachhaltig könnten allein Lebensstile sein, nie Produkte oder Dienstleistungen. Und **„Greenwashing“** von Unternehmen oder auch von Konsumenten sei da nicht weit. „Die Strahlkraft nachhaltiger Konsumsymbolik soll das weniger nachhaltige Andere, welches vom selben Individuum praktiziert wird, kaschieren oder kompensieren.“ (S. 98) Nachhaltigkeitsbemühungen, die sich an der **„Subjektorientierung“** vorbeischieben, seien daher nicht nur überflüssig, sondern schädlich: „Sie reproduzieren die Schizophrenie einer Gesellschaft, deren Nachhaltigkeitsziele nie lauter bekundet wurden und deren Lebenspraktiken sich nie weiter davon entfernt haben.“ (S. 101)

Möglicher Ausweg

Wo sieht der Autor nun den Ausweg? Allgemein gesagt: In der **„Rückkehr zur Sesshaftigkeit und zum menschlichen Maß“** (S. 56). Im Detail wäre dies eine Wirtschaft, die sich wieder auf die Region konzentriert, also eine **„Ökonomie der Nähe“** (S. 114f), die auf mehreren Prinzipien basiert: Transparenz („Produktnachfrager“ sind dabei zugleich die „Kapitalgeber“ ihrer Produzenten), Empathie (durch „soziale Einbettung der Ökonomie“), Interessenskongruenz (hohe Zinsansprüche würden ja höhere Preise be-

„Genauso wie ein Heroinabhängiger wider besseres Wissen den Dealer schütze, steigt beim Geldabhängigen mit zunehmendem Konsumniveau die panische Angst davor, dass die geldspeiende Wachstumsmaschine auch nur ins Stocken gerate könnte.“

Paech S. 66

„Der Ausweg liegt in einer Rückkehr zur Sesshaftigkeit und zum menschlichen Maß.“

Paech S. 56

„Unternehmensformen, die durch ihre institutionelle Struktur, räumliche Nähe und überschaubare Größe so entwickelt werden können, dass sie sich nicht an maximaler Rendite, sondern an unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung orientieren, sind mit globaler Verflechtung kaum vereinbar.“

Paech S. 118

deuten) sowie Verwendungskontrolle (lokales Kapital als Förderer ihrer eigenen ethischen Orientierung).

Der **industrielle Komplex** in einer **de-globalisierten Ökonomie** würde zurückgebaut, neue Unternehmensformen sowie regionale Währungen sollten sich ausbreiten, zudem würde im Sinne einer **Dualwirtschaft** der Bereich des Selbermachens, der Eigenarbeit und Selbstversorgung ausgebaut. Die Verlängerung der Nutzungsdauer, Gemeinschaftsnutzung sowie Eigenproduktion würden eine radikale Verringerung der Ressourcenflüsse ermöglichen, Instandhalter, Reparaturdienstleister, Renovierer, Umgestalter und Ökodesigner als wichtige neue Unternehmen etabliert.

Paech skizziert eine Postwachstumsökonomie, in der die bisherige Norm von 40 Erwerbsarbeitsstunden aufgeteilt würde auf **20 Stunden Arbeit** im **monetären** und weitere 20 Stunden im **entkommerzialiserten Bereich**. Die Einbindung in die globale Ökonomie würde auf eine Restkategorie reduziert: „Unternehmensformen, die durch ihre institutionelle Struktur, räumliche Nähe und überschaubare Größe so entwickelt werden können, dass sie sich nicht an maximaler Rendite, sondern an unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung orientieren, sind mit globaler Verflechtung kaum vereinbar.“ (S. 118)

Als flankierende Maßnahmen fordert Paech über **Finanztransaktionssteuern** hinaus die Umsetzung der **„Vollgeld-Konzeption“**, also die „Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung“ und die „Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts“ auf die „schuldenfreie In-Umlauf-Bringung neu geschöpften Geldes durch öffentliche Ausgaben“, die Förderung von **Regionalwährungen** sowie eine **Bodenreform**, die Bodennutzer als Pächter, nicht Eigentümer betrachtet! (S. 135) Nicht zuletzt müsste der **Erziehungs- und Bildungssektor** „entrümpelt“ werden. Denn in den begüterten Mittelschichtfamilien, erst recht in allen Bildungseinrichtungen „trainieren wir jungen Menschen Praktiken des Überflusses und einer globalen Mobilität an, die ökologisch ruinöser sind als alles, was vorherige Generationen sich jemals erlauben konnten“ (S. 138). Notwendig sei die Verankerung einer Nachhaltigkeitsbildung als „Pflichtfach“.

Schließlich setzt Paech auf die Ausbreitung eines **neuen Verständnisses von Wohlstand**: „Wer sich elegant eines ausufernden Konsum- und Mobilitätsballastes entledigt, ist davor geschützt, im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung orientierungslos zu werden.“ (S. 129) Die **„Kunst der Reduktion“** bedeute somit auch Angstfreiheit, die auf Peak Oil und die nächsten Finanzkrisen gelassener zugehen lasse. Denn, so ein Schlussgedanke des Autors: „Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern wer wenig braucht.“ (S. 130) Resümee: Ein kurzweilig zu lesendes Buch, dessen Tragweite womöglich erst erkannt wird, wenn sich weitere Krisen einstellen.

„Wer sich elegant eines ausufernden Konsum- und Mobilitätsballastes entledigt, ist davor geschützt, im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung orientierungslos zu werden.“

Paech, S. 129

„Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern wer wenig braucht.“

Paech S. 130

Geld oder Leben.

Schlagwörter

Marktökonomie, Lebensdienliches Wirtschaften, Verbundenheit, Gebrauchswertorientierung, Lokale Ökonomie

„Die Erkenntnis, dass und wie wir in unserer Gesellschaft weltanschaulich-kulturell in den **Maximierungswahn** verstrickt sind, ist niederschmetternd. Aber es lohnt sich, diese Wahrheit näher zu betrachten, sie birgt auch Tröstliches. Denn wenn wir das Problem sind, dann sind wir auch die Lösung.“ Damit bringt *Veronika Bennholdt-Thomsen* in „*Geld oder Leben*“ (2010) auf den Punkt, was einen Ausstieg aus der Konsumgesellschaft ermöglichen könnte. Die u. a. an der Universität für Bodenkultur in Wien lehrende Subsistenzforscherin – in Bielefeld betreibt sie seit vielen Jahren ein eigenes Institut zum Thema – beschreibt zunächst die Herausbildung der **Marktökonomie** seit dem 18. Jahrhundert in fünf Merkmalen: Zunehmende Geringschätzung der Frauenarbeit innerhalb der modernen geschlechtlichen Arbeitsteilung (1), Geringschätzung des bäuerlichen Wirtschaftens (2), Missachtung der Natur (3), kolonialistische Plünderung anderer Gesellschaften (4) und schließlich Verbreitung von Angst vor der Knappheit (5). Wirtschaften habe sich in diesem Sinne immer mehr vom **Lebensdienlichen** entfernt, abstrakte Ziele seien in den Vordergrund getreten: „Bei der Warenproduktion ist das Ziel Geld, das immer mehr Geld ‘produziert’, oder die Akkumulation des Kapitals. Leben fällt gewissermaßen nur als Nebenprodukt an.“ (S. 12)

Die Finanzkrise gebe zwar eine Ahnung, dass „man Geld nicht essen kann“ (S. 12), für *Bennholdt-Thomsen* sind die derzeit gegebenen Antworten auf die Krise aber unbefriedigend: „Man macht Einzelne zu Schuldigen und hält am Illusionstheater fest.“ (S. 17) Die Autorin lädt dazu ein, dass wir uns von der „internationalen Supermarktökonomie“ (S. 22) verabschieden und uns schrittweise (wieder) einer **regionalen, an realen Gebrauchswerten orientierten Wirtschaftsweise** zuwenden. Sie hinterfragt zu Recht scheinbar unumstößliche Gewissheiten wie den gerechten Preis bzw. Lohn („Ist es in Wirklichkeit nicht so, dass Brot für die Hungernden einen ganz anderen Wert hat als für die Satten? Dennoch kostet es für beide gleich viel.“ S. 52) oder das Menschenbild des „Homo oeconomicus“, dem sie jenes des „Homo donans“ – ausgehend vom matriarchalen Prinzip einer „Care economy“ – entgegensetzt. Wirtschaften sei im Sinne der Sorge für einander vor allem **Verbundensein**, Gemeinschaft, was jedoch durch die Konkurrenzwirtschaft total verschüttet worden sei, so die Kritik der feministischen Sozialwissenschaftlerin. In der erneuten **Entkommerzialisie-**



Bennholdt-Thomsen, Veronika: Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht. München: oekom, 2010. 93 S.

„Ist es in Wirklichkeit nicht so, dass Brot für die Hungernden einen ganz anderen Wert hat als für die Satten? Dennoch kostet es für beide gleich viel.“

Bennholdt-Thomsen S. 52

rung sieht Bennholdt-Thomsen daher „eine Maßnahme der Selbstverteidigung gegenüber den totalitaristischen Mechanismen des Warensystems“ und einen „Akt der Selbstermächtigung“. Diese Entkommerzialisierung werde „nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern im Laufe eines Prozesses kollektiven Lernens“, doch dieser habe „längst begonnen.“ (S. 56) Community Gardening, Gemeinschaftsgärten, Umsonstläden, Tauschkreise, Bewegungen wie jene des „Containerns“ als selbstorganisierte Verteilung von Brauchbarem aus Müllcontainern der Lebensmittelmärkte, aber auch Erzeuger-Verbraucher-Initiativen, Lebensgemeinschaften in der Stadt wie am Land, Bewegungen einer freien Wissenszirkulation – all das sind für die Autorin **Ansätze einer modernen Subsistenz**. Sie spricht von **„Re-uralisierung der Stadt, der Stadt-Land-Beziehungen sowie der Landwirtschaft“** (S. 77ff) sowie von **„Entkommerzialisierung des Geldes und der Arbeit“**, wo immer dies möglich sei. Regionalwährungen würden dem ebenso entsprechen wie Tätigkeiten auf Tausch- oder Freundschaftsbasis.

Bennholdt-Thomsen weiß, dass wir alle in das Marktsystem integriert bzw. verstrickt sind, sie plädiert jedoch dafür, uns Stück für Stück daraus zu lösen „Was mache ich ohne Geld? Welche meiner Beziehungen haben nichts mit Geld zu tun?“ (S. 88). Auf **Forderungen an die Politik** verzichtet die Autorin und sie erwartet auch nicht allzu viel von dieser. Denn: „Herrschaft wird in unserer Zeit ausschließlich wachstumsökonomisch legitimiert. Diese Legitimation muss aufgekündigt werden, und zwar von uns allen. Die Verantwortung für eine erddemokratische Politik liegt bei jedem Individuum.“ (S. 88)

Im Kontext der Care-Economy sei hier auch auf den Ansatz der österreichischen Ökonomin Luise Gubitzer eines Fünf-Sektoren-modells der Wirtschaft hingewiesen. Dem Profitsektor stehen dabei der Non-Profit-Sektor, der Staatssektor, der Eigenwirtschaftssektor sowie der kriminelle Wirtschaftssektor gegenüber. Während letzterer zu überwinden sei, müsste der Eigenwirtschaftssektor in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung inkludiert werden.

Gubitzer, Luise: Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste leisten. 2011.
[Download](#)

Vorsorgendes Wirtschaften.

Schlagwörter

Geld und Begehren, Maßlosigkeit, Gender, Gutes Leben, Kulturelles Wachstum

Auch eine Publikation des *Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften*, in dem feministische Ökonominen kooperieren, widmet sich u. a. dem Zusammenhang von Geld, Wachstum und Lebensqualität. *Adelheid Biesecker* und *Uta von Wintersfeld* gehen davon aus, dass Geld und Wachstum nicht per se zu gutem Leben führen. Vielmehr sei „umgekehrt die Rückgewinnung von Souveränität gegenüber Geld und Wachstumszwang eine Voraussetzung für ein gutes Leben“ (S. 258). Mit Hans C. Binswanger problematisieren die beiden die **Eigendynamik des Geldes**: „Gepaart mit dem Begehren, immer mehr davon haben zu wollen, sprengt das Geld das ursprüngliche Maß des eigenen Bedarfs und treibt an zur Maßlosigkeit.“ (S. 260). Und Geld wird insbesondere mit Männern assoziiert: „Je höher wir die ökonomische Leiter erklimmen, desto häufiger sind die eigennützig, nur auf ihren maximalen Gewinn hin orientierten, sozial isoliert handelnden ökonomischen Menschen vor allem Männer. Gerechnet wird in Geld, in immer mehr Geld.“ (S. 266f)

Da die Geldökonomie im Kapitalismus auf die Erzielung von immer mehr Profit ausgerichtet sei („An diesem wollen viele teilhaben – die Kreditgeber, die Manager, die Aktionäre, die Spekulanten“ S. 266), gehe es darum, sich diesem System zumindest stückweise zu entziehen, was mit einem „Recht auf Suffizienz“ (S. 268) verbunden wird. Der **Diskurs über ein „gutes Leben“** müsse, so die beiden, wieder mit den Diskursen über Wirtschaft und Politik verknüpft werden, denn Lebensqualität erfordere in der Tat neue Gesellschaftsverträge und Rahmensetzung: „Nicht das gute Leben hängt von Wachstum und Geld ab, sondern es hängt von der gesellschaftlichen Bestimmung des guten Lebens ab, was wachsen oder schrumpfen kann, was mittels Geld geregelt werden kann und was nicht.“ (S. 273)

Auch die übrigen sechzehn Beiträge des Bandes widmen sich Aspekten eines „Vorsorgenden Wirtschaftens“, wobei Fragen von ganzheitlicher Arbeit (*Christine Ax*) einschließlich einer „Renaissance des Selbermachens“ (*Andrea Baier*) oder neue Finanzierungsformen (*Schön/Schmidt*) ebenso angesprochen werden wie Perspektiven einer Sorge-Ökonomie im Kontext von Gesundheitsförderung oder der alternden Gesellschaft.



Wege Vorsorgenden Wirtschaftens.

Hrsg. v. Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens.

Marburg: Metropolis, 2013. 414 S.

Abschied vom Wachstumsdenken

Schlagwörter

Ökologische Gerechtigkeit, Externalisierte Kosten des Wachstums, Konsumballast, Zeitpräferenzen, Duale Wirtschaft, lokale Ökonomie

Dem reformorientierten Ansatz mit Suffizienzaspekten zuzurechnen ist auch *Reinhard Loske*, der mehrere Jahre am Wuppertal-Institut gearbeitet hat und dann für die deutschen Grünen im Bundestag bzw. später als Umweltsenator in Bremen aktiv war. Als solcher hat er 2010 den Band „*Abschied vom Wachstumszwang*“ verfasst, in dem konkrete politische Reformschritte für eine Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft beschrieben werden. Heute lehrt Loske Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke.

Begriffe wie Entrümpelung, Entschleunigung, Zeitwohlstand oder Muße würden mittlerweile die Debatten über Lebensqualität bestimmen, auch werde der „**abnehmende Grenznutzen von zusätzlichem Einkommen**“ (S. 9) deutlicher, doch den Suffizienzstrategien fehle, so Loske, bislang ein attraktives soziales Gesamtmodell in „*Abschied vom Wachstumszwang*“. Der Darstellung der ökologischen Krise folge allzu oft „lediglich der moralische Aufruf zum individuellen Maßhalten“ (S. 18). Ein politisches Programm des Kulturwandels und der Suffizienz brauche dagegen „eine Vorstellung vom Sozialen, von der guten Gesellschaft, in der Menschen gemeinsam und aus der Einsicht heraus handeln, dass das ´Immer Mehr, Immer Schneller, Immer Weiter so´ keine gute Grundlage für ein gedeihliches Zusammenleben der Individuen und der Völker ist“ (ebd.).

Loske entwirft demnach **neun Handlungsfelder** „für eine Politik der Suffizienz“, die er in seiner Schrift ausführt.

- 1 die Abkehr von der extremen **Fixierung auf das Bruttosozialprodukt** als zentralem Wohlstandsindikator: die Statistikämter sollten gesetzlich verpflichtet regelmäßig Berichte über die Wohlfahrtsentwicklung geben;
- 2 die Zurückdrängung allgegenwärtiger **Kommerzialisierungstendenzen**: Einschränkungen oder Verbote für Kinderwerbung; Zurückdrängung der Aktienberichterstattung im öffentlichen Fernsehen usw.;
- 3 die Entwicklung neuer **Arbeits- und Lebensmodelle**: perspektivisch 20-Stunden-Woche für alle, errungen von Gewerkschaften, die mehr sind als „Einkommenserkämpfungsapparate“ (S. 27);



Loske, Reinhard:
Abschied vom Wachstumszwang. Konturen einer Politik der Mäßigung. Rangsdorf: Basilisken-Presse, 2011. 64 S.

„Der Darstellung der ökologischen Krise folgt allzu oft lediglich der moralische Aufruf zum individuellen Maßhalten.“
Loske S. 18

- 4 die Neuausrichtung von Unternehmen in **einer „Marktwirtschaft mit dienender Funktion“** (S. 31): Größenbeschränkungen, Förderung mittelständischer und regionaler Betriebe, Unternehmen nach Stiftungsrecht;
- 5 Mit Steuern steuern: Loske schlägt neben **Öko- auch Vermögenssteuern** vor, um „Bodenlosigkeit nach unten und Maßlosigkeit nach oben“ (S. 39) zu verhindern;
- 6 Förderung **sozial-ökologischer Innovationen** wie Carsharing, Gemeinschaftswohnen, Bauteile-Börsen;
- 7 Schutz **öffentlicher Güter** und Pflege **öffentlicher Infrastrukturen**;
- 8 **Regionalisierung von Wirtschaftsprozessen**: als Beispiele nennt Loske „Regionale Küche“ in öffentlichen Einrichtungen, das Verbot von Tierferntemperaturen, die Verwendung regionaler Baustoffe sowie Mischformen aus Sozial- und Gewerbebetrieben;
- 9 **Reform des Geldwesens**: Aufwertung der Regionalbanken, Übergang zu „Vollgeld“.

„Die Bürger und Bürgerinnen ahnen, dass die Verheißung vom anstrengungslosen Übergang in das harmonische grüne Zeitalter eher Wunschdenken als Realitätsbeschreibung ist.“

Loske S. 56

Und wie schätzt der damalige Politiker die Umsetzungschancen ein? Es sei heikel, die Wachstumsfrage zu thematisieren, aber große Teile der Bevölkerung seien bereits weiter als die Politik, so die Überzeugung von Loske: „Sie ahnen, dass die Verheißung vom anstrengungslosen Übergang in das harmonische grüne Zeitalter eher Wunschdenken als Realitätsbeschreibung ist.“ (S. 56) Überdies gäbe es ja auch **gutes Wachstum**, welches aber immer mehr im immateriellen Bereich liege.

Der Autor hofft dabei auch auf ein neues Verhältnis zur Natur, der wieder ihr Raum gelassen werden sollte. Denn es sei nicht wünschenswert, „wenn das Gemachte durchweg an die Stelle des Gewordenen träte, das Geplante an die Stelle des Unwägbaren, das Kontrollierte an die Stelle des Naturwüchsigen“ (S. 58).

Politik der Zukunftsfähigkeit

2015 ist in der Reihe „Forum für Verantwortung“ Loskes Buch *„Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende“* erschienen. Auch darin beschreibt Loske vor allem politische Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften. Er sichtet zunächst die unterschiedlichen Ansätze von Effizienz- und Substitutions- über Suffizienz- und Subsistenz- bis hin zu Kooperationsstrategien und plädiert für einen Mix aus allem. Notwendig sei **„Ambiguitätstoleranz“** und **„Pluralität“** in der Debatte über nachhaltiges Wirtschaften. Der Autor hält daher auch nichts davon, wenn Postwachstumsökonomie und Grüne Ökonomie gegeneinander ausgespielt werden.



Loske, Reinhard:
Politik der Zukunftsfähigkeit.
Konturen einer Nachhaltigkeitswende.
Fischer: Frankfurt, 2015.
302 S.

Im Zentrum der Vorschläge von Loske stehen freilich **ordnungspolitische Maßnahmen**: vom Abbau umweltschädlicher Subventionen über Ökosteuern und ein „**Öko-Grundeinkommen**“ (als Rückfluss der Ökosteuern an die BürgerInnen) bis hin zu verbindlichen **Gemeinwohlabilanzen** für Unternehmen, die der Wachstumsökonomie ihre Legitimität rauben würden. Der Autor plädiert wie Niko Paech für **Arbeitszeitverkürzungen** „als Ermöglichung einer Ökonomie des Selbermachens und der Kooperation“ (S. 185). Nicht zuletzt fordert Loske die Verankerung von **Nachhaltigkeit in der Verfassung** durch die Ablösung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967, das mittlerweile stark überholt sei.

Machtwirtschaft – nein danke

Schlagwörter

Lobbying, Machtwirtschaft, Großkonzerne, Vermögenskonzentration, Redimensionierung des Finanzsektors, Wettbewerbschancen für Klein- und Mittelbetriebe, politische Regulierung, Zivilgesellschaft

Der Ökonom und Grünabgeordnete des Deutschen Bundestags *Gerhard Schick* analysiert in „*Machtwirtschaft – Nein danke. Für eine Wirtschaft, die uns allen dient*“ (2014), wie die freie bzw. soziale Marktwirtschaft durch **Lobbying und Pfründedenken** (in Deutschland) immer mehr ausgehebelt wurde. „Fachkundig bis ins Detail wie kaum ein anderer Parteientreter im Bundestag, mit einer klaren Linie für eine bessere Regulierung der Banken, ideologisch aber nicht verbohrte, wäre er eine Idealbesetzung für das Finanzministerium“, so urteilte *Die Welt* über den Grünparlamentarier im Zusammenhang mit seinem Buch. In der Tat belegt der „grüne“ Ökonom, Jahrgang 1972, seine zentrale These, dass die gegenwärtige „Machtwirtschaft“ wenig mit Marktwirtschaft zu tun habe, mit einer Fülle an Indizien. Die da wären: **Konzentration des Wirtschaftsprozesses** auf große multinationale Konzerne, **Monopolisierung** im Bereich zentraler Dienstleistungen – so sei nicht nur der deutsche Strommarkt, sondern auch jener der Wirtschaftsprüfer weitgehend auf ganze vier Unternehmen beschränkt, die den Markt dominieren –, oder **Aufblähung des Finanzmarktes**, der auch in Deutschland zum Aufbau von großen „Scheinvermögen“ geführt habe (denn nichts anderes seien Lebensversicherungen, die ihren Wert nicht halten).

Schick kritisiert – wie andere auch – die Netzwerke der Multis, deren **Fixierung auf Wachstumszwang** und **Renditefixierung**, die Umverteilung von unten nach oben sowie das **Scheitern des Staates** als „Wirtschaftsakteur und Planer“. Nicht Wettbewerb, sondern Marktmacht bestimme das Wirtschaftsgeschehen. So hätten die großen Konzerne beispielsweise bedeutend mehr Möglichkeiten, ihre Produkte durch Werbung zu platzieren als die kleinen und mittleren Unternehmen, die in Deutschland 99,6 Prozent der Betriebe und 60 Prozent der Beschäftigten stellen (S. 39). Und die **Vermögenskonzentration** sei nur möglich gewesen, weil immer mehr Unternehmenserträge bei den Aktionären und nicht bei den Beschäftigten blieben. Letztere sowie der Staat mussten sich verschulden, während die Vermögenden wieder die Schuldtitel kauften. Ein klares Machtungleichgewicht. Die Schlussfolgerung: „Big Business fürchtet deswegen einen funktionierenden Markt genauso wie einen funktionierenden Staat, der Regeln zur Begrenzung wirtschaftlicher Macht setzt.“ (S. 60)



Schick, Gerhard:
Machtwirtschaft – nein danke. Für eine Wirtschaft, die uns allen dient.
Frankfurt: Campus, 2014.
288 S.

„Bei der Bankenrettung in Europa sind nicht nur die Einlagen der Kleinanleger gesichert worden. Nein, auch alle anderen Gläubiger, die man hätte durchaus beteiligen können, wurden gerettet.“
Schick, S. 135

Mit dem mittlerweile verstorbenen Ökonomen Mancur Olsen („Die Logik des kollektiven Handelns“) beschreibt Schick schließlich auch die **Einflussnahme der Mächtigeren auf den Staat**, welche mittels Kampagnen, aber auch „geräuschlos und wirkungsvoll“ Gesetzesvorhaben in ihrem Sinne beeinflussen. Als Beispiele nennt der Autor die deutsche Mobilindustrie sowie den Bankensektor. Und was Veränderung noch schwieriger macht: Es geht auch um die Privilegien, die Menschen in der Politik aus dieser Verfilzung – Schick spricht von „großartiger Partnerschaft“ – ziehen.

Neue Regeln

Wie könnten und sollten nun ein **„funktionierender Markt“** und ein **„funktionierender Staat“** im Kapitalismus hergestellt werden? Als erstes nennt Schick, dass wir die Gegenüberstellung von ´links gleich staatsorientiert´ und ´rechts gleich marktorientiert´ rasch vergessen sollten. Denn diese sei falsch und bringe die Linke in eine Defensivposition. Vielmehr müsse aufgezeigt werden, wie und wo „Mutti Staat“ (S. 133) sich für die Mächtigeren einsetzt: durch Subventionen für Großbanken, PPP-Modelle für die Bauwirtschaft zu Lasten der SteuerzahlerInnen oder durch Ungleichbehandlung von Kapital- und Arbeitseinkommen. Viele BürgerInnen würden daher, zitiert der Autor Umfragen, den Staat nicht mehr als den Ihren wahrnehmen, sondern als **„Staat der Anderen“** (S. 140).

Ziel in einer Marktwirtschaft muss laut Schick sein, dass „sich die Anbieter an den Bedürfnissen der Nachfrager ausrichten müssen“ (S. 145), was eine dezentrale Steuerung durch **Konsumentensouveränität** erfordere. Zudem müsse der Staat – im Sinne des Ordoliberalismus – „den Wettbewerb garantieren und dafür sorgen, dass sich niemand zu Lasten anderer bereichern kann“ (S.147).

Schick referiert in der Folge eine Vielzahl „grüner“ Vorschläge zu einer **Ökologisierung und Humanisierung des Wirtschaftens**. So soll das BIP als Wohlstandsindikator ergänzt werden durch weitere Parameter: den ökologischen Fußabdruck, die Einkommensverteilung sowie die mittels Befragungen zu erhebende Lebenszufriedenheit (S. 155). Und anders als sein Parteifreund Ralf Fücks (s. u.) plädiert Schick dafür, „sich auf eine **wachstumsarme Wirtschaft** vorzubereiten“ (S. 157). Mit dem kanadischen Ökonomen Peter Victor („Managing without Growth“ s. o.) sei dies möglich durch eine „Änderung der Investmentstruktur hin zu öffentlichen Gütern, Arbeitszeitverkürzung und eine ökologische Steuerreform“ (S. 158). Notwendig sei auch die Einführung von **„Top-Runner-Regelungen“**, denen gemäß die ökologischsten Produkte zu einer bestimmten Zeit nach einer festgesetzten Frist zum Standard werden müssten. Zudem hofft Schick auf Vorreiter wie **Genossenschaften und Modelle solidarischer Ökonomie**: „GLS-Bank statt Deutsche Bank, Linux statt Microsoft, die Schönauer Stromrebellin statt Vattenfall – das sind Vorbilder, wenn wir wegkommen wollen von einer Wirtschaft, die zwar viel Geld produ-

„Big Business fürchtet einen funktionierenden Markt genauso wie einen funktionierenden Staat, der Regeln zur Begrenzung wirtschaftlicher Macht setzt.“

Schick, S. 60

„Die Wirtschaft wird nicht mehr von unten gesteuert, weil auch der Staat, der die Regeln setzt, nicht mehr von unten gesteuert wird – und umgekehrt.“

Schick, S. 220

„Das Versprechen der Konsumgesellschaft, dass wir uns über die Gestaltung unserer Gesellschaft keine Gedanken mehr machen müssen, bedroht die Basis der demokratischen Mitbestimmung ebenso wie der zunehmende Blick nur auf sich selbst und seine Interessen.“

Schick S. 221

ziert, aber an vielen Stellen unseren Wohlstand gefährdet.“ (S. 163) Kanada gilt dem Autor als Vorbild hinsichtlich **Finanzpolitik**, da das Land 1998 die Fusion von Banken im Land mit der Gefahr der zu starken Machtkonzentration untersagt hatte und daher „erstaunlich gut durch die Finanzkrise kam“ (S. 170). **Größenbremsen für Banken** könnten etwa erreicht werden, „indem man die regulatorischen Anforderungen [mit der Größe der Bank] überproportional steigen lässt“ (S. 175). Zudem müsse das Haftungsprinzip für alle Unternehmen ausgeweitet, die Anonymität von Unternehmen (etwa im Hinblick auf Steuerhinterziehung) unterbunden werden.

Schick plädiert zudem für eine **Redimensionierung der Finanzmärkte** sowie ihrer **Komplexität** (Übergang zum „boaring banking“) und eine drastische Verringerung der Schulden – etwa durch eine **einmalige Vermögensabgabe**, wie sie u. a. Daniel Stelter von der Boston Consulting Group in „Die Billionen-Schuldenbombe“ fordert. Im Bundestag seien zwar nach Ausbruch der Finanzkrise viele Gesetze verabschiedet worden („Wir müssten den Preis der fleißigsten Parlamentarier und Parlamentarierinnen bekommen“, S. 184), doch immer mit dem Ziel der Optimierung, während es darum gehen müsse, den Finanzsektor kleiner und langsamer zu machen, resümiert der Abgeordnete.

Abschließend kommt Schick auf das Ausbleiben koordinierter und in der Tat wirksamer Massenproteste nach Ausbruch der Finanzkrise, die eine Sozialisierung der Spekulationsverluste verhindern hätten sollen, zu sprechen. In der lediglich „**horizontalen Empörungskultur**“ der Nischenproteste etwa von Occupy und der Nicht-Kooperation mit NGOs, Gewerkschaften und Parteien der politischen Linken im „heißen Herbst 2008“ sieht der Autor das Versäumnis, das wirkungsvollen Druck auf die Politik verunmöglicht habe. **Außerparlamentarische Opposition** müsse mit **parlamentarischen Kräften** zusammenarbeiten und sich irgendwann auch in anderen parlamentarischen Mehrheiten niederschlagen, denn es brauche die „doppelte Schlagkraft“, so Schick. Letztlich müsse die nur nationalstaatlich ausgerichtete Politik überwunden werden, um die Macht der Konzerne zu zähmen. Dass dies möglich sei, illustriert der Autor am „progressive movement“ Ende des 19. Jahrhunderts in den USA, dem es gelungen war, die Macht der Trusts zu bändigen und die Verelendung der Massen zu überwinden.

Einschätzung: Schicks Analyse ist zutreffend und seine zahlreichen Vorschläge bezeugen die Notwendigkeit eines offenen Parlamentarismus. Die Hürden liegen wohl in Defiziten des öffentlichen Diskurses, der sich in einem sehr kurzatmigen Empörungsjournalismus verliert, sowie in der Schwierigkeit, Menschen, die trotz Finanzkrise noch immer im Konsum „zerstreut“ werden, zu aktivieren und zu organisieren, um sich ihrer eigenen Interessen zu wehren.

Schick schlägt Größenbremsen für Banken und eine Redimensionierung der Finanzmärkte vor. Zivilgesellschaftliche und parlamentarische Kräfte sollen viel stärker kooperieren, um Veränderungen im Sinne der Bürger und Bürgerinnen zu erreichen.

Solidarische Postwachstumsökonomie

Schlagwörter

Linke Wachstumskritik, Wachstumszwang, Umverteilung, Finanzreform, Solidarische Ökonomie, Genossenschaften

Als Beispiel für linke Wachstumskritik sei der Band *„Ausgewachsen!“* vorgestellt, in dem *Attac Deutschland* richtungweisende Aufsätze für eine „solidarische Postwachstumsökonomie“ versammelt. Bei aller Unterschiedlichkeit im Detail gehen, so das HerausgeberInnen-Team, die Beiträge davon aus, „dass der **Weg in eine Postwachstumsökonomie** angesichts der sozialen und ökologischen Grenzen des Wirtschaftens nicht nur notwendig, sondern unvermeidlich ist“. **„Linke Wachstumskritik“** wird dabei abgesetzt von Initiativen, die lediglich nach „besseren“ Wachstumsmodellen suchten sowie einer konservativen Wachstumskritik, die ökologische Argumente als Rechtfertigung für Sozialabbau missbrauche (Motto „Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen“). Dem stünden **eine liberale, sozial-reformerische Wachstumskritik** sowie **emanzipatorische Bewegungen** gegenüber; etwa die Initiative „Décroissance“ in Frankreich oder das Konzept des „Buen Vivir“, das vor allem von indigenen Gruppen vertreten wird und das sich mittlerweile in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens findet (ihm ist ein eigener Beitrag gewidmet, s. o.).

Gewarnt wird vor einem **„politischen Deregulierungspfad“** (S. 16) sowie einem Abbau öffentlicher Leistungen im Gefolge einer stagnierenden Ökonomie. Eine Postwachstumsgesellschaft erfordere daher, so das HerausgeberInnen-Team weiter, eine „mutige Auseinandersetzung mit **Gerechtigkeitsfragen** und eine aktive Beteiligung aller Betroffenen in Prozessen der Entscheidungsfindung“ (ebd.). Als Eckpfeiler werden schließlich benannt: **„die Entmachtung der Finanzmärkte und ein demokratisches Bankensystem, ein umverteilendes Steuersystem, Ernährungssouveränität, ein Stopp der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Energiedemokratie“** (S. 17)

Im Folgenden können nur einige der Beiträge angesprochen werden. *Andreas Exner* und *Christian Lauk* erinnern etwa daran, dass die Ursache des Wachstums nicht in einem „angeblich unersättlichen Konsum oder irgendeinem obskuren Drang des Menschen nach Wachstum“ liege, sondern im „unersättlichen Streben nach **Vergroößerung des Mehrwerts** durch Ausdehnung der Herrschaft der Kapitalisten über die Lohnabhängigen“ (S. 21). Die Verknappung und damit Verteuerung der Naturressourcen müsse entweder zu steigenden Löhnen führen, was den Profit reduzieren würde, oder aber zu einem Rückgang der Reallöhne, was Widerstand der Betroffenen provoziere. Beides führe den Kapitalismus in die Krise. Als



Ausgewachsen!
Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.
Hrsg. v. Werner Rätz, u.a.
Hamburg: VSA-Verl., 2011.
190 S.

Adelheid Biesecker fordert ein starkes Schrumpfen des „Altkapitalistischen“, damit die „Keimlinge des Neuen“ wachsen können, wie etwa eine nachhaltige Land-, Forst- und Fischwirtschaft, energieautonome Regionen, sorgende Netzwerke der Care-Arbeit, BürgerInnenprojekte im Stadtumbau sowie Stadtgärtenprojekte.

Perspektive sehen die beiden daher eine schrittweise „Demonetarisierung“ des Wirtschaftens sowie den Aufbau solidarischer Ökonomien.

Ökonomischer Selbstschutz

Weitere Beiträge reflektieren die Ansätze guten Lebens – *Barbara Muraca* und *Tanja von Egan-Krieger* plädieren für eine breite Partizipation an der Frage, „wie wir in Zukunft leben dürfen, sollen und wollen“ (S. 55) –, das „Recht auf Suffizienz“ (*Uta von Wintersfeld* kritisiert moderne „Workfare“-Konzepte) sowie Ansätze eines „vorsorgenden Wirtschaftens“. *Adelheid Biesecker* fordert in diesem Sinne ein starkes **Schrumpfen des „Altkapitalistischen“**, damit die „Keimlinge des Neuen“ wachsen können, wie etwa eine nachhaltige Land-, Forst- und Fischwirtschaft, **energieautonome Regionen**, sorgende Netzwerke der Care-Arbeit, BürgerInnenprojekte im Stadtumbau sowie Stadtgärtenprojekte. Aber auch kooperative Wohnprojekte und **Produktivgenossenschaften** (wie Mondragon in Spanien), Energiegenossenschaften oder ethische Banken zählt die Autorin zu diesen Neuansätzen.

Serge Latouche, Mitbegründer der Décroissance-Bewegung in Frankreich (s. o.), spielt auf den Kuchen an, der als Wohlstandversprechen immer größer werden sollte. Da dieser Kuchen aber immer giftiger geworden sei – „das Frustrationswachstum übertrifft bei Weitem das Produktionswachstum“ (S. 73) – gehe es nun darum, das **Rezept eines neuen Kuchens** zu finden: „mit Biozutaten und von einer Größe, dass es auch unseren Kindern und Enkeln noch möglich ist, ihn zu backen“ (ebd.). Vor allem aber gelte es, den Kuchen „gerecht aufzuteilen“, so der Autor.

Mehrfach vorgeschlagen wird als Schritt in die Postwachstumsgesellschaft eine **Verkürzung der Arbeitszeit**: *Mohssen Massarat* fordert etwa die „Vier-Tage-Woche“, *Frigga Haug* stellt ihre „Vier-in-Einem-Perspektive“ vor. *Werner Rätz*, *Doris Meisterernst* und *Dagmar Paternoga* von der Attac AG „Genug für alle“ gehen jedoch einen Schritt weiter und fordern eine Debatte darüber, „was denn die Produkte und Dienstleistungen wären, die für ein gutes Leben aller notwendig sind, die also die Not wenden würden.“ (S. 106) Was wir produzieren wollen und wie, das müsste „in einem umfassenden demokratischen Prozess diskutiert und entschieden werden“ (ebd.).

Auch wenn dieser Ansatz nachvollziehbar ist, seine Umsetzung erscheint wohl schwierig – ein erster Versuch dahingehend wäre beispielsweise das Konzept einer „Gemeinwohlökonomie“ des österreichischen Attac-Mitbegründers Christian Felber (s. u.). So sei abschließend noch auf die von *Eckhard Stratmann-Mertens* konzipierten realpolitischen Wege in eine **„Gleichgewichtsökonomie“** eingegangen. Der Autor anerkennt die „inno-

Mehrfach vorgeschlagen wird als Schritt in die Postwachstumsgesellschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit: *Mohssen Massarat* fordert etwa die „Vier-Tage-Woche“, *Frigga Haug* stellt ihre „Vier-in-Einem-Perspektive“ vor.

Da der Kuchen des Wohlstandversprechens immer giftiger geworden sei – „das Frustrationswachstum übertrifft bei Weitem das Produktionswachstum“ – gehe es nun darum, das Rezept eines neuen Kuchens zu finden: „mit Biozutaten und von einer Größe, dass es auch unseren Kindern und Enkeln noch möglich ist, ihn zu backen“. Vor allem aber gelte es, den Kuchen „gerecht aufzuteilen“ (*Latouche*, S. 73).

vativen Potenziale von Privateigentum, Profitorientierung und Marktsteuerung“, sucht aber nach Strategien einer kontrollierten Schrumpfung des BIP, ohne dadurch der Gefahr einer „Rezessionsspirale“ zu erliegen. Plädiert wird für **mittelfristige Rahmenpläne** hinsichtlich Ökologie, Arbeitsmarkt, Investitions- und Deinvestitionsprogrammen und einer Finanzplanung ohne Rückgriff auf Staatsverschuldung (S. 137). Eine **Reduzierung der Wochenarbeitszeit** in der Größenordnung von 25 Stunden bei einem Entgeltausgleich nur für das untere Einkommensdrittel, ergänzt jedoch um ausgeweitete Sozialeinkommen, zieht der Autor dabei der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen vor. Modelle einer Solidarökonomie widersprechen dem nicht, sie seien darin jedoch nicht der „entscheidende Ansatzpunkt für eine Transformationsstrategie aus der Wachstumsgesellschaft“ (S. 139).

Resümee: Ob der Kapitalismus an seinen inneren Krisen scheitern wird bleibt fraglich. So ist es sinnvoll, Ausstiegsszenarien und reformorientierte Strategien parallel zu entwickeln. Beides leistet der Band.

Ob der Kapitalismus an seinen inneren Krisen scheitern wird bleibt fraglich. So ist es sinnvoll, Ausstiegsszenarien und reformorientierte Strategien parallel zu entwickeln.

Weniger wird mehr. Atlas der Globalisierung

Schlagwörter

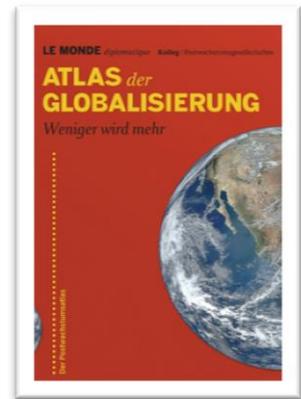
Linke Wachstumskritik, Wachstumszwang, Umverteilung, Finanzreform, Solidarische Ökonomie, Genossenschaften

Eine Vielzahl an Befunden weist auch der von Le Monde Diplomatique seit vielen Jahren herausgegebene „Atlas der Globalisierung“ aus, der 2015 in Kooperation mit dem *Kolleg Postwachstum* der *Friedrich Schiller Universität Jena* erstellt wurde. Der Schwerpunkt der insgesamt 51 Beiträge, die mit anschaulichen Grafiken illustriert sind, ist diesmal eben der Frage gewidmet, was die kapitalistische Wachstumsstrategie für die Umwelt und insbesondere auch für die von ihr ausgeschlossenen Menschen – noch immer zwei Drittel der Menschheit – bedeutet.

Im *ersten* Abschnitt „Wachstum“ werden Aspekte wie das **Konsumnarrativ** (*Juliet B. Schor*), die industrielle Produktion von Fleisch, Eiern und Milch (*Hila Sezgin*), „Chinas neue Mittelschichten“ (*Shi Ming*) oder „Wachstum und Naturausbeutung in Lateinamerika“ (*Kristina Dietz*) erörtert. *Elmar Altvater*, Träger des Salzburger Landespreises für Zukunftsforschung 2013, arbeitet den „Grundwiderspruch des 21. Jahrhunderts“, dass der globalisierte Kapitalismus auf eine stetig wachsende Wirtschaft angewiesen sei, nun aber an natürliche Grenzen stoße, heraus. In Anlehnung an den von Paul Crutzen geprägten Begriff des **„Anthropozän“** spricht Altvater vom **„Kapitalozän“**, in dem Georingenueure die zerstörerischen Folgen des industriellen Wachstums mit der Technik bekämpfen, „die sie verursacht haben“ (S. 44), was zum Scheitern verurteilt sei.

Im *zweiten* Abschnitt geht es um **„Versuche in Grün“**. Ansätze eines „Green New Deal“ werden kritisch gewürdigt, wenn diese auch soziale Aspekte der Umverteilung berücksichtigen (*Ulrich Schachtschneider*). Das „Projekt Energiewende“ wird als Chance gesehen (*Manfred Kriener*), ebenso die Forcierung von Bereichen wie Erziehung, Bildung und Gesundheit in einer sozialen Dienstleistungsgesellschaft (*Norbert Reuter*). Andere Beiträge verweisen freilich auf die „Illusion vom sauberen Wachstum“ (*Ulrich Brand*) sowie die Fallen des Rebound-Effekts (*Tilman Santarius*).

Dass die bisherige Wachstumsstrategie in globaler Perspektive große **Konflikte** heraufbeschwört, machen die Beiträge des *dritten* Abschnitts deutlich. Vor „Peak Everything“ im von Beschleunigung und Expansion getriebenen Kapitalismus (*Birgit Mahnkopf*) ist ebenso die Rede wie von den schlechten Arbeitsbedingungen des „Proletariats der Globalisierung“



Atlas der Globalisierung.
Weniger wird mehr.
Hrsg. v. Le Monde
Diplomatique, Postwachstumskolleg.
Berlin: taz-verlag 2015. 173.
S. Mit zahlreichen Abb.
Download mittels jedem
Verkaufsexemplar beigefügten
PIN-Code.

(*Florian Butollo, Annette Jensen, Cosima Dannoritzer*) sowie von den sich zuspitzenden Landnutzungskonflikten (*Beatriz Rodriguez* u.a.) und Umweltschäden, etwa durch das Fracking (*Kiran Pereira*) oder den „Erdgasboom mit Nebenwirkungen“ (*Henning Mümmler-Grunow*). Auch aktuelle Probleme in Europa werden angesprochen, etwa die sich verschärfende soziale Frage (*Steffen Liebig* u. a.; am „Fall Griechenland“ *Maria Markantonatou*).

Der umfangreichste *vierte* Teil widmet sich schließlich **Perspektiven eines „Postwachstums“**. Die taz-Journalistin *Ulrike Herrmann* verweist zunächst auf den „schwierigen Übergang“ vom wachstumsgetriebenen Kapitalismus in ein anderes Wirtschaften, da es für den „Ausstieg“ keinen flächendeckenden Plan gäbe. *Barbara Muraca* vom Kolleg Postwachstumsgesellschaften verortet den **Beginn der Postwachstumsdebatten** im Frankreich der 1980er-Jahre, von wo der Funke zunächst auf südeuropäische und erst später auch auf andere Länder überggesprungen sei. In den Folgebeiträgen werden Einzelaspekte wie eine **solidarische Landwirtschaft** („Säen für die Zukunft“, *Christiane Grefe*), Share-Economy (*Reiner Metzger*), eine **„Ökonomie ohne Abfall“** (*Annette Jensen*) sowie Neuansätze in der Stadtentwicklung wie **„Transition Towns“** oder **„Shrimping Cities“** ausgeführt.

Dass auch für die **Länder des Südens** zumindest Wege eines anderen Wachstums nötig sind, zeigen *Alberto Acosta* (s. o.) für Südamerika und *Chandrain Nair* (s. u.) für Asien, „wo Bildung und sauberes Wasser viel wichtiger (sein) als freie Märkte“ (S. 126). Auch Neuansätze im Bereich der Technik („**Open Design**“), der **Klimapolitik** (mit „Deinvestment“ wird von *Rebecca Solnit* die Strategie des Finanzboykotts der klimaschädlichen Konzerne beschrieben) sowie generell der **Suffizienz**, die die Geldökonomie zumindest teilweise zurückdrängt (*Adelheid von Biesecker, Veronika Bennholdt-Thomsen* u. a.) werden vorgestellt. Matthias Schmelzer gibt einen guten Überblick über **„Spielarten der Wachstumskritik“**, wo bei er fünf Ansätze darlegt: einen konservativen, einen liberalökologischen, einen radikalökologischen (Niko Paech), einen sozialökologischen sowie eben einen feministischen (S. 116ff).

Einen kritischen Blick auf diese „Inseln des Übergangs“ wirft *Mathias Greffrath* in seinem Einleitungssessay. Nicht weil er die im Band geschilderten Alternativen für falsch hält, sondern weil diese an **politische Grenzen** stoßen. Gegen die Hoffnung auf einen allmählichen Wandel von unten sprechen für Greffrath nicht nur die sich schließenden Zeitfenster, sondern auch die historische Erfahrung, dass nur normative Zwänge wie Notlagen, Katastrophen oder Kriege Gesellschaften dauerhaft verändern. Alle Überlegungen zur „Postwachstumsgesellschaft“ sowie einschlägige „Pio-

„Alle Überlegungen zur Postwachstumsgesellschaft sowie einschlägige Pioniertaten werden Übungen in Vergeblichkeit bleiben, wenn sie nicht mit einer Politisierung der ökologischen Aktivisten und einer Instandsetzung der politischen Institutionen einhergehen.“
Greffrath, S. 13

niertaten“ würden „Übungen in Vergeblichkeit bleiben, wenn sie nicht mit einer Politisierung der ökologischen Aktivisten und einer Instandsetzung der politischen Institutionen einhergehen“ (S. 13), macht der Autor dann doch eine **Zukunftsperspektive** auf. Es gälte nicht nur, die Aufmerksamkeit auf Peak Oil, Peak Soil oder Peak Water zu richten, sondern auch auf einen drohenden und abzuwendenden **„Peak Democracy“**. Ein Befund, dem wohl zuzustimmen ist, was freilich die Qualität der äußerst informativen Publikation keineswegs schmälert, insbesondere weil in vielen der Beiträge Machtfragen explizit thematisiert werden.

Das *Kolleg Postwachstumsgesellschaften* versteht sich als Ort des kritischen Diskurses über Wachstumsfragen. In Papers werden Sonderaspekte von Wachstum behandelt, auf die hier kurz eingegangen sei. Der Politikwissenschaftler *Ulrich Brand*, der von einer „imperialen Lebensweise“ spricht, hat ein Paper zu *„Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille?“* (2015) verfasst. Ein Paper *„Postwachstum und Arbeit – Diagnosen und Gegenentwürfe. Eine kommentierte Literaturübersicht“* (2015) analysiert Ansätze zu Postwachstum von Tim Jackson oder Niko Paech und stellt diesen Wachstumsansätze wie jenen von Ralf Fücks oder Norbert Reuter sowie ökosozialistische Ansätze gegenüber. Ein weiteres Paper von *Stephan Lorenz* stellt sich dem Thema *„Umweltsoziologie der Wachstumskritik und wachstumskritische Umweltsoziologie“* (2015).

Das Kolleg Postwachstumsgesellschaften versteht sich als Ort des kritischen Diskurses über Wachstumsfragen. In Papers werden Sonderaspekte von Wachstum behandelt.

Download siehe Links.

Perspektiven einer Suffizienzpolitik

Schlagwörter

Nachhaltiger Lebensstil, Politische Rahmenbedingungen, Konsum, Öffentlicher Verkehr, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Suffizienzpolitik

An die gestaltende Rolle des Staates appellieren *Uwe Schneidewind*, Präsident des Wuppertal-Instituts, und die bereits zitierte *Angelika Zahrnt* in „*Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*“ (2014). Zuvor haben wir auf die Veränderung der BürgerInnen gehofft, die dann auch die Politik „mitnehmen“ würden, und verloren dadurch viel Zeit. Es gibt mittlerweile eine Fülle an Büchern über einen nachhaltigeren und genügsameren Lebensstil. Neben diversen Öko-Ratgebern sind auch zahlreiche Abhandlungen über Suffizienz erschienen. Und es gibt eine wachsende Zahl von Menschen, die ökologisch und ethisch fair leben bzw. leben wollen. Das Buch über „**Suffizienzpolitik**“ fordert nun neue Rahmenbedingungen, die es wahrscheinlicher machen, dass noch mehr Menschen den Umstieg schaffen und die „Ökopioniere“ die Nische verlassen. Nach dem Motto: „Politik zielt darauf, das Zusammenleben von Menschen in einer allgemein verbindlichen Form zu regeln. Eine gute Politik schafft Möglichkeitsräume für gutes Leben.“ (S. 12)

Die Qualität des Buches besteht darin, dass es die wesentlichen notwendigen **Weichenstellungen** prägnant zusammenfasst. Dargelegt werden Perspektiven für eine Ordnungspolitik in allen relevanten Lebens- und Wirtschaftsfeldern – von der Produktion über Mobilität, Wohnen und Ernährung bis hin zu ökologischem Konsum. Der Staat könne durch Arbeits-, Bildungs-, Gesundheits- und Verbraucherpolitik Ressourcen für Suffizienz ermöglichen. Zudem findet man Vorschläge, wie Zivilgesellschaft, Unternehmen und Wissenschaft zu Suffizienz beitragen können.

PolitikerInnen lesen keine wissenschaftlichen Abhandlungen, sondern sie brauchen Shortlists. Wenn überhaupt, dann erreichen sie knappe Handreichungen wie eben das 160-Seitenbuch von Schneidewind/Zahrnt. Und das Autorenduo macht – mehr als andere – deutlich, dass es nicht mehr um Aufklärung der BürgerInnen geht, sondern um Forderungen an die Politik.



Schneidewind, Uwe;
Zahrnt, Angelika:
Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik.
München: oekom, 2013.
169 S.

Weder Mangel noch Übermaß

Schlagwörter

Konsumentendemokratie, Greenwashing, Systemwissen, Nachhaltigkeitspolitik, Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung

Die Erkenntnis, dass Politik andere Rahmenbedingungen schaffen muss, teilt nach langen Jahren des Aufklärens auch der Seniorresearcher am Wuppertal-Institut, *Manfred Linz*, in seinem bedenkenswerten Band „*Weder Mangel noch Übermaß*“ (2012). BürgerInnen seien – so die Überzeugung des Ökologen – durchaus zu Veränderungen bereit, wenn diese glaubwürdig und authentisch verlangt werden und wenn sie alle zu gleichen Teilen treffen, was nur durch Politik umgesetzt werden kann.

Vier Dinge benennt Linz als **Motivation für Veränderung**. Erstens: die **Aussicht auf Gewinn** – in unserem Falle auf nicht materiellen (dem traut der Autor aber nicht zur Gänze, sich aus dem Hamsterrad der Statusvergleiche zu lösen, werde keine „Mehrheitsbewegung“ werden). Zweitens: die **Angst vor Verlust** (hier vor allem die Angst unsere Lebensgrundlagen zu zerstören). Drittens: der **soziale Antrieb** als Wunsch zum Wohlergehen der Gesellschaft beizutragen. Sowie viertens schließlich die **Einsicht** in die Unausweichlichkeit der Veränderung. Auf diese setzt der Autor insbesondere und führt hierfür als Bedingungen an, dass die abverlangten Veränderungen einsichtig begründet sein und alle nach ihrer Leistungsfähigkeit treffen müssen. Der Autor ist aber Realist und glaubt nicht an allein freiwillige Veränderungen.

Die wichtigen Entscheidungen zur Zukunftsfähigkeit könnten von unten vorbereitet werden, sie würden die ganze Gesellschaft aber nur erreichen, wenn sie politisch durchgesetzt werden. Linz spricht daher von „verordneter Nachhaltigkeit“. Erst durch entschlossenes politisches Handeln werde sich nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren durchsetzen lassen.



Linz, Manfred:
Weder Mangel noch Übermaß. Warum Suffizienz unerlässlich ist.
München: oekom, 2012.
144 S.

Ökologischer Konsum – Ende einer Illusion

Schlagwörter

Konsumentendemokratie, Greenwashing, Systemwissen, Nachhaltigkeitspolitik, Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung

Politik, Unternehmen, aber auch Umweltbewegungen sowie einschlägige Ökoratgeberbücher setzen seit vielen Jahren auf die Macht der KonsumentInnen, die durch bewusstes Konsumieren zu einem nachhaltigen Wirtschaften führen sollen. Der ursprüngliche Gedanke von **Konsumentendemokratie**, unlautere Praktiken von Konzernen in öffentlichen Kampagnen anzuprangern, wurde verdreht in Appelle, nur mehr ökologische und ethisch einwandfreie Produkte zu kaufen. Das ist nicht falsch, greift aber zu kurz, wie einschlägige Analysen zeigen. Der Markt reagiert zwar und produziert nun auch für die Nische der nachhaltigkeitsbewussten KonsumentInnen, aber eben nur in einer Nische. Zudem besteht die Gefahr des „Greenwashing“, wie die Journalistin *Kathrin Hartmann* aufgezeigt hat („*Das Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt*“, 2009).

Armin Grunwald, Direktor des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags, schlüsselt in „Ende einer Illusion. Warum ökologischer Konsum die Umwelt nicht retten kann“ (2012) die Gründe dafür auf, warum das Setzen auf bewussten Konsum nicht reicht bzw. sogar in die Irre führt. **Nachhaltiger und umweltbewusster Konsum** ist absolut notwendig, wenn eine Trendwende erreicht werden soll. Die gegenwärtige Debatte zum nachhaltigen Konsum läuft jedoch in die falsche Richtung. Sie schiebt den individuellen Konsumenten eine Verantwortung zu, die sie weder tragen wollen noch können.“ Damit umreißt der Autor die zentrale These seines Buches (S. 13f). Der Experte konstatiert diese **Verantwortungsabschiebung** als Folge der Enttäuschung über die Wirkmächtigkeit von Politik, Wirtschaft und NGOs seit Beginn der Debatten über Nachhaltigkeit.

Er beschreibt **Fallen im Diskurs über Nachhaltigkeit** – vom Glauben an Information über falsche Moralisation und Drohgebärden über den Weltuntergang bis hin zu Gewissensberuhigung und Ablasshandel – Muster, die kulturgeschichtlich bereits im Alten Testament grundgelegt worden seien, doch in Bezug auf den notwendigen Wandel wenig hilfreich seien: „Alarmismus und Katastrophismus sind wiederkehrende Muster, an die wir uns fast gewöhnt haben. Sie gehören geradezu zum Inventar unserer Medienwelt und der Moralisation.“ (S. 54) Grunwald zitiert beispielsweise



Grunwald, Armin:
Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann.
München: oekom, 2012.
128 S.

„Nachhaltiger und umweltbewusster Konsum ist absolut notwendig, wenn eine Trendwende erreicht werden soll. Die gegenwärtige Debatte zum nachhaltigen Konsum läuft jedoch in die falsche Richtung. Sie schiebt den individuellen Konsumenten eine Verantwortung zu, die sie weder tragen wollen noch können.“

Grunwald, S. 13

eine Meldung der BILD-Zeitung aus dem Frühjahr 2007, als gerade ein neuer IPCC-Bericht erschienen war: „Schafft es die Menschheit nicht bis zum Jahr 2020, den Treibhauseffekt zu stoppen, löscht sie sich selbst aus – unter entsetzlichen Qualen.“ (ebd.)

Die **Moralisierung des Konsums** führe dazu, dass wir uns permanent selbst befragen müssen, was der Gewissenserforschung im Beichtstuhl ähnele, der Ablasshandel sei daher die logische Konsequenz, etwa durch die Leistung von CO₂-Ausgleichszahlungen für Flüge. Grunwald zweifelt nicht an der Notwendigkeit eines nachhaltigeren Konsums, jedoch daran, ob der moralische Druck das richtige Mittel sei und nennt als wesentliche Hürde das **Mobilisierungsproblem** („Nur als Massenphänomen kann nachhaltiger Konsum den Erwartungen entsprechen.“ S. 65), die Überforderung der Konsumenten, die bei Konsumentenscheidungen etwa unter Zeitdruck stünden, der **Mangel an Systemwissen** („Um Wasser zu sparen, wäre es beispielsweise sinnvoller, weniger Fleisch zu essen als weniger zu duschen.“ S. 72) sowie **Bumerang- und Reboundeffekte** (Aufwiegen der Effizienzgewinne durch mehr Konsum).

Schließlich führe Freiwilligkeit zum **Trittbrettfahrer-Dilemma**. Als Hauptproblem sieht Grunwald jedoch den **„Trend zur Selbstberuhigung“**: „Je stärker die Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaprobleme sichtbar werden, umso mehr wird über nachhaltigen Konsum geredet.“ (S. 87) Es gehe aber darum, den Kurs des „Tankers“ namens Menschheit oder Weltgesellschaft zu ändern: „Der Kurs betrifft das Ganze, und das ist immer eine öffentliche Angelegenheit mit all den Anforderungen an Dialog, Transparenz und Legitimation, die keine Sache des privaten Konsums ist.“ (S. 89)

Da der Kurs uns alle gleichermaßen betreffe, seien wir nicht als Konsumenten, sondern als Bürger gefragt. Das Engagement auf öffentlichen Plattformen, in Dialogen, in (Massen)-Medien sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen mache dabei ebenso Sinn wie das Drängen auf neue Gesetze (das deutsche EEG nennt Grunwald dabei als Vorbild). Letztlich sei eine Art **TÜV der Nachhaltigkeit** für alle neuen Gesetzesvorhaben nötig, die Nachhaltigkeitsprüfung sei in die **Gesetzesfolgenabschätzung** zu integrieren. Der Experte verweist schließlich auf etwas, was in der Politik wohl unterschätzt wird, nämlich, „dass viele Menschen den Sinn (nachhaltigkeits)-politischer Maßnahmen durchaus einsehen, auch wenn sie zunächst zu individuellen Nachteilen führen“ (S. 99). Als Beispiel nennt er Steuererhöhungen: „Niemand begrüßt sie, aber wenn es gute Argumente gibt und sie demokratisch beschlossen und verbindlich umgesetzt werden, werden sie akzeptiert.“ (ebd.)

„Der Kurs betrifft das Ganze, und das ist immer eine öffentliche Angelegenheit mit all den Anforderungen an Dialog, Transparenz und Legitimation, die keine Sache des privaten Konsums ist.“
Grunwald, S. 89

Vorwärts zur Mäßigung

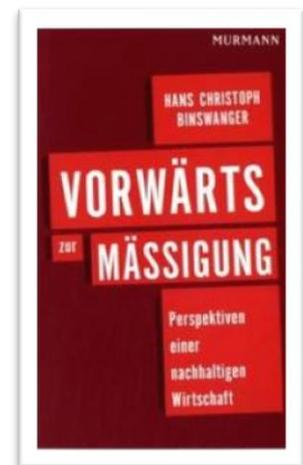
Schlagwörter

Wachstumsspirale, Deflationsgefahr, externalisierte Kosten des Wachstums, Renditeerwartungen als Wachstumstreiber, neue Unternehmensformen nach Stiftungs- und Genossenschaftsrecht, Ökosteuer, Vollgeldreform, Zweitwährungen

Wirtschaftsforschungsinstitute und die von diesen beratene Politik gehen mehrheitlich noch immer davon aus, dass Ziele wie hohe Beschäftigung sowie Finanzierung von öffentlichen Leistungen nicht ohne Wirtschaftswachstum erreichbar sind. In den Wirtschaftswissenschaften wird auf den **Wachstumswang** in kapitalistischen Ökonomien verwiesen, da Unternehmen nicht nur ihre Ausgaben für Löhne, Rohstoffe u.a. tätigen müssen, sondern – sofern sie fremdfinanziert sind – neben den Krediten auch deren Zinsen berappen zu haben. Da Produkte und Dienstleistungen immer vorfinanziert werden müssen und von der Erwartung ihrer Absatzmöglichkeiten abhängen, könnten Unternehmen bei schlechter Absatzerwartung (geringem bzw. fehlendem Wirtschaftswachstum) Investitionen zurückstellen, was zu Deflation (Rückgang der Preise und Nachfrage) führen würde.

Der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger spricht von einer „**Wachstumsspirale**“ (so der Titel eines 2006 erschienenen Werkes). Der Ökonom geht jedoch davon aus, dass 1,5 bis 2 Prozent Wachstum der Weltwirtschaft pro Jahr reichen würden, um der Deflationsgefahr zu entgehen. Um den Wachstumsdrang des kapitalistischen Wirtschaftens zu bremsen, schlägt Binswanger in seinem neuen Buch **Unternehmensformen** nach dem **Genossenschafts- bzw. Stiftungsrecht** vor, da hier die Abhängigkeit von hohen Renditeerwartungen sinke. Seit vielen Jahren fordert der Mitbegründer der Ökologischen Ökonomie eine **Ökologische Steuerreform**, die dazu führen soll, Wirtschaftswachstum zumindest ein Stück weit vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Zudem soll mit den Steuereinnahmen die Steuerbasis zur Finanzierung der Sozialausgaben auf breitere Beine gestellt werden.

In den letzten Jahren hat sich Binswanger auch für eine **Vollgeldreform** stark gemacht, über die die Geldschöpfung allein in die Hände der Zentralbanken gelegt werden soll, um damit der rasanten Geldvermehrung (Banken müssen derzeit Kredite nur zu 10 Prozent mit Rücklagen gedeckt haben) entgegenzuwirken. Mit den Einnahmen aus der staatlichen Geldschöpfung könnten laut Binswanger Regionalwährungen sowie ein Grundeinkommen ermöglicht werden.



Binswanger, Hans Christoph: Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg: Murmann 2009.

Vgl. auch

Vorwärts zur Mäßigung. Vortrag am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2012. Videomitschnitt. [Download](#)

Gekaufte Zeit – vertagte Krise

Schlagwörter

Deflationsgefahr, Investitionsstreik, Verschuldungsfalle,
Wachstumsfinanzierung durch Schulden, Krisenaufschub,
Gefährdung der Demokratie,
Rückkehr zu nationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Griechenland im Zuge der Verschuldungsdynamik verordnete **Austeritätspolitik** wird von vielen Autoren kritisiert, dass sie das Wachstum hemme und daher letztlich die Staatsverschuldung weiter erhöhe.

Wolfgang Streeck hat in seinem 2013 erschienenen, viel beachteten Band „Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“ (2013) die **Verschuldungsdynamik** auf das kapitalistische Wirtschaften insgesamt bezogen. Die zentrale These des Autors lautet, dass die Finanzkrise von 2008 keineswegs ausgestanden sei und – was noch wichtiger erscheint –, dass diese nicht isoliert betrachtet werden könne, sondern nur in einem Kontinuum mehrerer Jahrzehnte.

Der Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln sieht im Euro-Projekt eine Überforderung der Europäischen Union sowie den Vormarsch **eines „technokratischen“ Kapitalismus**, der den „demokratischen“ ablöse. Die „Fiskalkrise des europäischen Staatensystems“, so meint er weit über Griechenland hinausweisend, lasse sich „als Folge einer Überausdehnung der vormaligen „Friedensmach“ der Europäischen Union in ihrer Gestalt als expandierendes marktwirtschaftliches Imperium beschreiben“ (S. 202). Bei knapp gewordenen finanziellen Mitteln bleibe „für den Zusammenhalt des Brüsseler Staatenblocks nur die Hoffnung auf neoliberale „Strukturreformen“ bei gleichzeitiger **„Neutralisierung der nationalen Demokratien“** (ebd.). Hauptnutznießer des Euros seien die Exportindustrien der erfolgreichen sowie die Bessergestellten der schwächeren Volkswirtschaften. In verknappter Form: Der Euro ermögliche urbanen Mittelschichten der Schuldnerländer, weiterhin deutsche Autos zu stabilen Preisen zu kaufen, während er die Unterschichten, die Mindestrentner und Arbeitslosen ausblute.

Vom Steuer- zum Schuldenstaat

Streeck fordert die „Rückkehr zu einem geordneten System flexibler Wechselkurse“ als einzige Möglichkeit, der wirtschaftlichen Heterogenität Europas gerecht zu werden und der **Schuldenfalle** zu entgehen. In dieser sieht der Autor – darauf bezieht sich der Titel seines Buches – nichts



Streeck, Wolfgang:
Gekaufte Zeit.
Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus.
Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2013.
271 S.

anderes als den Aufschieb der Krise des gegenwärtigen Kapitalismus. Streeck pocht darauf, Krisen nicht als abrupte Erscheinungen zu deuten, sondern als **langfristige Strukturphänomene**. In diesem Sinne unterteilt er die letzten 50 Jahre in drei Phasen: dem **Steuer- bzw. Interventionsstaat** der Nachkriegsjahrzehnte („postwar settlement“) sei der **„Verschuldungsstaat“** ab den 1970er- Jahren gefolgt, der nun zwangsläufig in den **„Konsolidierungsstaat“** mit seinen Friktionen überführt werde. Die öffentliche und private Verschuldung der letzten Jahrzehnte habe die **Wachstumskrise** der kapitalistischen Wirtschaft lediglich übertüncht – es sei eben damit „Zeit gekauft“ worden, aber nicht mehr. Anders als die meist vorgebrachte Warnung, dass zu starke Gewerkschaften mit überhöhten Lohnforderungen das Wachstum der Wirtschaft bremsen würden, sieht Streeck die Hauptgefahr im „Investitionsstreik“ (S. 50) der Kapitalbesitzer, die bei sinkenden Renditen ihr Geld ins Ausland verschieben oder in Finanzanlagen „zwischenparken“.

Die gegenwärtige Politik der EU zielt laut Streeck nun darauf, diesem Dilemma mittels Durchsetzung von **„Marktgerechtigkeit“** anstelle von **„sozialer Gerechtigkeit“** zu entgehen und durch das Versprechen von **Konsolidierungspolitik** („hayekianische Liberalisierung“) das Vertrauen der „Kapitaleigner und Kapitalbeweger“ (S. 96) wiederzugewinnen. Die verschuldeten Staaten kämen damit jedoch in die Sackgasse, da sie den Besitzenden immer weniger Mittel abringen können, die zur Erfüllung der wachsenden Aufgaben notwendig wären (S. 98).

Für Streeck ist die Krise daher nicht auf die südeuropäischen Länder beschränkt, auch wenn diese besonders betroffen sind, sondern eine allgemeine **Krise des „Verschuldungsstaates“**. Nur in der Rückkehr zu nationaler Wirtschaftspolitik sieht der Autor Möglichkeiten, der schleichenden Entdemokratisierung entgegenzuwirken und neue Gestaltungsspielräume zu gewinnen, um eine „Entschleunigung der rasch voranschreitenden kapitalistischen Landnahme“ (S. 255) zu erwirken. Denn: „Die Vollendung der Währungsunion würde das Ende der nationalen Demokratie in Europa besiegeln“, so der Autor pointiert (S. 256). Vielmehr brauche es ein neues „Europäisches Bretton Woods“, also nationale Währungspolitik in internationaler Abstimmung.

Streeck macht deutlich, dass die **Erpressbarkeit der Staaten** aufgrund deren Verschuldung enorm gestiegen ist. Er erinnert auch daran, dass Demokratie und Kapitalismus auf einem ungeschriebenen Vertrag fußen, der von den Kapitaleignern jederzeit aufgekündigt werden könne; und dass billiges Geld, mit dem die EZB derzeit Europas Wirtschaft flutet, kein Garant für neue Investitionen ist. Zu bedenken ist seine Kritik an der Technokratisierung der EU-Politik und seine Hoffnung auf die Demokratie,

Streeck schildert den Übergang vom gestaltenden Steuerstaat zum Schuldenstaat, der nun in den Konsolidierungsstaat überführt werden müsse, was gesellschaftliche Konflikte produziert und den sozialen Frieden sowie die Demokratie insgesamt gefährden könnte.

die ortsgebunden ist und bleibt und damit den Nationalstaat braucht. Fragwürdig erscheint jedoch die **Dichotomie von Kapital und Staat**, da Wirtschaft nicht allein aus großen Kapitaleignern besteht. Gerade der Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Neujustierung von Wohlstand mit Blick auf das, was zu einem guten Leben notwendig ist (s.o.), würde die Abhängigkeit von anonymen Großkonzernen verringern. Dazu zählt auch die Aufwertung öffentlicher Güter gegenüber dem überbordenden Privatkonsum.

Mitten in der Krise – New Deal für Europa

Schlagwörter

Expansion des Finanzkapitalismus, Schwächung der Realwirtschaft, Regulierung der Finanzmärkte, öffentliche Konjunkturprogramme, grüne Investitionen

Der österreichische Ökonom und langjährige Wissenschaftler am WIFO-Institut *Stephan Schulmeister* sieht die zentrale Ursache der aktuellen Finanzkrise sowie der **Wachstumsschwäche** der Wirtschaft in der zunehmenden **Dominanz des Finanzkapitalismus**, der immer mehr ein Eigenleben entwickelte und immer weniger der Realwirtschaft diene. Ein Befund, den der Autor mit vielen Kollegen teilt, exemplarisch sei *Gerhard Scherhorn* mit seiner Abhandlung „*Geld soll dienen nicht herrschen*“ (2009) genannt.

In „*Mitten in der Krise. Ein New Deal für Europa*“ (2011) legt Schulmeister die makroökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte bis herauf zur Finanzkrise dar. Dabei argumentiert er, dass die zunehmende **Staatsverschuldung** und die **steigende Arbeitslosigkeit** nicht mit zu hohen Staatsausgaben bzw. zu üppigen Lohnforderungen der ArbeitnehmerInnen zusammenhängen, sondern wesentlich mit dem **Ansteigen der Zinsraten**, die jene der Wachstumsraten überholt hätten. Zu geringe Staatseinnahmen sowie hohe Finanzierungskosten für die Staatsschulden hätten die Wachstumsraten gedrückt. Die Investitionen in die Realwirtschaft seien zurückgegangen, weil es sich für Kapitaleigner mehr rentierte, in Finanzgeschäfte zu investieren.

Schulmeister geht – wie Streeck – davon aus, dass die Finanzkrise keineswegs überwunden sei. Neben einer **Regulierung der Finanzmärkte**, die es weniger attraktiv machen soll, schnelles Geld zu machen, fordert der Ökonom **staatliche Konjunkturprogramme** mit Investitionen in Bildung und Forschung sowie insbesondere in die ökologische Transformation. Als Beispiel nennt der Ökonom u. a. eine Offensive für thermische Gebäudesanierung. Schulmeister sieht diesen New Deal sehr differenziert und fordert ein europäisches Vorgehen. Neben einer – mittlerweile umgesetzten – **Niedrigzinspolitik** (Zins unter realer Wachstumsrate), der Förderung der Realwirtschaft bei gleichzeitiger Zurückdrängung der spekulativen Finanzgeschäfte sowie **grünen Investitionen** in den Umwelt- und Klimaschutz schlägt Schulmeister eine **europäische Geld- und Sozialpolitik** vor, die wirtschaftsschwächere Staaten aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte herauslöst und – man hört richtig – eine EU-weite Mindestsicherung garantiert. In reichen Ländern plädiert der Ökonom für flexible, **neue**



Schulmeister, Stephan (2011): *Mitten in der Krise. Ein New Deal für Europa*. Wien.

Schulmeister, Stephan (2015): *Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht*.

[Download](#)

Arbeitszeitmodelle, die den Arbeitsmarkt entlasten und die Lebensqualität der Menschen steigern, sowie für die **Ausweitung öffentlicher Leistungen** wie Bildung oder Gesundheitsvorsorge. Die Vermögenden sollen – wie im **New Deal der 1930-Jahre** durch US-Präsident Roosevelt – bedeutend stärker an der Finanzierung der Umwelt- und Sozialprogramme beteiligt werden.

In einem aktuellen Aufsatz „*Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht*“ (2015) plädiert Stephan Schulmeister für ein Wachstum in der EU von 3 Prozent in den nächsten Jahren, um die Arbeitslosigkeit merklich drücken zu können. In der Folge sei ein Übergang zu Wachstumsraten von 1 bis 1,5 Prozent denkbar.

Die Kosten der Krise tragen wir alle

Schlagwörter

Expansion des Finanzkapitalismus, Vermögenskonzentration, Verteilung der Produktivitätszuwächse, Beschäftigungsschwelle, öffentliche Investitionen in Dienstleistungen, Vermögensabgabe, Bankenabgabe

Der langjährige WIFO-Ökonom und nunmehrige Leiter der Wirtschaftsabteilung der Österreichischen Arbeiterkammer *Markus Marterbauer* ist – wie Schulmeister – Vertreter einer keynesianischen Konjunkturpolitik. Marterbauer spricht von einer „**Arbeitslosigkeitsschwelle**“ von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum, damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt, und von einer „Beschäftigungsschwelle“ von 2 Prozent Wirtschaftswachstum, um neue Nettoarbeitsplätze (es entstehen mehr neue Arbeitsplätze als durch den Strukturwandel verloren gehen) zu schaffen. Den Grund sieht er in den Rationalisierungspotenzialen aufgrund von Steigerungen der Produktivität.

In dem Band „*Der Wohlstand gehört allen*“ (2008) hat Marterbauer vorgezeichnet, dass mit **öffentlichen Investitionen** im Bildungs-, Sozial- und Forschungsbereich bedeutend mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können als durch Subventionen bzw. Investitionsprogramme für die Privatwirtschaft. In „*Zahlen bitte. Die Kosten der Krise tragen wir alle*“ (2011) verstärkt Marterbauer den Ansatz, soziale und ökologische Beschäftigungsprogramme sowie Arbeitszeitverkürzungen durch eine bessere Verteilung der Produktivitätszuwächse zu finanzieren. Zudem fordert er eine Redimensionierung und Bereinigung des Finanzsektors durch eine höhere Bankenabgabe.

Gleich zu Beginn formuliert der Ökonom seine zentralen Vorschläge für eine zukunftsweisende (europäische) Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Neben der **Verschuldungskrise** müsse auch die **Arbeitslosigkeit** insbesondere der jüngeren Generation in immer mehr EU-Staaten als Problem wahrgenommen werden. So übersteige in Griechenland, Irland und den baltischen Ländern die Arbeitslosenquote der 15-24-Jährigen bereits die Marke von 30 Prozent der Erwerbspersonen deutlich, in Spanien sei mittlerweile nahezu jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Das birgt sozialen Sprengstoff. Marterbauers zentrale These lautet daher, dass mittelfristig „nur eine wirtschaftliche Erholung, begleitet von einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und eine **aktive Verteilungspolitik** gegenüber den großen privaten Vermögensbeständen die ökonomische Basis für eine Verringerung der Staatsschulden bilden“ könne (S. 12). Das von der EU diktierte „griechische Sparpaket“ betrachtet der Ökonom daher kritisch.



Marterbauer, Markus:
Zahlen bitte. Die Kosten der
Krise tragen wir alle.
Wien: Deuticke, 2011.
256 S.

Bankensektor verkleinern

Wie andere auch kritisiert Marterbauer die **Verselbständigung des Finanzsektors** als zentrale Ursache für die globale Finanzkrise. So erscheine es paradox, „dass Finanzinnovationen, die ursprünglich zur Verringerung des Risikos einzelner Finanzgeschäfte geschaffen wurden, selbst enorme Risiken erzeugt haben und schließlich 2007 und 2008 nahezu den Zusammenbruch des gesamten weltweiten Finanzsystems bewirkt haben.“ (S. 36)

Nur die weltweit **gerechtere Verteilung des Wohlstands** könne nachhaltige Wege aus der Krise weisen, ist Marterbauer überzeugt. Er sieht dafür zwei Strategien – die „Beendigung der Privatisierung von öffentlichem Eigentum“ sowie die „Erhöhung der Besteuerung von Vermögensbesitz“ (S. 52) – und verweist zugleich darauf, dass dies nicht ohne Konflikte abgehen werde. Denn: „Umverteilung tangiert die Interessen der Mächtigen und muss von den Ohnmächtigen eingeklagt werden. Umverteilungspolitik muss sich nicht nur gegen die einflussreichen Besitzer großer Finanz- und Immobilienvermögen stellen, sondern auch den Widerstand jener mächtigen Institutionen überwinden, die wie Banken oder Steuerberater von der Betreuung der Vermögenden profitieren. Beide Gruppen haben großen Einfluss auf Medien und die öffentliche Meinung.“ (S. 51f.)

Doch die Potenziale sind groß: „Schon eine effektive **Besteuerung von Vermögen** mit einem Steuersatz von nur 0,5 Prozent würde in Österreich Staatseinnahmen von 6 bis 7 Milliarden Euro und in der EU von etwa 200 Milliarden Euro pro Jahr mit sich bringen“ (S. 52), berichtet der Ökonom. Eine **Bankenabgabe** in der Höhe von 0,2 Prozent der Bilanzsumme aller im Euro-Raum aktiven Banken würde „ein jährliches Volumen von etwa 50 Milliarden Euro“ (S. 74) ergeben und eine Verkleinerung des Bankensektors sowie dessen Gewinnmargen begünstigen, so Marterbauer weiter. Das Bankengeschäft müsste so wie in den 1950er und 1960er-Jahren wieder auf die Interessen der realen Wirtschaft, also der privaten Haushalte und der investierenden Unternehmen ausgerichtet werden. Denn: „Nach Erfahrungen in der Finanzkrise ist fraglich, ob in Teilen des Finanzsektors überhaupt volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden.“ (S. 60) Durch die Bankenrettungspakete werde jedoch die „langfristig wünschenswerte Schrumpfung des Finanzsektors durch die Insolvenz wirtschaftlich nicht erfolgreicher Institute vermieden.“ (S. 80)

Soziale Dienste ausbauen

Die **Exportorientierung** von Ländern wie Österreich oder Deutschland sieht Marterbauer als wichtige Stützen der Wirtschaft (der Exportanteil Österreichs lag 2010 bei 55 Prozent des BIP). Produktivitätszuwächse in

Wie andere auch kritisiert Marterbauer die **Verselbständigung des Finanzsektors** als zentrale Ursache für die globale Finanzkrise. Und er meint, dass **Umverteilung** unumgänglich, wenn auch gegen starke Interessen durchzusetzen sei.

der Sachgütererzeugung (in Österreich Steigerung um 60 Prozent von 1995–2011) würden gemeinsam mit der stärkeren Heranziehung der Vermögen einen **Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen** ermöglichen. Pro Milliarde an Staatsausgaben steige die Zahl der Jobs um 18.000 bis 25.000, rechnet der Ökonom vor und verweist auf die hohen Beschäftigungswirkungen öffentlicher Investitionen: „6.000 bis 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze pro Milliarde Euro“. Gering sei jedoch das Arbeitsplatzpotenzial von Steuerentlastungen. Pro Milliarde Steuerentlastung entstehen laut Marterbauer „nur 2000 bis 5000 zusätzliche Arbeitsplätze.“ (S. 140) Nichts hält der Ökonom von **generellen Steuer-senkungen** sowie **Steuerbegünstigungen**, die immer die Besserverdienenden bevorzugten. „Vor allem von der in der Politik so beliebten Senkung der Einkommenssteuern profitiert primär das Haushaltsdrittel mit dem höchsten Einkommen.“ (S. 139f.)

Zudem schlägt Marterbauer die Kaufkraftstärkung der Haushalte mit **niedrigen Einkommen** vor, da nur diese den Konsum ankurbeln. „In Österreich steigert ein Zusatzeinkommen in der Höhe von 100 Euro beim unteren Drittel der privaten Haushalte die Konsumnachfrage sofort um 80 Euro. Das obere Einkommensdrittel hingegen erhöht das Sparen um 60 Prozent.“ (S. 64) Insgesamt müssten Länder mit hohem Exportanteil auch die Importe steigern, weil ansonsten Defizitländer wie Griechenland es nie schaffen würden, ihre Leistungsbilanz zu verbessern.

„Die **Staatsschuldenkrise** ist in erheblichem Ausmaß eine sich selbst erfüllende Prophezeiung der vom Herdentrieb geprägten spekulativen Finanzmärkte“ (S. 10), so Marterbauer pointiert. Auch wenn die Defizite von EU-Staaten unterschiedlich hoch und auch unterschiedlich gewichtet seien und es daher kein Patentrezept geben könne, sei klar: „Die **Staatsfinanzierung der Krisenländer**, aber auch der anderen EU-Länder, muss von den **Finanzmärkten** und ihrer spekulativen Ausrichtung entkoppelt werden.“ Diesem Zweck würde „die vieldiskutierte Ausgabe von Eurobonds, also einer gemeinsamen Anleihe der EU-Länder“ (S. 94) dienen – ein Vorschlag, der vom neuen französischen Präsidenten Francois Hollande erneut ins Gespräch gebracht wurde, bislang jedoch der Umsetzung harrt. Die bisherige Praxis der EZB hält Marterbauer für problematisch: „Die Banken erhalten von der EZB Liquidität zu einem Zinssatz von gut einem Prozent, sie legen diese Mittel in Staatsanleihen mit Zinssätzen zwischen 4 und 15 Prozent an. Das ist eine ungeheure staatliche Subvention für die Banken.“ (S. 94)

Zu Griechenland: Dass es gefährlich sei, den Sündern aus dem Süden zu helfen, da so falsches Verhalten belohnt und richtiges bestraft werde, hält Marterbauer für ein Vorurteil und für Stimmungsmache, die die gesamt-

wirtschaftlichen Zusammenhänge übersehe: „Erlegt man den Krisenländern harte Sanierungsmaßnahmen auf, unter denen Menschen und Wirtschaft leiden, so tut man sich selbst nichts Gutes. Die Maßnahmen führen zu einem Rückgang des BIP, damit des Imports in Krisenländer und schwächen den Export und das Volkseinkommen der Handelspartner.“ (S. 93)

Ähnlich argumentiert Marterbauer gegen die **Angst vor einer Hyperinflation**, die vor allem von Vermögensbesitzern geschürt werde. Diese drohe nur bei einer Überhitzung der Wirtschaft – stark steigende Nachfrage und sich aufschaukelnde Lohn-Preis-Spirale – beides sei aber nicht gegeben. Gefährlicher als Inflation sei ein Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten: „Die großen Krisen der Weltwirtschaft, wie jene in den 1930er-Jahren, waren immer **Deflationskrisen** und nicht **Inflationskrisen**.“ (S. 121) Auch im kolportierten Versuch, Staatsschulden durch Geldabwertung zu verringern, sieht der Ökonom kein taugliches Mittel. Vielmehr biete sich hier eine merkliche Erhöhung der Vermögenssteuern an: „Sie hat ähnliche positive Effekte wie Inflation, indem sie den Schuldner Staat entlastet und die Gläubiger, die Besitzer der Finanzvermögen belastet. Gleichzeitig weist sie jene Nachteile nicht auf, die eine anhaltende und hohe Inflation mit sich bringen kann.“ (S. 128) Für denkbar hält Marterbauer eine „Vermögenspreis-inflation“, allerdings bedingt durch eine Überbewertung von Immobilien oder Aktien, die jedoch zu Recht nicht in den Verbraucherpreisindex eingerechnet werde.

Wirtschaftswachstum neu

Abschließend wendet sich Marterbauer der Frage zu, wie Wohlstand und Sozialstaat auch mit bedeutend **geringeren Wachstumsraten** gesichert werden können. Wirtschaftswachstum führe zwar zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit, reiche aber nicht mehr aus, „um Vollbeschäftigung zu erreichen.“ (S. 222) Zukunftswege sieht der Ökonom in **neuen Arbeitszeitmodellen**, die Erwerbsarbeit und Beruf für beide Geschlechter vereinbar machen – Produktivitätsfortschritte würden somit verstärkt in Form von mehr Zeit weitergegeben –, in einer **aktiven Lohn- und Bildungspolitik** sowie eben in einer **neuen Finanzierungsbasis für den Staat**. Denn: „Eine Verschiebung der Abgabenstruktur von den Arbeitseinkommen zu den Vermögensbeständen und –einkommen würde die Finanzierung des Staatshaushalts unabhängiger von Wirtschaftswachstum und Lohnanteil am BIP machen.“ (S. 225)

Resümee: Marterbauer gibt nicht nur dem Mainstream widersprechende Antworten auf komplexe Fragen, sondern er deckt auch – untermauert mit zahlreichen Fakten – etwa Warnungen vor einem überbordenden Sozialstaat, einer drohenden großen Inflation oder gar einem Kollaps der Staats-

finanzen als interessengeleitete Mythen auf. Die Frage, wer die Kosten der Krise zahlt und wie solche Krisen in Zukunft verhindert werden können, ist entscheidend für den demokratischen Zusammenhalt auch der Gesellschaften Europas. Markus Marterbauer zeigt konkrete Wege und vorhandene Verteilungsspielräume auf, wie ein nachhaltiges Wirtschaften sowie eine Gesellschaft, der soziale Sicherung wichtig ist, miteinander verbunden werden können.

Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts

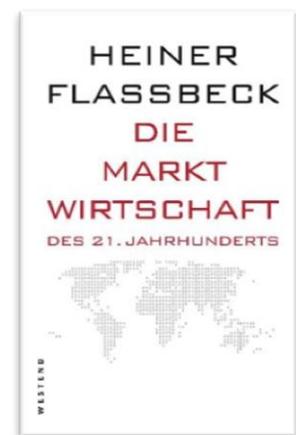
Schlagwörter

Expansion des Finanzkapitalismus, Vermögenskonzentration, Verteilung der Produktivitätszuwächse, Beschäftigungsschwelle, öffentliche Investitionen in Dienstleistungen, Vermögensabgabe, Bankenabgabe

Heiner Flassbeck, Ökonom bei der UNCTAD in Genf, verweist – wie Marterbauer – auf die **makroökonomischen Aspekte** der aktuellen Krisen(debatten). Die relativ hohen Wachstumsraten in Deutschland und Österreich, die auch zu hoher Beschäftigung geführt hätten, hängen wesentlich mit der Exportorientierung beider Staaten zusammen. Diese müsse jedoch zwangsläufig auf Kosten anderen Staaten gehen, da positiven Leistungsbilanzen der einen immer negative Leistungsbilanzen der anderen gegenüber stünden: „Für die ganze Welt gibt es eben keinen Export.“ (S. 47) Die Verschuldungskrisen der ärmeren Euroländer wie Griechenland führt Flassbeck nicht nur, aber wesentlich auch auf diese Leistungsbilanzunterschiede zurück.

Als Keynesianer plädiert der UNCTAD-Ökonom für die **Aufgabe der Lohnzurückhaltung** in den (zu) erfolgreichen Ökonomien, was die Wettbewerbsfähigkeit anderer Ökonomien stärke und zugleich den Konsum ankurble. Und dennoch konstatiert Flassbeck – wie Marterbauer – , dass in hochproduktiven Wirtschaften auch ein anderer Weg denkbar sei, nämlich das **Weniger-Arbeiten**: „Wenn sich Gesellschaften, auf welchem Weg auch immer, zum Beispiel entschließen, weniger arbeiten zu wollen, also den Produktivitätsfortschritt statt in höheren Löhnen in geringeren Arbeitszeiten konsumieren zu wollen, dann ist das ohne weiteres möglich. Dann wird weniger produziert und weniger nachgefragt.“ (S. 48)

Er tritt auch ein für eine viel stärkere **Zurückdrängung der Finanzmärkte**, die immer weniger mit der Realwirtschaft zu tun hätten: „Man setzt gar nicht auf die Dividende (oder den Zins), die man mit einer Anlage auf lange Sicht erzielen kann, sondern hofft darauf, dass der Preis der gerade gehaltenen Vermögenstitel kurzfristig steigt.“ (S. 25) Auf den Finanzmärkten würden daher keine Werte geschaffen, sondern es wird nur umverteilt: „Der Gewinn des Einen ist der Verlust des Anderen.“ (S. 25) Das Problem seien aber die Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Auch wenn Flassbecks Buch den Titel „*Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts*“ trägt, sind seine Zukunftsprognosen düster. Der Wirtschaftspolitik sei die Rationalität vollends abhandengekommen. „Die Projektionen des Hasses und der Angst auf ein kleines Volk, der geifernde Boulevard, die hilflose



Flassbeck, Heiner:
Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts.
Berlin, Westend-Verl. 2010.
242 S.

Politik, die Unfähigkeit, Dinge beim Namen zu nennen – all das muss uns zweifeln lassen, ob die Aufklärung noch eine Chance hat“, so Flassbeck in Bezug auf Griechenland.

Im rigiden **Festklammern an Sparpaketen** und **nationalistischer Kleinkrämerei** sieht Flassbeck das Abwürgen einer florierenden Wirtschaft mit gefährlichen politischen Folgen: „Wenn Europa sich auf zehn Jahre Stagnation und Deflation hinbewegt, sind die rechten Flammen, die an seinen Rändern schon deutlich zu sehen sind, nicht mehr zu beherrschen“, schrieb der Autor schon vor fünf Jahren. Das Fenster der Möglichkeit, „demokratische Lösungen zu finden“, sei nur noch ganz kurze Zeit offen, so Flassbeck damals. „Das System fahre gegen die Wand. Die Frage sei nur, „ob es früher oder später passiert“ (S. 237). Dann werde nicht nur Europa zerbrechen, sondern auch der Versuch, die Wirtschaft zu globalisieren, zu Ende sein.

Einschätzung: Flassbeck fordert in seinem Buch eine neue **politische Bewegung**, die sich gegen die Sparpolitik wendet. Auch fünf Jahre nach Erscheinen des Buches ist die Richtungsentscheidung für eine gesamteuropäische Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik noch nicht gefallen. Vielmehr droht der Rückfall in neue Nationalismen und Schuldzuschreibungen. Die Herausforderung einer den völkerrechtlichen Verpflichtungen entsprechenden Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten ist ebenfalls keineswegs gemeistert; vielmehr gibt sie Anlass zur Sorge, dass nationalistische Bewegungen noch mehr Auftrieb bekommen.

Im Festklammern an Sparpaketen und nationalistischer Kleinkrämerei sieht Flassbeck die Gefahr des Abwürgens der Volkswirtschaften der betroffenen Länder mit gefährlichen Folgen.

Wir arbeiten und nicht das Geld

Schlagwörter

Expansion des Finanzsektors, Vermögenskonzentration, Gewinnmaximierung, Gemeinwohlökonomie, Lokale Wirtschaft, Duale Währungen

„Wir arbeiten und nicht das Geld“, so der programmatische Titel einer Art Streitschrift des Wirtschaftsexperten *Arno Gahrmann*, Professor für Finanzierung und Investition an der *Hochschule Bremen*, den die *Pro Zukunft*-Redaktion in die *Top Ten der Zukunftsliteratur 2013* gewählt hat. Sind es Wortspielereien, wenn der Autor für eine Abkehr von der „**Ökonomie**“ als **Prinzip der Gewinnmaximierung** hin zu einem „**Wirtschaften**“ plädiert, das wieder den Menschen in den Mittelpunkt rückt? Die Globalisierung, die „von Wissenschaft und Politik als Nonplusultra eines ökonomischen Paradieses mit unendlicher Güterauswahl und niedrigsten Preisen angepriesen“ wurde, habe, so Gahrmann, in den Würgegriff von „Lohn- und Kostendruck, Gefährdung des Arbeitsplatzes und permanenten Kampf um Kunden und gegen Konkurrenten“ geführt. Da mute es als „letzte Verzweiflungstat“ der Politik an, wenn angesichts der Finanzkrise „schwindelerregende Eurosummen aus dem Nichts gestampft und hin- und hergeschoben werden, die das normale Wirtschaftsleben nur mehr als marginale Größe erscheinen lassen“ (alle Zitate S. 16).

Ökonomie versus Wirtschaften

Gahrmann macht starke Ansagen. Nicht wir seien zu dumm, die Ökonomie zu verstehen, sondern umgekehrt verstehe das simple ökonomische System nicht das „komplexe Wesen des Wirtschaftens“ (S. 20). In Aufbauzeiten wie nach dem Krieg oder heute in den Schwellenländern sei die **Konzentration auf Wachstum** durchaus angebracht: „In wirtschaftlich reifen Gesellschaften aber presst und reduziert die Ökonomie die reiche Fülle des Lebens so zusammen, bis es mit ihren simplen Regeln kompatibel und zu einem marktkonformen Kubus deformiert wird“ (S. 20). Der Autor plädiert vor allem für eine **Stärkung der Region**, denn: „Anders als die auf maximale Rendite und maximale Effizienz getrimmte Exportindustrie erfüllt eine regionale Wirtschaft unmittelbar die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen nach sinnvoller und verbindender Arbeit, guten Produkten und Erhalt ihrer Umwelt.“ (S. 21) Gleichzeitig bilde diese „eine Sicherung gegen die von uns auf absehbare Zeit nicht beeinflussbare globale Ökonomie“ (S. 22).

Für den Finanzexperten haben die sich auftürmenden **Schulden- und Vermögensberge** nichts mehr mit realem Wirtschaften zu tun: „Tatsächlich wird seit Jahrzehnten ein Kapital aus Pappmaschee gebildet, aus dem



Gahrmann, Arno:
Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen.
Berlin: Westend, 2013.
211 S.

niemals mehr reale Leistungen hervorgehoben werden können.“ (S. 106) Da die Finanzökonomie nicht zwischen „**gutem Kapital**“, das aufgrund realer Ressourceneinsparung oder aus intelligenter Arbeit gebildet wurde, und „**minderwertigem Kapital**“, das „nur durch Fronarbeit und Verschuldung Dritter“ (S. 107) gebildet wird, unterscheidet, sei unser Wirtschaftserfolg unreal – Gahrmann spricht von „**gedopter Effizienz**“ (S. 134). Als **Krisenursachen** nennt er das gegenwärtige Geld- und Zinssystem, die maßlosen Gewinnerwartungen, die bisherigen Privilegien beim Zugang zu Land, Ressourcen und Atmosphäre, die Anonymisierung der Unternehmen einschließlich der Beschränkung ihrer Haftung, das auf globaler Arbeitsteilung beruhende Modell der Fremdversorgung sowie die „Kultur der bedingungslosen Steigerung materieller Selbstverwirklichungsansprüche“ (S. 155).

Stärkung regionaler Wirtschaft

Eine menschenwürdige Wirtschaft ist für Gahrmann nur in regionalen Kreisläufen vorstellbar. Er unterstützt etwa die Vorschläge einer Gemeinwohlökonomie von *Christian Felber*, **duale Währungssysteme** mit einer Binnen- und einer Außenwährung (so sein Vorschlag etwa für Griechenland) sowie alle Formen „**postökonomischen Wirtschaftens**“ wie Ansätze von dezentraler Ernährungs- und Energiesouveränität und von nichtmoneitären Tauschsystemen. Autonome kommunale Einkommenssteuersysteme, wie sie in Skandinavien etabliert sind, würden auch dazu beitragen, dass Kommunen „eigene, ihrer sozialen und wirtschaftlichen Topographie angepasste Wege planen“ (S. 176). Schwellenländern wie China empfiehlt der Autor die Konzentration auf die **Binnenwirtschaft**, anstatt die reichen Länder mit Billigprodukten zu überschwemmen. Die Länder des Südens müssten vornehmlich vom Zugriff auf deren Naturressourcen befreit werden; zu forcieren wären naturangepasste Formen der Landwirtschaft und auf die eigenen Bedarfe konzentrierte Produktionsstätten.

Den (noch) reichen, aber sozial immer brüchiger werdenden Staaten schlägt Gahrmann die Steuerung durch bedeutend **höhere Grenzsteuersätze** dort vor, „wo Einkommen nicht mehr realen Bedürfnissen dienen“, was freilich EU-weit koordiniert angegangen werden müsste; zudem sollten die **Mehrwertsteuersätze für Luxusgüter** bedeutend erhöht, dafür jene auf „Arbeitsleistungen und die Dinge des täglichen und einfachen Bedarfs“ wesentlich gesenkt werden; und es soll **Wertschöpfung aus Arbeit** wesentlich niedriger besteuert werden als solche aus Kapital“ (alle Zitate S. 189f.). Der Autor plädiert nicht zuletzt für **Schuldenschnitte**, wie dies Island vorbildhaft gemacht habe. Schulden einfach zu vergessen und zu streichen, würde bedeutend weniger kosten, als „diese Ökonomie weiter laufen zu lassen und auf der Jagd nach Phantomen die Flur von Natur und Gesellschaft vollends zu zertrampeln“ (S. 188). Zudem müsse der

Der Finanzwissenschaftler Arno Gahrmann setzt auf duale Währungssysteme, eine Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie eine Abkehr vom Wachstum.

Schutz des Gemeineigentums in Verfassungsrang erhoben werden und Privatisierungen ein Riegel vorgeschoben werden.

Anders als jene, die nach wie vor in der globalen ökonomischen Verflechtung den besten Weg in ein friedliches 21. Jahrhundert sehen, plädiert der Autor für **radikale Dezentralisierung** und eine wohl zu bedenkende Abkehr vom (Irr)-Glauben an die Effizienz des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Geld und Schuld

Schlagwörter

Expansion des Finanzsektors, Vermögenskonzentration, Verschuldungsdilemma, Wachstumsschwäche, Vermögensbremse, dienendes Geld

Geld sei nicht nur das Schmiermittel jeder arbeitsteiligen Wirtschaft, sondern auch ein zentrales Bindeglied jeder bürgerlichen Gesellschaft. Doch ein Zuviel davon sei schädlich, denn „hypertrophe Finanzen“ verursachten „schwere Kollateralschäden“, so in Kürze zusammengefasst die zentrale Aussage des renommierten Ökonomen *Raimund Dietz* in seiner umfangreichen Abhandlung „*Geld und Schuld*“. Dietz hat nicht nur den Untergang des sowjetischen Sozialismus vorausgesagt, sondern bereits 2006 eine zu wenig beachtete Studie über die bevorstehende Finanzkrise verfasst.

In seinem neuen Buch, das finanzwirtschaftliche Zusammenhänge gut verständlich erklärt und nicht weniger als eine neue „Theorie des Geldes“ vorlegt, warnt der Autor vor den Verwerfungen des aus dem Lot geratenen, eben „**hypertrophen**“ **Finanzsystems**. Nach einer Beschreibung der Arten von Geld bzw. Vermögen (Assets) in der modernen Wirtschaft wendet sich Dietz dem Verhältnis von Geld und Schulden zu, die schicksalhaft miteinander verbunden seien. Dies nicht nur, weil das Vermögen des einen immer des anderen Schuld darstellt, sondern weil Finanzvermögen in Form von Kontrakten immer fiktiv sei („Von einer Forderung kann man nicht abbeißen.“ S. 189) und ihre Einlösbarkeit von der gesamtwirtschaftlichen Situation abhängt, „insbesondere vom Verhältnis der Gesamtvermögen zur gesamten Wertschöpfung der Welt“. Ein überproportionales **Wachstum der Vermögen** führe daher nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der Situation: „Das Risiko des Absturzes steigt. Einzelne können zwar auf Kosten anderer ihre Situation verbessern, niemals aber alle zugleich, und bei Überforderung leiden alle“ (ebd.).

Vermögen als Allmende, die nicht überweidet werden darf

Während in euphorischen Phasen Banken und Publikum „ein bereits überhöhtes und weiter wachsendes Anspruchsniveau“ tolerierten, werde dann, wenn die Stimmung kippt, plötzlich sichtbar, „vor welchen Schuldentürmen man eigentlich steht“. Die Spirale, die sich vorher nach oben gedreht hat, weist plötzlich nach unten. „Es werden nicht nur Vermögen vernichtet, die Wirtschaft wird mit hineingerissen.“ (ebd.) Dietz spricht daher bei Vermögen von einer „Allmende“, bei der eben „Überweidungsgefahr“ bestehe. Die vielen Möglichkeiten der Verbriefung hätten zudem einer „**Anonymisierung der Vermögenswerte**“ Vorschub geleistet. Die „Emanzipation von der Relation von Gläubiger und Schuldner“, die einander ja



Dietz, Raimund:
Geld und Schuld.
Eine ökonomische Theorie der Gesellschaft.
Marburg: Metropolis-Verl.,
2013. 452 S.

nicht mehr kennen, habe zur Erzeugung einer „riesigen und gefährlichen Illusion“ geführt: „Die Gläubiger fühlen sich nicht mehr als solche, sondern sehen sich nur mehr als Eigentümer von Geldwerten“ (S. 199), was jedoch nicht zutrefte. Der Großteil der Vermögen bestehe in der modernen Wirtschaft jedoch nicht als Geld, sondern lediglich als „Anspruch auf Geld“ (S. 205). Da die Ansprüche ein Vielfaches von dem betragen, worüber die Geschäftsbanken verfügen, sei „die Einlösbarkeit individueller Forderungen davon abhängig, dass andere ihre Forderungen nicht einlösen“ (ebd.).

Den **Hauptinstabilitätsfaktor** sieht Dietz im permanenten Anwachsen von Vermögen und Schulden, woraus Konflikte entstehen. Denn: „Forderung und Schulden lassen sich leicht erzeugen, aber nicht so leicht aus der Welt schaffen“ (S. 208). In anderen Worten: „Läuft die **Dynamik der Forderungs- und Schuldenmatrix** der Expansion des Wohlstands weit voraus und überschreiten die akkumulierten Forderungs- und Verschuldungsgrößen einen kritischen Punkt, können die ihr zugrundeliegenden Verträge und Verpflichtungen nicht mehr bedient werden.“ (S. 209) Einer Rückführung der Schulden steht nach Dietz vor allem die wachsende Diskrepanz zwischen Arm und Reich – auf der Ebene der Subjekte wie der Staaten – entgegen. Da die Reichen ohnedies bereits alles haben, steige ihre Sparquote, der Konsum gehe zurück. Auf diese Weise würden die „Forderungen der Reichen“ immer rascher ansteigen als das Sozialprodukt. Da aber die Verschuldung der „Armen“ nicht in diesem Tempo weiter stattfinden könne, müsse der Staat – „er ist Repräsentant sowohl der Reichen als auch der Armen“ (S. 209) – einspringen und Extra-Ausgaben tätigen, die diesen aber „über die Jahre selbst in den Ruin treiben“ (ebd.). Dietz sieht in der **Überschuldung** daher vor allem eine Verteilungsproblematik, die aus der inneren Logik von Vermögens- und Schuldakkumulation herrühre. Dasselbe gelte übrigens für Staaten, wo Überschussländer zwar kurzfristig reüssieren könnten, langfristig jedoch auch verlieren würden: „Hinter jedem Exportberg wartet ein Rezessionstal.“ (S. 210)

Redimensionierung des Bankensystems

Um das System zu retten und seiner eigenen Logik zu folgen, fordert Dietz eine **Redimensionierung des Bankensystems** (er nennt es „Kalibrierung“), eine **Nachweispflicht** der Finanzindustrie für den Nutzen neuer Finanzprodukte sowie den **Übergang zu Vollgeld** (s. u). Als wichtigsten Schritt fordert er die **„Vernichtung von Vermögen“** (!). Dies könne geschehen durch Insolvenzen und Schuldenschnitte, durch Inflation, welche die realen Schulden verringere sowie drittens – und dafür plädiert der Autor vor allem – durch höhere Besteuerung der Vermögen, um damit die Staatsschulden verringern zu können. Dietz nennt es „Konfiskation der dysfunktionalen und überschüssigen Eigentumsgrößen durch die

Der Finanzwissenschaftler Arno Gahrmann setzt auf duale Währungs-systeme, eine Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie eine Abkehr vom Wachstum.

Dietz sieht in der Überschuldung vor allem eine Verteilungsproblematik, die aus der inneren Logik von Vermögens- und Schuldenakkumulation resultiere. Dasselbe gelte übrigens für Staaten, wo Überschussländer zwar kurzfristig reüssieren könnten, langfristig jedoch auch verlieren würden.

„Gemeinschaft“, die sich dadurch von der Schuldenlast befreien könnte, welche sie auf sich nahm, um das `System´ zu retten.“ (S. 228f.)

Man starre heute wie gebannt auf die zu hohen Staatsschulden, mit denen zukünftige Steuerzahler belastet würden, doch getraue sich nicht zu fordern, dass der „wohlhabende Vermögensbesitzer, der mehr hat als er braucht“ (S. 229) die Hauptlast tragen sollte. Aber nur so könne die Wirtschaft wieder in Fahrt kommen und der **Ausweg aus der Überschuldung** gelingen. Der wahre Reichtum der Bürger und Bürgerinnen bestehe darin, „einander zu dienen und zu verdienen“, was nur in einem funktionierenden Gemeinwesen möglich sei. „Nicht bedienbare Schulden können wir uns nicht leisten“ (ebd.), so der Autor pointiert, der das Abgeben von Vermögen den Reichen auch in ihrem eigenen Interesse nahelegt. Diese „Vermögensvernichtung“ müsse man „mit aufrechtem Gang“ hinter sich bringen; sie gelinge am besten, wenn man den Menschen Perspektiven vermittele. Denn diese bräuchten nicht „exzessive Vermögenswerte, sondern die Sicherheit, ihren Lebensunterhalt bestreiten und ihre Rechnungen bezahlen zu können.“ Keine noch so hohen Vermögenswerte können diese Sicherheit geben, „wenn das System selbst in Frage steht.“ (ebd.)

Fazit: Eine einleuchtende Analyse und Schlussfolgerung eines durchaus bürgerlichen Ökonomen, dem es darum geht, den Kapitalismus zu retten und nicht ihn abzuschaffen. Ob die Botschaft von den WirtschaftsberaterInnen der Politik und Finanzkonzerne gehört wird, ist freilich offen. Wollen wir es hoffen!

Ökonomie für die Satten

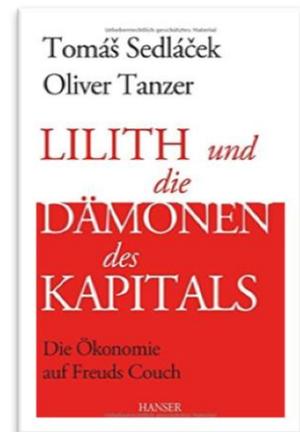
Schlagwörter

Expansion des Finanzkapitalismus, Vermögenskonzentration, Verteilung der Produktivitätszuwächse, Beschäftigungsschwelle, öffentliche Investitionen in Dienstleistungen, Vermögensabgabe, Bankenabgabe

Es mag zu Skepsis Anlass geben, wenn so etwas Profanes wie die Wirtschaft unter der Brille der Psychologie, ja noch mehr, der Psychoanalyse betrachtet wird. Der Ökonom *Tomás Sedláček* und der Journalist *Oliver Tanzer* tun dies in „*Lilith und die Dämonen des Kapitals*“ jedoch mit großem Gewinn. Wer darüber hinaus Interesse an mythologischen Erzählungen hat und sich nicht daran stört, dass die Autoren zwar die Theorien der Wirtschaftswissenschaften heftig kritisierten, selbst jedoch nur in Andeutungen Alternativen aufzeigen, wird das Buch mit noch mehr Interesse lesen. „Die Ökonomie auf Freuds Couch“ (so der Untertitel) ist der Versuch, die Irrationalitäten des herrschenden Kapitalismus mithilfe der Psychopathologie und von uralten Mythen zu erklären (dabei wird neben Sigmund Freud mehrfach auch auf C. G. Jung Bezug genommen).

Sedláček und Tanzer sind keine Antikapitalisten. Sie schätzen die Errungenschaften des freien Marktes sowie des freien Kapitalverkehrs; ihre Kritik gilt den Auswüchsen der Wirtschaft im gegenwärtigen **Konsum- und Finanzkapitalismus**. In den Worten der Autoren, im Übergang zu einem „aggressiven Kapitalismus“, in dem nicht mehr Leistung, sondern Machtstrukturen dominieren, und nicht mehr Nützliches, sondern Unnützes produziert wird. Den Wirtschaftswissenschaften werfen die Autoren vor, dass sie nur auf einem Bein stünden, dem „mathematischen“, was Wissenschaftlichkeit vorgebe, jedoch zu dramatischen Fehlprognosen bzw. Fehlwahrnehmungen führe.

Das Hauptdilemma des kapitalistischen Wirtschaftens machen die Autoren im „**perversem Kreislauf von Konsum und Wachstum**“ (S. 25) aus. Es wird produziert und zugleich muss der Absatz für das Produzierte sichergestellt werden. Die Legende von Lilith ist daher die titelgebende Geschichte des Buches. Lilith, nach hebräischer Überlieferung die erste Frau Adams, wird dazu verdammt, immerfort Kinder zu gebären und diese sofort wieder aufzuessen – der moderne „**Fluch von Produktion und Vernichtung**“. Zugleich gäbe es aber Knappheit in der Welt, die nicht überwunden wird: „Die Maxime unserer Zeit ist es, nicht die Hungernden zu ernähren, sondern die Satten.“ (S. 46) Die Werbung tue daher nichts anderes, als „unseren nicht existierenden Hunger auf libidinöse Weise zu wecken.“ (ebd.) Dieses System sei sadistisch und obendrein klepto-



Sedláček, Tomás; Tanzer, Oliver:

Lilith und die Dämonen des Kapitals. Die Ökonomie auf Freuds Couch.

München: Hanser, 2015.
350 S.

manisch. In der Geschichte der Ökonomie von Platon über Thomas von Aquin, Adam Smith, Karl Marx, John Maynard Keynes bis Milton Friedmann sei es immer um „die Verteilung und den Handel mit Gütern gegangen“ (S. 138). In der heute gelebten Praxis scheine das **Wissen über gerechtes Geben und Nehmen** nicht mehr vorhanden zu sein“ (ebd.). „In der Marktwirtschaft der Konzerne und des Wettbewerbs der Finanzdienstleister gewinnt nicht mehr derjenige, welcher geschickter gibt und nimmt. Es gewinnt der, der gar nichts gibt und möglichst alles nimmt.“ (ebd.)

„Die Maxime unserer Zeit ist es, nicht die Hungernden zu ernähren, sondern die Satten.“ (S. 46)

In insgesamt elf Abschnitten legen Sedláček und Tanzer irrationale Aspekte des Konsum- und Finanzkapitalismus dar. Der Narzissmus der Wirtschaftsführer, das Suchtverhalten der Konsumenten, das Geschäft mit der Angst – von allerlei Versicherungen bis hin zum Kampf gegen Terror, das Ausblenden von Dingen, die man nicht sehen will oder die Selbstherrlichkeit derer, die Wirtschaftsprognosen erstellen – all das wird anhand von Krankheitsbildern aus der Psychoanalyse erhellt. Immer wieder kehrt dabei **der Zwang von Wachstum, Verbrauchen und Zerstören**. Die moderne Konsumgesellschaft basiere wie beim Säugling auf dem puren Drang, sich Dinge einzuverleiben. „Die Gesellschaft produziert nicht aus einem langfristig angelegten Kalkül heraus, sei es zum Schutz der Nachkommenschaft oder zur Erreichung gesellschaftlichen Wohlstands. Sie produziert zunehmend aus dem alleinigen Grund, zu verbrauchen.“ (S. 219) Und um das Wachstum anzukurbeln, werde die private und öffentliche Verschuldung immer mehr vorangetrieben. Wirtschaftspolitik heute funktioniere nicht mehr nach dem Prinzip, in den fetten Jahren für die dünnen zu sparen, wie bei den Ägyptern und wie auch von Keynes gemeint, sondern die **Wachstumsmaschine** werde permanent gefüttert. Dies bezeichnen die Autoren als bipolare Störung, da nicht nur in der Depression, sondern auch in Boomphasen in die Wirtschaft gepumpt werde, was zu Manie und Blasenbildung führe.

„Die natürlichen Ressourcen sind zu den modernen Schlachtfeldern der Wirtschaftskriege geworden. Der Zwang zum Wachstum führt zu manischen ökonomischen Krisen, welche die Werte ändern und den erreichten Fortschritt zerstören.“ (S. 26)

Die Autoren halten uns einen unangenehmen Spiegel vor Augen (zumindest jenen, die noch immer an noch mehr Wachstum glauben). Ihr Urteil ist hart. Die Wurzel des wirtschaftlichen Übels liege in „einem Vernichtungswillen ohne Kreativität, der letztlich zur **Selbsterstörung des Systems** führen“ könne (S. 324) Doch wo liegen die Auswege? Das erste wäre, so Sedláček und Tanzer, der Realität ins Auge zu blicken: „Das Schädliche als gegeben anzunehmen und sich gegen den Ernstfall zu wappnen, im besten Sinne des Wortes Widerstandskraft zu zeigen, wäre die Aufgabe der Ökonomie als Wissenschaft und der Politik als Steuerungseinheit der Gesellschaft.“ (S. 325). Dafür müssten Götzen geopfert werden. Am Ende dieses Prozesses stünde eine „tatsächliche Umwertung, die einen neuen globalen Begriff des Nutzens schaffen würde, in dessen Zentrum nicht das System zum Selbstzweck würde, sondern das Wachstum der menschlichen

Fähigkeit zu einer sich selbst als solche verstehenden globalen Zivilisation.“ (ebd.) Für diesen „**reflektierten Kapitalismus**“ nötig sei eine systematische Änderung der gesellschaftlichen Prozesse, aber auch eine Änderung der Einstellung des Einzelnen. Wie dies im Detail aussehen mag, beschreiben wohl mittlerweile zahlreiche andere Publikationen. Hier werden sie nur angedeutet.

Reduktive Moderne – Transformationsdesign

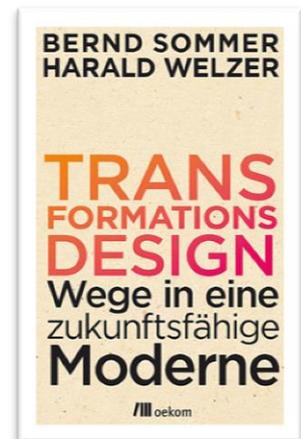
Schlagwörter

Konsumkritik, Ressourcengrenzen, Nachhaltigkeit, Transformation, Renovation, Schrumpfung, Lebensqualität, Langlebigkeit, Modelle des Wandels

Harald Welzer plädiert seit vielen Jahren für „**Modelle des Wandels**“, die mehr als abstrakte Bewusstseinsbildung zur Einleitung der notwendigen Veränderungen führen würden. Gemeinsam mit Bernd Sommer hat er nun das Buch „Transformationsdesign“ verfasst, das für einen neuen Fortschrittsdiskurs im Sinne einer „reduktiven Moderne“ wirbt. In dieser geht es nicht mehr (nur) darum, durch Innovationen immer mehr Neues in die Welt zu bringen, sondern durch „**Renovation**“ Bestehendes länger zu nutzen (Renovieren von Gebäuden und Infrastrukturen, Reparieren von Gegenständen) und durch „**Exnovation**“ als kontraproduktiv erkannte Dinge bzw. Praktiken (wie Automobilität) zu überwinden. Die Autoren – Harald Welzer ist Gründungsdirektor der **Stiftung FUTUR ZWEI** und Professor für Transformationsdesign an der Europa-Universität Flensburg, Sommer ist Nachhaltigkeitsexperte am Flensburger Norbert Elias Center – entwerfen ein Szenario einer Zivilisation, die Ernst macht mit der drastischen **Reduktion des Naturverbrauchs**. Das 21. Jahrhundert werde in jedem Fall zu dramatischen Veränderungen führen, die Frage sei nur, ob diese bewusst gesteuert oder chaotisch ablaufen werden, so die Ausgangsthese der beiden: „Transformation by design or by disaster“, dies sei die einzige Entscheidungsalternative.

In der Abhandlung werden zunächst große **Transformationsprozesse in der Geschichte** (Neolithische und industrielle Revolution, Überwindung der Sklaverei, Frauen- und Gleichstellungsbewegungen) gewürdigt, in der Folge vorherrschende Transformationsvisionen („Green Business as usual“) kritisch beleuchtet und dabei auch Konflikte und Machtverschiebungen aufgezeigt, die im Zuge von Transformationsprozessen immer auftreten. Die abschließenden Kapitel widmen sich der Praxis der Transformation, also der „**Gestaltung von Reduktion**“ sowie **der „sozialen Organisation des Weniger“**.

Handlungsleitend dabei ist die von Welzer auch an anderer Stelle bereits dargelegte Überzeugung, dass der Wandel ganz konkreter **Wandelprojekte** bedürfe. Transformation sei in unserer in nahezu jeder Hinsicht nicht-nachhaltigen Gesellschaft keine Aufgabe der Bewusstseinsbildung, sondern eine der „Veränderung der Praxisformen in fast allen Lebens-



Welzer, Harald; Sommer, Bernd:
Transformationsdesign.
Wege in eine zukunftsfähige
Moderne.
München: oekom, 2014.
236 S.
(Transformationen; 1).

Welzer/Sommer fordern
statt weiterer Expansion
die Umgestaltung des Vor-
handenen, das Verschwinden
des Überflüssigen, die Ver-
meidung von Aufwand und
die Reduktion von Energie
und Material.

bereichen – von der Wirtschaft über die Mobilität und die Ernährung bis hin zu Fragen der Zeitnutzung, des Besitzes, der Beziehungsstrukturen etc.“ (S. 37f). Dabei gehe es weniger um einen Systemwechsel in toto, „sondern vielmehr um **Schrumpfung oder Abschaffung nicht-zukunftsfähiger Teilbereiche der Gesellschaft** gerade mit dem Ziel, andere zu bewahren“ (S. 51). Doch die bisherige Nachhaltigkeitsdebatte rekurriere vornehmlich auf Einzelpraktiken bzw. technologische Veränderungen und adressiere nicht die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse insgesamt. **Nachhaltigkeit** sei jedoch wesentlich eine **soziale Aufgabe**: „Erst auf der Ebene des Sozialen entscheidet sich die Frage, wie eine Gesellschaft eigentlich aussehen soll, in der man leben will“ (S. 68). In den Blick zu nehmen seien die „Geschäftsmodelle der Unternehmen“ ebenso wie die „Lebensmodelle der Menschen“ (ebd.).

Transformationsdesign strebe nach dem „kleinstmöglichen Aufwand“, so Welzer und Sommer, was häufig erfordere, nicht einfach Antworten auf bestehende Fragen zu finden, sondern diese anders zu stellen: „So könnte die Antwort auf die Frage nach der bestmöglichen gestalterischen Lösung für eine Platzgestaltung sein: Man lässt ihn, wie er ist. Oder die Antwort auf die bestmögliche Reiseverbindung: zu Hause bleiben.“ (S. 114). Während die expansive Kultur der **konsumistischen Moderne** auf die beständige Vermehrung der Produkte und Angebote zielt, bedeute die Definition des guten Lebens in einer reduktiven Kultur das Gegenteil: „Die **Umgestaltung des Vorhandenen**, das **Verschwinden des Überflüssigen**, die **Vermeidung von Aufwand**, die **Reduktion von Energie und Material**“ (S. 118). Einrichtungen wie Repair-Cafes würden in diesem Sinne wirken (falls die Produkte reparierfähig sind), Modelle wie Open Source etwa durch 3D-Drucker nicht unbedingt, da sie eben der Mehrproduktion verhaftet blieben, so ein Beispiel der beiden.

Vier Haltungen benennen Welzer/Sommer für eine reduktive Moderne (S. 172ff): **Innehalten** (als „Strategie des Orientierungsgewinns“), **Aufhören** (als „moratorische Strategie“ zum Ausstieg aus der Abfolgelogik von Problem und Lösung, etwa im Kontext des „Anspringens“ der Wirtschaft nach der Finanzkrise), **Zurückgehen** (im Sinne von Gesellschafts- und Vergemeinschaftungsformen, die bedeutend weniger Mobilität erfordern) sowie schließlich **Ankommen** (im Sinne des Erhaltens zivilisatorischer Standards in den Bereichen Freiheit, soziale Absicherung, Gesundheit, Bildung oder Rechtsstaatlichkeit). Die Autoren plädieren für eine „Autopoetik des ersten Schrittes, des Schon-mal-Anfangens“ (S. 178), denn je mehr „Pfadwechselschritte“ es gäbe, desto wahrscheinlicher würde deren Attraktivität und Mehrheitsfähigkeit. „Das Bessere setze sich dabei dann durch, wenn die Konflikte, die mit seiner Durchsetzung verbunden sind, erfolgreich ausgetragen werden, und wenn „es sich in die Produkti-

„Es geht weniger um einen Systemwechsel in toto, sondern vielmehr um Schrumpfung oder Abschaffung nicht-zukunftsfähiger Teilbereiche der Gesellschaft gerade mit dem Ziel, andere zu bewahren“
Welzer / Sommer S. 51

ons- und Reproduktionsverhältnisse tiefenwirksam einschreibt“ (S. 179). Als vorbildhafte Bewegungen werden abschließend die „Transition Towns“, die Initiative des „Divestment“ des amerikanischen Umweltaktivisten Bill Mc Kibben, der erfolgreich dazu aufruft, Investments aus nicht-nachhaltigen Unternehmen herauszunehmen, die Gemeinwohl-Ökonomie von Christian Felber, Initiativen für Arbeitszeitverkürzung und ein Bedingungsloses Grundeinkommen sowie die Projekte der Commons und der Postwachstumsökonomie (à la Niko Paech) vorgestellt.

Einschätzung: Ein kluges Buch mit wertvollen Anregungen für die Nachhaltigkeitsdebatte, das auch durch Interviews mit Proponenten angesprochener Initiativen bereichert wird.

„Ankommen bedeutet die Erkenntnis, dass es Dinge und Situationen gibt, die keine Verbesserung mehr brauchen.“

Welzer/Sommer S. 174

Wege aus der Wachstumsfalle

Schlagwörter

Transformation, Wachstumsillusion, Rebound, Lokales Wirtschaften

Von Harald Welzer gemeinsam mit Klaus Wiegand, Stifter und Vorstand des „Forums für Verantwortung“, wurde der Band *„Wege aus der Wachstumsgesellschaft“* (2013) herausgegeben, der auf ein Colloquium der Stiftung zurückgeht. Mit Bezug auf die „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome konstatieren die Herausgeber merkliche Erosionsprozesse – vom Klimawandel über die Boden- und Wasserkrisen bis hin zu Armut- und Finanzkrisen. Der Befund ist hart: Im Augenblick rase der Zug der globalen Wirtschaftsentwicklung auf eine massive Wand zu, doch verlangsamt er die Geschwindigkeit nicht, sondern nimmt immer noch weiter Fahrt auf: „Der Crash wird desto brutaler ausfallen“ (S. 9).

Dementsprechend sind die hier versammelten Autoren allesamt der Postwachstumsschule zuzurechnen. Neben bereits vorgestellten Autoren wie *Uwe Schneidewind* („Wandel verstehen“, *Reinhard Loske* („Jenseits der Wachstumsillusion“) und *Niko Paech* („Wege aus der Wachstumsdiktatur“) findet man auch Beiträge von *Hans Diefenbacher*, der auf die Chancen einer anderen Arbeitsgesellschaft in regionalen Ökonomien eingeht, sowie von einer jungen AutorInnengruppe, die Praxisbeispiele für ein nachhaltiges und entschleunigtes Engagement vorstellt. Der Medienphilosoph *Wolfgang Ullrich* zeigt, wie mit Marketing Botschaften vermittelt werden, was insbesondere auch für ökologische oder ethische Produkte gelte. Er sieht die Gefahr, dass derart moralisch aufgeladener Konsum in Zukunft auch Sektierern Tür und Tor öffnen könne, und stellt die provokante Frage, ob es nicht besser sei, wenn Unternehmen einfach wieder zu ihrem Interesse stehen würden, Gewinne zu machen. *Bernd Sommer* steuert eine nüchterne Einschätzung der Entkopplungsthese bei.



Wege aus der Wachstumsgesellschaft.

Hrsg. v. Harald Welzer; Klaus Wiegand.

Frankfurt: Fischer, 2013.

236 S.

Intelligent wachsen

Schlagwörter

Grünes Wachstum, Chemiewende, Agrarwende, Mobilitätswende, neue Urbanität, Fortschrittsoptimismus

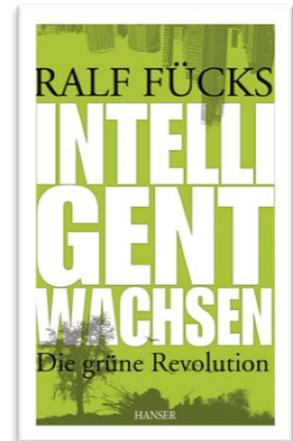
Bewusst provokant ist der Titel eines Buches von *Ralf Fücks*, Vorstandsvorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung und als solcher Vordenker der deutschen Grünen gewählt. „Intelligent wachsen“ erteilt den **WachstumsskeptikerInnen** eine Absage. „Ein Buch gegen Zukunftspessimismus, eine Blaupause für den ökologischen Fortschritt“, so die Ankündigung des Verlags.

Es gehe nicht um Abkehr von Wirtschaftswachstum, sondern um dessen **Richtungsänderung**, so der Tenor des Autors, der freilich die Defizite und Sackgassen des gegenwärtigen Turbo-Kapitalismus sieht, aber auch auf die Innovationspotenziale unseres Wirtschaftssystems setzt.

Fücks plädiert – wie viele andere auch – für eine andere **Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik** sowie für eine **Energiewende**, zugleich hofft er auch auf die **Chemiewende** – neuen Werkstoffen, der sogenannten Sanften Chemie und der Bionik sind eigene Kapitel gewidmet. Und irgendwie erscheint die Abgrenzung von AnhängerInnen einer Suffizienzorientierung, als einer deren profundester Vertreter wohl Niko Paech zählt, eher künstlich.

Mit einer **radikalen Umstellung** von Energie, Verkehr, Städtebau, mit hocheffizienten Technologien und intelligenten Stoffkreisläufen können wir Wohlstand für bald neun Milliarden Menschen schaffen und zugleich die natürlichen Ressourcen schonen, so die Überzeugung und Botschaft von Fücks. So lasse sich auch die größte ökologische Herausforderung der Zukunft bewältigen, „das stürmische Wachstum der Länder des Südens, deren Aufstieg gerade erst begonnen hat.“

Fücks möchte das **Fortschrittsdenken** nicht den alten Konzernstrategen überlassen, sondern für die Ökologie nutzbar machen. Sein ungemein faktenreiches Buch, in das selbstverständlich viel Expertise der Heinrich-Böll-Stiftung einfließt, benennt durchaus die anstehenden Probleme und Herausforderungen und ist damit der Debatte über Postwachstum näher als sein Titel suggeriert und sich der Autor vielleicht selbst eingestehen mag.



Fücks, Ralf:
Intelligent wachsen.
Die grüne Revolution.
München: Hanser, 2013.
362 S.

Gemeinwohlökonomie

Schlagwörter

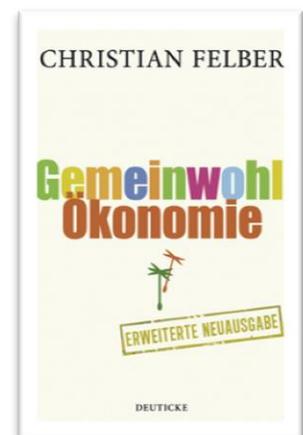
Konkurrenzprinzip, Gewinnstreben, Vertrauensbildung, Kooperation, Gemeinwohlmatrix, Gemeinwohlbilanz, Gemeinwohlbewegung, Bank für Gemeinwohl, Einkommens- und Vermögensbegrenzung, Wirtschaftsdemokratie, Reinvestition von Gewinnen im Unternehmen

Viele aktuellen Krisen seien auf eine gemeinsame Wurzel zurückzuführen, nämlich auf **Gewinnstreben und Konkurrenz** als „fundamentale Anreizstruktur unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems“, so die Ausgangstheorie des mittlerweile international gefragten Vortragenden Christian Felber in seinem Buch „Gemeinwohl-Ökonomie“ (S. 7). Felbers Befund kurz gefasst: Dieses Wirtschaften gefährde den seelischen, sozialen und ökologischen Frieden. Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ hingegen fördere und belohne dieselben Verhaltensqualitäten und Werte, die unsere menschlichen und ökologischen Beziehungen gelingen lassen: **„Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen“** (S. 7). Vertrauen sei wichtiger als Effizienz – das „höchste soziale und kulturelle Gut“, welches „die Gesellschaft im Innersten zusammenhält“ (S. 16). Und: Konkurrenz motiviere zwar auch, aber viel schwächer als Kooperation, die auf „Wertschätzung, Anerkennung, gelingende Beziehung, gemeinsame Zielsetzung und -erreichung“ (S. 17) abziele, so Felber.

Gemeinwohlmatrix

So weit, so gut – doch wie soll diese Gemeinwohl-Ökonomie in der Praxis aussehen? Im Zentrum der Überlegungen steht eine **neue Unternehmensbilanz**, die neben dem wirtschaftlichen Ergebnis auch soziale und ökologische Belange integriert. Über für alle geltende Mindeststandards hinaus erhalten jene Unternehmen, die besonders sozial und ökologisch agieren, sogenannte **„Gemeinwohl-Punkte“**. Eine partizipativ **entwickelte „Gemeinwohlmatrix“** umfasst so unterschiedliche Aspekte wie „Selbstorganisation der Arbeitszeit“, „Transparenz aller Entscheidungen und Zahlen“, „Rückverfolgbarkeit aller Produktteile“ oder „Begrenzung der Einkommensspreizung“. Selbstverständlich werden soziales Engagement und ökologische Vorbildhaftigkeit honoriert. Zusatzpunkte gibt es aber auch für MitarbeiterInnenbeteiligung, den Verzicht auf Werbung, regionale Verankerung oder „kooperative Marktplanung“.

Und damit sich das Ganze auch lohnt, muss eine gute Gemeinwohlbilanz auch **finanzielle Vorteile** bringen. Gedacht wird an einen niedrigeren Steuersatz und Zoltarif, an günstigeren Kredit bei der „Demokratischen



Felber, Christian:
Gemeinwohl-Ökonomie.
Das Wirtschaftsmodell der
Zukunft.
Wien: Deuticke, 2010
(überarb. Neuaufl. 2012).
159 S.

Bank“ (ihr ist ein eigenes Kapitel gewidmet) sowie an den Vorrang bei öffentlichem Einkauf und Auftragsvergabe (welche laut Buch immerhin ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung ausmacht). „Diese Belohnungen helfen den Gemeinwohlorientierten, ihre (höheren) Kosten zu decken.“ (S. 34) Zusätzlich wird vorgeschlagen, auf allen Produkten die „Gemeinwohlstufe“ des Unternehmens, von dem diese stammen – sozusagen als Entscheidungshilfe für die KonsumentInnen – mittels einer Farbskala anzugeben. Das Ziel dabei: „Durch das Zusammenwirken von rechtlichen Vorteilen, Konsumententscheidungen und der Präferenz ´erfolgreicher´ Zulieferbetriebe entsteht eine mächtige Spirale in Richtung Gemeinwohl.“ (S. 34) Die politischen Rahmenbedingungen werden sozusagen von individuellem Gewinnstreben auf das Gemeinwohl „umgepolt“.

Begrenzung des Eigentums

Über diese neue Unternehmensbilanz hinaus schlägt Felber weitere Änderungen vor, die das Wirtschaften grundlegend umgestalten würden: **Gewinn** soll nur mehr im Betrieb investiert und an im Betrieb Beschäftigte ausgeschüttet werden (was de facto das Ende von Aktiengesellschaften bedeuten würde). Nicht erlaubt wären überdies Firmenaufkäufe, Finanzspekulationen sowie Parteispenden. Neu wäre auch die „**kooperative Marktplanung**“ (S. 46), die branchenbezogen gemeinsam die Produktion an den Bedarf von Gütern festlegt (anstatt sich gegenseitig zu zerstören), sowie eine originelle **Verkürzung der Arbeitszeit durch Freijahre** („alle Menschen [dürfen] sich pro Dekade ihres Berufslebens ein Jahr Auszeit nehmen und sich anderwärtig verwirklichen“ S. 48).

Tiefgreifend aber folgerichtig verlangt Felber schließlich auch **Veränderungen in der Eigentumsordnung**. „Die Absolutstellung des Eigentumsrechts“ sei heute „zur größten Gefahr für die Demokratie geworden“, warnt der Autor (S. 61) und beschreibt den Kapitalismus als „positiv rückgekoppeltes System, weil es mit fortschreitendem Reicherwerden und Größerwerden für Individuen und Unternehmen immer leichter wird, noch reicher und größer zu werden.“ (S. 62) Auf den Punkt gebracht: Die erste Million sei die schwierigste!

Dieser **systemischen Fehlentwicklung** entgegnet die Gemeinwohl-Ökonomie mit vier Begrenzungen: der „Begrenzung der Einkommensungleichheit“ (auf das Verhältnis von maximal 1 zu 20), der „Begrenzung des Rechts auf Aneignung von Privatvermögen“ (erlaubt sind maximal 10 Mio. Euro), der „Begrenzung der Größe von Unternehmen in Privatbesitz“ (gestaffelt nach Betriebsgröße sollen die Belegschaften Stimmrechte erhalten) und schließlich der „Begrenzung des Erbrechts“. 500.000 Euro bei Privatvermögen bzw. 10 Mio. Euro bei Firmenvermögen wären die Obergrenzen, was darüber hinausgeht, wird „dekonzentriert“ (S. 68), sprich umverteilt.

Über die Gemeinwohlmatrix hinaus schlägt Felber neue Rahmenbedingungen für das Wirtschaften vor, darunter die ausschließliche Verwendung von Gewinnen in den Betrieben, kooperative Marktplanungen oder starke Mitbestimmungsrechte der Belegschaften in Unternehmen.

Wirtschaftsdemokratie

Insbesondere plädiert Felber für genossenschaftlich geführte Betriebe bzw. solche mit **hohen MitarbeiterInnenbeteiligungen** (bereits existierende Beispielsunternehmen werden im vorletzten Kapitel vorgestellt). Dass aus dem Erbrecht nicht ein „automatischer Besitz- und Führungsanspruch“ abgeleitet werden dürfe, begründet der Autor gerade insbesondere mit dem Leistungsprinzip. Unternehmen sollten von den Besten geführt werden, von jenen, die Verantwortung übernehmen wollen und diese von den Belegschaften übertragen bekommen, das müssten nicht immer die Söhne und Töchter der Voreigner sein.

Diese für viele wohl radikal anmutenden Maßnahmen würden jedoch, so Felber, eine tatsächliche **Demokratisierung der Wirtschaft** einleiten: „Mehr Menschen könnten mitbestimmen und mitgestalten, die Meinung und Kompetenz von mehr Menschen wäre gefragt, der Wert von mehr Menschen als bisher würde geschätzt – nicht nur durch anerkennendes Schulterklopfen, sondern durch materielle Eigentums- und Mitbestimmungsrechte.“ (S. 74)

Einschätzung: Die **Bewegung der „Gemeinwohlökonomie“** ist mittlerweile in mehreren Ländern verankert. Immer mehr Unternehmen erstellen eine Gemeinwohlbilanz und unterziehen sich Evaluationsverfahren, die der Verbesserung der eigenen Gemeinwohlorientierung dienen. Gearbeitet wird überdies an der Errichtung einer „Bank für Gemeinwohl“ in Österreich. Manchen gehen Felbers Vorschläge zu Wirtschaftsdemokratie und Begrenzung des Eigentums im Sinne des Gemeinwohls zu weit (auch wenn gerade Letzteres in der Debatte an Bedeutung gewinnt, s. o.); andere sehen in der Gemeinwohlökonomie lediglich einen Nischenansatz ohne Chance auf allgemeine Verwirklichung. In der wissenschaftlichen Literatur wird das Konzept der Gemeinwohlökonomie zusehends wahrgenommen und es könnte auch die Chance bieten für Unternehmensformen und Unternehmenskulturen jenseits des Wachstumsimperativs. Jedenfalls stellt die Gemeinwohlmatrix eine wertvolle Erweiterung bestehender Bewertungssysteme für Unternehmen wie dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex dar.

Die Bewegung der „Gemeinwohlökonomie“ ist mittlerweile in mehreren Ländern verankert. Immer mehr Unternehmen erstellen eine Gemeinwohlbilanz und unterziehen sich Evaluationsverfahren, die der Verbesserung der eigenen Gemeinwohlorientierung dienen.

Wachstumsneutrale Unternehmen

Schlagwörter

Klein- und Mittelbetriebe, Wachstumsnotwendigkeiten,
Wachstumsneutrale Unternehmensstrategien

Eine Onlinebefragung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) zum Thema Wachstum ergab: Für die Mehrheit der befragten Unternehmen steht die Frage, wie sie Umsätze oder Mitarbeiterzahlen steigern können, nicht im Mittelpunkt. Deutlich wichtiger sei es für viele der Befragten, unabhängig vom Größenwachstum langfristig erfolgreich zu wirtschaften. Dies ist eine der Schlussfolgerungen, die das IÖW aus den Antworten von knapp 700 KMU aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zu ihren Wachstumsorientierungen zieht.

Dargelegt werden die Ergebnisse in der Studie „*Wie wichtig ist Wachstum für KMU?*“ (2015). Wie Unternehmen ohne Wachstumszwang wirtschaften können, zeigt die Befragung des IÖW: Statt sich darauf zu konzentrieren, quantitative Kenngrößen wie Umsätze oder Mitarbeiterzahlen zu steigern, können sich Unternehmen auf qualitative Entwicklungsziele ausrichten – etwa auf langfristige und gute Beschäftigung, eine hohe Innovationsfähigkeit oder Beiträge zur Verbesserung der Lebensqualität in der Region. Die Umfrage des IÖW macht deutlich, dass für die Mehrheit der KMU solche Entwicklungsziele bereits im Mittelpunkt stehen und dass Erfahrungen mit Grenzen des Größenwachstums im betrieblichen Alltag weit verbreitet scheinen. Das Projekt ‚Postwachstumspioniere‘ hat wegweisende Beispiele von Unternehmen herausgearbeitet, die ohne beständiges Größenwachstum betriebliche Nachhaltigkeit gewährleisten und dabei dennoch ihre ökologischen und sozialen Beiträge für die Gesellschaft kontinuierlich ausbauen.

Heidi Leonhardt von der BOKU Wien und Maria Juschten von der WU Wien haben in einer österreichischen Studie Wachstumsmechanismen, Gründe für Wachstum und so genannte Postwachstumsunternehmen untersucht (Studie erscheint demnächst).

In der 2013 erschienenen IÖW-Studie „*Wachstumsneutrale Unternehmen*“ werden Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften ohne Wachstumszwang erforscht. Als strategische Ansätze werden genannt: Positionierung in Marktnischen, nachhaltigkeitsorientierte Qualitätsführerschaft, Regionale

Jana Gebauer, Julian Sagebiel:
Wie wichtig ist Wachstum für KMU? – Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen.
Berlin, 2013.
Download

Andrea Liesen, Christian Dietsche, Jana Gebauer:
Wachstumsneutrale Unternehmen. Pilotstudie zur Unternehmensperspektive im Postwachstumsdiskurs Berlin, 2013.
Download

Einbettung, Vermeidung von Abhängigkeiten, Entschleunigung, Kostenreduktion.

Der Ökonom *André Reichel* spricht im „Zukunftsreport 2016“ des Zukunftsinstituts von „Low Growth“, wobei neben Konsumgrenzen auch neue Modelle kollaborativer Ökonomie des Reparieren, Teilens und Tauschens das Wachstum dämpfen werden. Neue Geschäftsmodelle für Postwachstumsunternehmen sieht er in langlebigen Produktiven sowie in der Verbindung von Produkten, Wartung und Reparatur.

André Reichel:
Whats Next? Wirtschaften
jenseits von Wachstum.
In: Zukunftsreport 2016.
Kelkheim: Zukunftsinstitut.
S. 110-135. [Mehr](#)

Genossenschaften – Gewinn für alle.

Schlagwörter

Genossenschaft historisch, Energiegenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Wohnbaugenossenschaften

„Gewinn für alle! Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft“ – so der Titel eines Bandes, herausgegeben von der Berliner „taz“, die ja selbst genossenschaftlich organisiert ist. Vorgestellt werden die historischen Wurzeln und Vorläufer der Genossenschaftsidee, insbesondere aber neue Formen von Genossenschaften. Denn offensichtlich haben die Wirtschafts- und Energiekrisen der letzten Jahre dieser kooperativen Unternehmensform zu neuem **Auftrieb** verholfen. Die Zahl der Neueintragungen im Genossenschaftsregister hat sich allein in Deutschland von elf im Jahr 2005 auf 253 im Jahr 2011 nahezu verzwanzigfacht, berichtet Herausgeberin *Kariny Gellenbeck*, die für die taz-Genossenschaft mit ihren über 11.000 Mitgliedern zuständig ist.

Die **Qualität von Genossenschaften** sieht Gellenbeck insbesondere im kooperativen Unternehmensgeist, ja auch in der „Schwarmintelligenz“. So wie Geld alleine nicht ausreicht, eine gute Fußballmannschaft zusammenzustellen, sondern Teamgeist nötig sei, würde im **„Zusammenschluss mit Gleichgesinnten“** basierend auf basisdemokratischen Prinzipien die Stärke von Genossenschaften liegen. Dass diese Unternehmensform über die historischen Beispiele der Konsum- und Bankgenossenschaften hinaus – Raiffeisen gilt neben Hermann Schulze-Delitsch als Gründerpionier des Genossenschaftswesens in Deutschland – als lebendige und pragmatische Form des Wirtschaftens gelten kann, zeigen die im Band vorgestellten Beispiele. Geschildert werden die an Bedeutung gewinnenden Energiegenossenschaften, aber auch Zusammenschlüsse etwa von MediatorInnen, LandschaftsplanerInnen oder Reiseanbietern, die auf genossenschaftlicher Basis besser in der Lage sind, gemeinsam am „Markt“ zu reüssieren. Breiter Raum wird schließlich den neuen Bewegungen für „Commons“ sowie für „Open Source“ in der Wissensproduktion eingeräumt.

Einschätzung: Ein optimistisch stimmender Band, der zeigt, wie Wirtschaften anders organisiert werden kann. Von manchen Ökonomen werden Unternehmen nach Stiftungs- oder Genossenschaftsrecht vorgeschlagen, weil sie zwar profitabel wirtschaften müssen, aber nicht dem Renditezwang börsennotierter Unternehmen unterliegen. Was freilich auch für den Großteil der Klein- und Mittelunternehmen zutrifft.



Gewinn für alle!
Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft.
Hrsg. v. Kariny Gellenbeck.
Frankfurt/M.: Westend, 2012.
252 S.

Wir steigern das Bruttosozialglück

Schlagwörter

Umweltkrisen, Wirtschaftskrisen, Alternativen, Energiewende, Ernährungswende, Mobilitätswende, Ethisches Geld, PionierInnen

Katalysatoren einer **ökologisch-kulturellen Wende** sind Projekte, in denen dieser Wandel erprobt wird und die der Politik und Mainstream-Wirtschaft zeigen, dass andere Wege denk- und machbar sind. Diese bieten zugleich Menschen die Chance, aktiv an der Zukunftsgestaltung mitwirken zu können. Denn in einer immer komplexer und schneller werdenden Welt steigt das Gefühl, dem Geschehen hilflos ausgesetzt zu sein und selber nichts tun zu können. Beispiele eines anderen Wirtschaftens und Lebens, die helfen neue Zukunftsperspektiven zu erschließen, schildern mittlerweile zahlreiche Bände. Einer soll hier exemplarisch für ein Wirtschaften mit einem anderen Verständnis von Wachstum vorgestellt werden.

Annette Jensen hat acht Jahre lang bei der „taz“ gearbeitet und dort das Ressort **Wirtschaft und Umwelt** mitbegründet. Seit 1998 ist sie als freie Journalistin für zahlreiche Medien tätig und weiß als „Nachhaltigkeits-expertin“ Bescheid, was derzeit so alles schief läuft. In ihrem Buch *„Wir steigern das Bruttosozialglück“* hält Jensen damit nicht hinter dem Berg und beschreibt etwa die **Macht der großen Energiekonzerne**, die an veralteten Lösungsstrategien festhalten, oder die nach wie vor dominanten **Mobilitätsstrukturen**, die durch tägliche Staus und Transportlawinen die Lebensqualität der öffentlichen Räume zerstören und überdies dem Klima einheizen. Sie kritisiert die globalisierte **industrielle Nahrungsmittelproduktion**, die Naturzerstörung ebenso in Kauf nimmt wie Tierleid und obendrein nicht in der Lage ist, den Hunger in der Welt zu vertreiben, oder das **Versagen eines Finanzsystems**, das immer mehr zum Casino für waghalsige Spekulanten verkommen ist. Jensen trägt zusammen, was wir insgeheim wissen und doch immer wieder verdrängen. Dass sie diese Fehlentwicklungen nicht verschweigt, aber – und darauf verweist ja der Buchtitel – diesen ganz konkrete Beispiele eines anderen Wirtschaftens und Lebens entgegensetzt, macht ihre Reportagen so wertvoll.

In **fünf Kapiteln** porträtiert die Journalistin solche **Neuansätze**; überschrieben sind sie mit „Energie – David gegen Goliath“ (in Anspielung an das Beharrungsvermögen dezentraler Energieprojekte, die Wind, Wasser, Biomasse und Sonne nutzen, gegen die großen Konzerne), „Verkehr – Weitsichtige auf kurzen Wegen“ „Produktion – der Ursprung der Alltagsgegenstände“, „Landwirtschaft – Anders ackern“ sowie „Banken – das Geld im Dorf lassen.“ Dargestellt werden mittlerweile bekannte und auch weniger



Jensen, Annette:
Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben.
Freiburg: Herder, 2011.
238 S.

bekannte Initiativen wie Autofreies Wohnen, Kommunen, die sich dem „shared space“-Prinzip verschrieben und Verkehrsschilder aus dem Ort verbannt haben, oder Regiogeld-Bewegungen.

Als exzellente Autorin beschreibt Jensen insbesondere Menschen, **PionierInnen**, die sich zwar nicht die Rettung der Welt auf die Fahnen geschrieben haben und – so wirken zumindest die Reportagen – niemanden bekehren wollen, die aber in der selbst gewählten neuen Gemeinschaft von Ähnlich- oder Gleichgesinnten aus dem Trott aussteigen und etwas Neues erproben. Dabei können durchaus unterschiedliche Pfade eingeschlagen werden. So werden im **Bereich Nahrung** etwa selbstorganisierte Erzeuger-VerbraucherInnen-Initiativen beschrieben wie die in Bayern ansässige Tagwerk-Genossenschaft, die mittlerweile 500 Abnehmer und 100 Erzeuger vernetzt, oder die Regionalwert AG im Raum Freiburg, in der ein Demeter-Vertriebssystem auf Basis einer Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von mittlerweile 1,7 Mio. Euro.

Daneben stehen Experimente wie der 101 Hektar große Buschberg-Hof in Fuhlenhagen nahe Hamburg, für den AbnehmerInnen gestaffelt nach ihrem Einkommen (Selbsteinschätzung) jährlich einen bestimmten Betrag einzahlen und dann das ganze Jahr über mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt werden. Mit „Rein in die Kartoffeln, raus aus dem Kapitalismus“ ist ein Projekt umschrieben, in dem auf dem Karlshof rund 80 Kilometer nördlich von Berlin Kartoffeln für Wohngemeinschaften und eine „Volxküche“ zum „Nulltarif“ angebaut werden. JedeR gibt als Gegengabe, was machbar ist. Selbstverständlich fehlen auch die neuen Bewegungen des Stadtgärtnerns – als Urban- oder Guerilla-Gardening bekannt – nicht.

Dargestellt werden mittlerweile bekannte und auch weniger bekannte Initiativen wie Autofreies Wohnen, Kommunen, die sich dem „shared space“-Prinzip verschrieben und Verkehrsschilder aus dem Ort verbannt haben, oder Regiogeld-Bewegungen.

Projekte des Wandels werden auch in dem von der Stiftung FUTUR ZWEI herausgegebenen Zukunfts-Almanach beschrieben. Die aktuelle Ausgabe stammt aus 2015/2016 (Frankfurt: Fischer-Verlag, 2015)

Welt mit Zukunft

Schlagwörter

Umwelt- und Armutskrisen, Verschuldung, Ökosoziale Marktwirtschaft, Global Marshall Plan, Weltwirtschaftswachstum, Wohlstandsmehrung

Die Mehrzahl der KritikerInnen des Wachstumspfades konstatiert, dass in den Ländern nachholender Entwicklung durchaus Wirtschaftswachstum sinnvoll ist, auch wenn darüber zu diskutieren sei, wie dieses Wachstum aussehen soll. Franz Josef Radermacher als Vertreter der **Global-Marshall-Plan-Initiative** und mit Josef Riegler Verfechter einer **globalen ökosozialen Marktwirtschaft** geht davon aus, dass in den Ländern des Südens Wachstumsimpulse des Vielfachen von bisher nötig sein werden, um Hunger und Armut zu überwinden. Er meint aber auch – das unterscheidet ihn von anderen –, dass bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch weitere beträchtliche Wachstumsmargen in den hoch hochentwickelten Volkswirtschaften möglich seien. Dargelegt hat er dies in dem gemeinsam mit dem Journalisten *Bert Beyer* verfassten Buch „*Welt mit Zukunft*“ (2009/2011).

Das Konzept einer globalen ökosozialen Marktwirtschaft, das Radermacher gemeinsam mit Josef Riegler und Hubert Weiger auch in dem Band „*Ökosoziale Marktwirtschaft*“ (2011) skizziert, geht von einem **globalen Deal** aus. Die Entwicklungsländer verpflichten sich zur Einhaltung ökologischer und sozialer Standards und erhalten als Gegenleistung Anschubfinanzierungen zum Aufbau von Strukturen, die der Überwindung von Hunger und Armut dienen. Gedacht wird an Investitionen in modernes Watermanagement, Bildungsprogramme, Solarenergie-Projekte u. ä. m. Die Mittel hierfür sollen aus **weltweiten CO₂-Steuern, Abgaben auf Rüstungsgeschäfte** oder generell aus einer **Welthandelsabgabe** lukriert werden. Der Global-Marshall-Plan würde in Anlehnung an sein historisches Vorbild – den Marshallplan für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – die Abhängigkeit der Südländer von Kreditfinanzierungen verringern und zugleich die gegenwärtige Entwicklungshilfe um ein Vielfaches übersteigen. Die Kooperation soll mit Regierungen, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen erfolgen. Gelingt dieser globale Ausgleich nicht, so drohe eine „**Brasilianisierung der Welt**“. Die globale Ungleichheit würde weiter zunehmen, einer kleinen reichen Oberschicht in den Ländern des Südens würde die breite Masse der Verarmten gegenüberstehen. Zudem würden Verarmungstendenzen auch in die Wohlstandsländer zurückkehren. Hinsichtlich der ökologischen Grenzen des Planeten befürchtet Radermacher eine Abschottung der Wohlhabenden, die sich den Zugriff auf die Restressourcen militärisch sichern würden.



Radermacher, Franz Josef;
Beyers, Bert:
Welt mit Zukunft. Die
ökosoziale Perspektive.
Hamburg: Murmann,
2009/2011.



Radermacher, Franz Josef;
Riegler, Josef; Weiger, Hubert:
Ökosoziale Marktwirtschaft.
Historie, Programm und Per-
spektive eines zukunfts-
fähigen globalen Wirtschafts-
systems.
München: oekom, 2011.
157 S.

In der erweiterten Neuauflage 2011 gehen die Autoren auch ausführlich auf die **Finanzkrise** sowie die ihr folgende **Verschuldung** der Staaten ein. Was passiert, wenn, wie bei der „Reise nach Jerusalem“, die Musik plötzlich aussetzt und der Kampf um die freien Stühle beginnt? So fragen die beiden im Hinblick auf die gigantischen, nicht gedeckten Geldansprüche im internationalen Finanzsystem, deren Umfang dem 50-fachen der Zentralbankgeldmenge entspricht. Als Ausweg ist für Radermacher und Beyers eine **weltweite Vermögensabgabe** denkbar: „Wohl wissend, dass durch eine kollabierende staatliche Ordnung auch privater Besitz gefährdet ist, werden diejenigen, die etwas besitzen, und damit insbesondere die, denen die Staaten etwas schulden, Vermögen auf den Staat übertragen.“ (S. 182) Praktisch würde das so aussehen, dass 10 bis 15 Prozent des Vermögens (Positivsaldo) an den Staat übergehen würden, um seine Entschuldung zu finanzieren. Das Problem sei nicht, dass wir bei zukünftigen Generationen verschuldet sind, sondern „dass wir alle kollektiv, über unsere Staaten, bei sehr wenigen Akteuren hohe Schulden haben“ (S. 183). Um den gesellschaftlichen Frieden zu erhalten, müssten sich die Staaten und die Vermögensbesitzer (auch Staatsfonds) einigen. Noch dazu, da viele der Vermögen ohnedies durch Steuerhinterziehung entstanden seien.

Wirtschaftswachstumserwartungen sind hinterfragbar

Das Konzept der Global-Marshall-Plan-Initiative wirkt überzeugend; wie andere Globalkonzepte bleibt freilich die **Frage nach den Akteuren**, die dieses umsetzen (wollen). Ähnlich dem Ende 2015 vereinbarten weltweiten Klimavertrag sollte eine Art **globaler Gesellschaftsvertrag** abgeschlossen werden. Hinterfragt wird auch der Wachstumsoptimismus in Bezug auf die Wohlstandsländer, auch wenn Radermacher hier von qualitativen bzw. immateriellen Wachstum, etwa durch Ausgaben für Bildung, Kultur usw. spricht. Die Autoren sprechen von einem **„doppelten Faktor 10“**, der davon ausgeht, dass in 70 Jahren die sich heute entwickelnden Länder etwa 34 Mal so reich sein können wie heute und die heute bereits Reichen ihren Wohlstand nochmals vervierfachen („Zukunftsformel: $10 > 4:34$ “, entspricht der **zehnfachen Weltwirtschaftsleistung** bei einer Erhöhung der Ökoeffizienz ebenfalls um den Faktor 10; S. 106ff in *Ökosoziale Marktwirtschaft*).

Eine weitere **Vervierfachung des Wohlstands der wohlhabenden Länder** erscheint, auch wenn ein qualitatives Wachstum unterstellt wird („Wachstum aus Intelligenz und Kooperation“, S. 108), weder machbar noch sinnvoll, um Lebensqualität zu erreichen bzw. zu erhalten. Dass in Analogie zur „Reifung biologischer Systeme“ der Übergang zu „Kreislaufwirtschaften“, „Informationswachstum“ sowie „Kooperation und Symbiose“ angestrebt wird, ist durchaus nachvollziehbar. Dass aber ein Ende des Wirt-

schaftswachstums in reichen Gesellschaften kein „Programm des Zurück“ sein muss und auch keine Ablehnung zukünftiger Innovationen darstellt, zeigen mittlerweile international anerkannte in diesem Dossier dokumentierte Studien.

Sklaven des Wachstums. Geschichte einer Befreiung

Schlagwörter

Wachstumsgrenzen, Demografische Verschiebungen,
Macht des Faktischen, Übergang zu Postwachstum Aufsteignationen,
Demografische Dividende, Ressourcenkriege

Wer steuert nun wen? *Reiner Klingholz*, Leiter des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, findet in „*Sklaven des Wachstums*“ (2014) dazu eine ernüchternde Antwort: Nicht Appelle an Politik, Unternehmen oder BürgerInnen, nein, allein die **Kraft neuer Fakten** wird zur Umsteuerung führen. Seine zentrale These: „Die Menschheit wird sich mit Sicherheit fortentwickeln. Aber sie hat die Kontrolle darüber verloren. Wie es weitergeht, wird künftig immer weniger von unseren eigenen Vorstellungen abhängen, sondern immer stärker von normativen Einflüssen – von Entwicklungen, die wir nicht selbst steuern, sondern die uns steuern.“ (S. 106).

Limitierende Fakten sieht Klingholz – wie andere ja auch – in der Begrenzung der Rohstoffe, den volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels, der Degradation der Böden und der Wasservorräte sowie in den demografischen Verschiebungen. Die erzwungenen Transformationsprozesse werden die Länder unterschiedlich treffen – aber ihnen entkommen wird niemand.

Für die reichen Staaten prognostiziert Klingholz ein **Ende des Wirtschaftswachstums** – schrumpfende und alternde Bevölkerungen seien ein Grund dafür, Sättigungstendenzen und ökologische Kosten ein anderer: „Wir stehen bereits mit einem Bein im Postwachstum, ohne es geplant zu haben. Auch wenn manche ökologisch denkenden Menschen ein Ende des Wachstums herbeisehnen: Dass es nun kommen wird, hat nichts mit Einsicht zu tun. Es ist die Macht des Faktischen, die das Ende des Wachstums einleitet.“ (S. 107) Und weil uns darauf bisher vorerst „nur weiteres Wachstum“ einfalle, steuern wir auf eine „**gescheiterte Wachstumswirtschaft**“ zu.

Die **Schwellenländer** („Aufsteignationen“) werden laut Klingholz weiter aufholen, dem Wohlstandsmodell der Industrienationen folgen und damit den Ressourcenverbrauch weiter anheizen. Auch einigen afrikanischen Ländern traut der Autor wirtschaftliche Entwicklungssprünge zu; so würden die Mittelschichten in afrikanischen Städten bald an den Wohlstand der Wohlhabenden heranreichen und die Geburtenraten sich an jene der Europäer angleichen.

Düsteres sagt Klingholz all jenen Staaten voraus, die es nicht schaffen, den Massen im arbeitsfähigen Alter Arbeit und Einkommen zu verschaffen



Klingholz, Reiner:
Sklaven des Wachstums. Die
Geschichte einer Befreiung.
Frankfurt: Campus, 2014.
348 S.

„Auch wenn manche ökologisch denkenden Menschen ein Ende des Wachstums herbeisehnen: Dass es nun kommen wird, hat nichts mit Einsicht zu tun. Es ist die Macht des Faktischen, die das Ende des Wachstums einleitet.“

Klingholz, S. 107

und damit Wirtschaftswachstum anzustoßen – in der Sprache des Bevölkerungsexperten: den „demografischen Bonus“ in eine „demografische Dividende“ (S. 223) zu verwandeln. Nigeria zählt für den Autor dazu, ein Land, in dem 90 Prozent der Erdöleinkommen in die Taschen der Eliten wandern. Da Nigeria ein gigantisches Bevölkerungswachstum aufweist und 2050 nach Indien und China das Land mit der drittgrößten Bevölkerung der Welt sein wird, zugleich eine Spaltung in einen christlichen und einen muslimischen Teil vorliegt, befürchtet Klingholz weitere Kriege in dieser Region.

Optionen für die Zukunft

China wird – so der Autor – mit massiven Umweltproblemen zu kämpfen haben und sich auch auf die Alterung seiner Bevölkerung einstellen müssen; doch die ökonomische Potenz werde es dem Land ermöglichen, die Herausforderungen zu meistern. Als warnendes Beispiel für eine erstarrende „Gerontokratie“ führt Klingholz Japan an, dessen Regierungen immer kürzer im Amt blieben und allesamt an den notwendigen demografisch gebotenen Reformen scheiterten. Für Europa insgesamt und Deutschland im Speziellen ist der Autor optimistisch, dass die Anpassungen ohne Schaden für die Demokratie gelingen können.

Die Grenzen des Wachstums seien auf unserem begrenzten Planeten offensichtlich, so die zentrale Botschaft des Autors: „Wir sollten daher das **Abklingen des Wachstums** in den reichen Ländern begrüßen und das notwendige Wachstum in den armen Ländern so ´schadenarm´ wie möglich gestalten“ (S. 295).

Richtig diagnostiziert, kann man da nur sagen, bleibt die Frage nach dem entsprechenden Handeln. Doch vielleicht glauben die Eliten in Wirtschaft und Politik einem mit nüchternen Zahlen argumentierenden Experten wie Klingholz mehr als den warnenden Ökologen und Naturschützerinnen? Der Optimismus von Klingholz gegen die „Hardcore-Marktwirtschaftler“ (S. 310) speist sich – da kehren wir an den Anfang zurück – aus der noch zu wenig spürbaren, aber kommenden **Notwendigkeit für Veränderungen**.

Neue nicht allein auf Rendite fixierte Unternehmensformen oder eine grundsätzliche Reform des Finanzwesens (auch Klingholz plädiert für eine „Vollgeldreform“) würden heute noch keine Chance auf Realisierung haben, sie seien aber „eine Option für die Zeit nach den nächsten Krisen“ (S. 309). Auch verbindliche Klimaziele hätten heute noch keine Chance, aber „irgendwann, wenn die Klimafolgen überhandnehmen und in der Mehrheit der Staaten Schmerzen verursachen, werden solche Vereinbarungen kommen“ (S. 311). Wollen wir es hoffen, damit die Menschheitsentwicklung in der Tat zu einer „Geschichte der Befreiung“ wird!

„Wir sollten daher das Abklingen des Wachstums in den reichen Ländern begrüßen und das notwendige Wachstum in den armen Ländern so ´schadenarm´ wie möglich gestalten“.
Klingholz, S. 295

Der große Verbrauch

Schlagwörter

Globale Konsumentenklasse, Globalisierung, Ressourcenverbrauch, Grundbedürfnisorientierung, Staatliche Steuerung, Asien

Harte Fakten über die derzeit stattfindende Verschiebung der Koordinaten in der Weltwirtschaft durch den „Aufbruch Asiens“ schildert der indische Ökonom und Ökologe *Chandran Nair*. Er legt seinen Mitmenschen im asiatischen Raum nahe, dass aus Ressourcensicht eine simple Übertragung des **westlichen Wohlstandsmodells** auf Asien unmöglich sei. Er zeigt aber auch, dass dieses nicht geeignet ist, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, und verweist auf folgenden Widerspruch: „Heutzutage besitzen mehr als 2,2 Milliarden Menschen in Asien ein Mobiltelefon. Zugang zu frischem, unverseuchtem Trinkwasser haben weit weniger.“ (S. 18)

Gewinner der Modernisierung nach westlichem Muster sei nur eine Oberschicht sowie Weltkonzerne: „Wir leben in einer Welt, die von einem Wirtschaftssystem geprägt ist, in dem jene belohnt werden, die Wachstum für eine kleine Gruppe hauptsächlich westlicher Institutionen schafft.“ (S. 19) Beispiel Mobilität: Alle großen Autokonzerne hätten mittlerweile Niederlassungen im „Reich der Mitte“. Während China 1990 nur ein paar Hunderttausend Autos produzierte, hat sich die aufstrebende Wirtschaftsmacht 2009 als weltweit größter Automarkt etabliert. Etwa dreizehn Millionen Autos wurden 2009 in China verkauft. Laut US-Energiebehörde werden in den späten 2020er-Jahren in China ebenso viele Autos unterwegs sein wie in den USA, etwa 330 Millionen. Schätzungen gehen davon aus, dass es Mitte des Jahrhunderts zwischen 470 und 660 Millionen sein werden, so Zahlen des Autors. Nair verweist auf den enormen Erdölverbrauch aufgrund dieser Entwicklung: „2005 verbrauchte Chinas Fuhrpark 109 Millionen Tonnen Erdöl. 2050 werden es sechs- bis zehnmal so viel sein.“ (S. 55)

„Der große Verbrauch“ in Asien werde zu einer rapiden **Verknappung aller wichtigen Rohstoffe**, insbesondere des Erdöls führen, aber auch die Zerstörung der natürlichen Grundlagen der Erde für die Versorgung mit Nahrungsmitteln dramatisch verschärfen. Fehlende fruchtbare Böden, versiegende Wasserquellen – Chandran Nair spricht von **einer „Wasserblasen-Ökonomie“** – sowie nicht mehr leistbare Grundnahrungsmittel treiben immer mehr Menschen in den Hunger – neue Revolten sind vorprogrammiert.



Nair, Chandran:
Der große Verbrauch.
Warum das Überleben
unseres Planeten von den
Wirtschaftsmächten
Asiens abhängt.
München: Riemann, 2011.
255 S.

Der Autor fordert **lenkende Eingriffe**, die aus seiner Sicht nur von der Politik, also den Regierenden kommen können. Er entwickelt ein neues Bild vom „asiatischen Staat“, der dem sich global ausbreitenden „Konsumkapitalismus“ Grenzen setzt.

Insbesondere gehe es um drei Dinge: **1. Fiskalmaßnahmen** zur Reduktion von Emissionen und Ressourcenverbrauch, zur Förderung von Recycling und „wertschöpfender Arbeit“, **2. Steuerung von Landnutzung** durch Förderung ökologischer Anbaumethoden und wassersparenden Wirtschaftens, **3. Steuerung von sozialen Ressourcen** durch Schaffung einer „urbanen bzw. ländlichen Umgebung, in der die Menschen gedeihen und nachhaltig leben können“ (S. 154).

Eine „**ressourcenorientierte Gesellschaft**“ müsse sich vor allem auf eins einstellen, so Nair [was freilich nicht weniger für den konsumträchtigen Westen gilt]: „Die Umwelt, in der wir leben, und die Ressourcen, die sie zur Verfügung stellt, haben ihren Preis. Die große Umwälzung wird also sein, dass Dinge, die wir lange für nichts oder fast nichts bekommen haben, plötzlich einen Wert erhalten.“ (S. 170). Der Autor setzt dabei auf neue ökonomische Anreize, die zu neuen Technologien führen werden. Und er bekennt auch, dass sich das Bild des Wohlstandes ändern werde, weg vom Güterkonsum hin zu Dienstleistungen, oder auf den Punkt gebracht „statt Autorennen wieder mehr Tanzveranstaltungen“ (S. 171).

Chandran Nair beschreibt **Maßnahmen für Asien**, die bei uns bereits lange diskutiert werden, wenn auch bisher wenig davon umgesetzt wurde. Er macht aber anhand vieler Bereiche deutlich, wie sich die ökologische Frage durch die Veränderungen in Asien zuspitzen wird. Deutlich wird, dass die Eliten in den aufstrebenden asiatischen Ländern dies erst allmählich begreifen. Umso wichtiger ist dieses Buch, geschrieben von einem Bewohner des Kontinents selbst, was dessen Wirkung hoffentlich erhöht.

„Wir leben in einer Welt, die von einem Wirtschaftssystem geprägt ist, in dem jene belohnt werden, die Wachstum für eine kleine Gruppe hauptsächlich westlicher Institutionen schafft.“

Nair, S. 19

„Die Umwelt, in der wir leben, und die Ressourcen, die sie zur Verfügung stellt, haben ihren Preis. Die große Umwälzung wird also sein, dass Dinge, die wir lange für nichts oder fast nichts bekommen haben, plötzlich einen Wert erhalten.“

Nair S. 170

Kritik der Grünen Ökonomie

Schlagwörter

Hunger, Armut, Fossilwirtschaft, Industrielle Landwirtschaft, Ökosysteme, Grüne Ökonomie, Innovation, Care Economy, Entwicklung

Die **Überwindung von Hunger und Armut** sowie der **Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen** sind auch das zentrale Anliegen von *Thomas Fatheuer, Lili Fuhr* und *Barbara Unmüßig* von der Heinrich-Böll-Stiftung. In ihrer „*Kritik der Grünen Ökonomie*“ (2015) bezweifeln sie jedoch, dass diese Ziele mit den gegenwärtigen Programmen erreicht werden können. Sie kritisieren die – trotz globalem Klimavertrag – nach wie vor auf die **Fossilwirtschaft** ausgerichteten Wirtschafts- und Subventionsstrukturen, die Fortführung der **agroindustriellen Landwirtschaft** sowie den Umstieg auf „**grünen**“ **Biotreibstoff** als ein Beispiel, wie eine vermeintliche Ökomaßnahme zur Ausweitung des Hungers beiträgt. Ein Fazit der Autoren: „Bei den Strategien der Landnutzung steht in der Regel nicht die Ernährungssicherheit für die Armen und Hungernden der Welt im Vordergrund, sondern die Frage, wie die wachsenden Konsumansprüche der neuen globalen Mittelschicht bedient werden können.“ (S. 111)

Zweifel hegen die AutorInnen auch am Postulat der „Grünen Ökonomie“, dass mit **Innovation und Wachstum** alle Probleme zu lösen seien. Da nur eine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch Sinn mache (nur so gehe der Umweltverbrauch zurück), werde Nachhaltigkeit nur mit einer Konsumrücknahme der Wohlstandsschicht machbar sein. „**Effizienter, anders, weniger**“ – wird als neuer Dreiklang propagiert.

Der Band zeigt zudem die **Fallen der Effizienzstrategie**, die bisher nachweislich zu mehr Konsum geführt habe (Reboundeffekte), sowie der Technophantasien des Geoingeniering (Carbon Capture and Storage) auf, die auch von anderen AutorInnen kritisiert werden. In der **Überantwortung von Umweltfragen an die Technik sowie an Marktmechanismen** (CO₂-Handel) sehen die AutorInnen die Gefahr der Aushebelung politischer Rahmensetzungen. Zudem würden alle nichtmarktlichen Aspekte des Wirtschaftens wie „**Care-Economy**“ ausgeblendet. Die geäußerte Befürchtung: „Werden Emissionsmärkte und andere marktbasierende ökonomische Mechanismen die zentralen Schaltstellen der Umwelt- und Klimapolitik, dann besteht die Gefahr, durch Herrschaftsinteressen geprägte Wachstumsmodelle nur noch ökologisch zu begleiten.“ (S. 162)

Die VerfasserInnen wollen ihr Buch als **Einladung zur Debatte** verstanden wissen. Ihr Urteil über die „Grüne Ökonomie“, unter der hier nicht Dinge



Fatheuer, Thomas; Fuhr, Lili; Unmüßig, Barbara: *Kritik der Grünen Ökonomie*. München: oekom, 2015. 192 S.

Die VerfasserInnen wollen ihr Buch als **Einladung zur Debatte** über die Fallstricke der „Grünen Ökonomie“ verstanden wissen.

wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder von erneuerbaren Energieträgern gemeint sind, sondern die zunehmende Überantwortung des Nachhaltigkeitsthemas an die Unternehmen und ihre Verbände, ist freilich hart: „Sie will das offensichtliche Versagen der bisherigen Ökonomie mit den alten Mitteln in neuen Feldern bekämpfen: nämlich der Inwertsetzung der Natur und anderer Lebensbereiche.“ (S. 15)

Gerolf Hanke und Benjamin Best vom Wuppertal-Institut legen in „*Die Energiewende aus wachstumskritischer Sicht*“ (2013) mögliche Folgen des alleinigen Setzens auf neue Technologien dar. [Download](#)

Menschenrechte und Ungleichheit

Schlagwörter

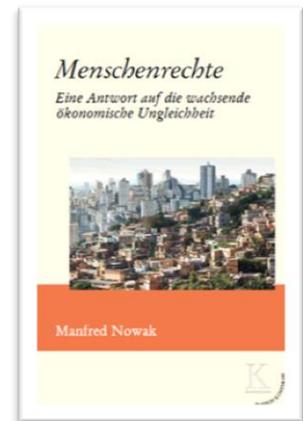
Menschenrechte, Ungleichheit, Hunger, Armut, Umverteilung, Sustainable Development Goals, Nachhaltigkeit

Manfred Nowak ist Professor für Internationales Recht und Menschenrechte an der Universität Wien, wo er auch ein interdisziplinäres Forschungszentrum Menschenrechte und den Vienna Master of Arts in Human Rights leitet. Er ist Gründer und Co-Direktor des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte und Autor einer Vielzahl von Büchern.

Als international anerkannter Menschenrechtsexperte berät Manfred Nowak Regierungen, Unternehmen, nichtstaatliche und internationale Organisationen in Fragen der Menschenrechte. Unter anderem war er UNO-Sonderberichterstatter über Folter und Berater der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte.

In dem Buch „*Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit*“ (2015) zeigt Nowak auf, dass die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich die Umsetzung elementarer Menschenrechte verhindert. Zugleich setzt er darauf, dass die **Verwirklichung der Menschenrechte** ein zwingendes Argument für eine Abwendung der gegenwärtigen Ungleichheit darstellt. Wer also für die Menschenrechte sei, könne sich der Frage einer anderen Verteilung des Reichtums nicht entziehen. Nowak referiert eine **Vielzahl an Studien** von Wissenschaftlern wie Thomas Piketty („*Das Kapital im 21. Jahrhundert*“, 2014) oder Anthony Atkinson („*Inequality – What can be done?*“, 2015), sowie von internationalen Organisationen wie der OECD oder der Europäischen Zentralbank, die die **zunehmende Ungleichheit** in der Welt belegen. Er berichtet über Anstrengungen etwa der UNDP, Ungleichheit besser sichtbar zu machen. So wurde der Human Development Index entsprechend angepasst, um aussagekräftigere Daten zu erhalten. Die Euphorie über den Erfolg der Millennium Development Goals (MDGs) teilt der Experte nicht und belegt dies mit gegenteiligen Fakten.

Was ist zu tun? Nowak vertritt die These, dass der Westen nach dem Ende des Kalten Kriegs eine **historische Chance** verpasst hat, die Globalisierung in Richtung einer Verwirklichung universeller Menschenrechte zu lenken. Die Krisen und globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind für ihn zu einem beträchtlichen Teil Folge dieser verfehlten Politik.



Nowak, Manfred:
Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit.
Wien: Konturen, 2015.
176 S.

Wer für die Menschenrechte sei, könne sich der Frage einer anderen Verteilung des Reichtums nicht entziehen, argumentiert Manfred Nowak

„Seine Schutzpflicht verletzt ein Staat, wenn er die Menschen nicht ausreichend gegen Verletzungen durch private Machtträger wie transnationale Konzerne schützt.“
Nowak, S. 160

Krisen seien allerdings immer auch eine Chance, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Die universell anerkannten Menschenrechte weisen für Nowak einen Weg aus diesen Krisen. Dazu müssten die entsprechenden **globalen politischen Strukturen** geschaffen werden, damit die Politik wieder die Oberhoheit über die entfesselten Kräfte der globalen Märkte zurückgewinnen und den universellen Menschenrechten zum Durchbruch verhelfen könne. Nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen müssten, so Nowak, völkerrechtlich verbindlichen Auflagen unterworfen werden. Denn: „Seine Schutzpflicht verletzt ein Staat, wenn er die Menschen nicht ausreichend gegen Verletzungen durch private Machttäger wie transnationale Konzerne schützt.“ (S. 160) Neue Ressourcen seien zu erschließen – Nowak folgt hier dem Vorschlag **globaler Vermögenssteuern** durch Atkinson, Piketty u.a., damit Staaten ihre Schutzpflichten gewährleisten können: „Aus menschenrechtlicher Sicht sind Staaten mit einer Einkommens- und Vermögensungleichheit, die mit jener vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs vergleichbar ist“, so Nowak weiter, „sogar dazu verpflichtet, konkrete Maßnahmen zur Verringerung dieser Ungleichheit zu setzen.“ (S. 167f). Notwendig sei aber auch ein grundsätzliches Infragestellen unserer „derzeitigen Lebensweise und unserer globalen Wirtschaftsordnung“ (S. 169), folgert Nowak ähnlich wie Papst Benedikt in seiner aktuellen Enzyklika „Laudato si“ (2015). Der Menschenrechtsexperte hebt in diesem Zusammenhang die neuen Sustainable Development Goals (SDGs), die Ende 2015 von der Staatengemeinschaft verabschiedet wurden, in denen sich Ziel 10 ausschließlich dem Zweck widmet, „die Ungleichheit innerhalb und zwischen den Staaten zu reduzieren“ (S. 156)

„Aus menschenrechtlicher Sicht sind Staaten mit einer Einkommens- und Vermögensungleichheit, die mit jener vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs vergleichbar ist, sogar dazu verpflichtet, konkrete Maßnahmen zur Verringerung dieser Ungleichheit zu setzen.“
Nowak, S. 167f

Nachhaltige Entwicklungsziele

Schlagwörter

Menschenrechte, Ungleichheit, Hunger, Armut, Umverteilung, Sustainable Development Goals, Nachhaltigkeit

Die Dezember-Ausgabe 2015 der „Politischen Ökologie“ ist speziell den *Sustainable Development Goals* (SDGs). Einer Auflistung der Ziele inklusive der dazugehörigen „Realität 2015“ folgen Einschätzungen der SDGs durch unterschiedliche ExpertInnen. *Dirk Messner* und *Imme Scholz* begrüßen die SDGs als Fortschritt, einen Mangel sehen sie jedoch darin, dass das „**Wachstumsmantra**“ die Agenda durchziehe. So fordere Ziel 8 „dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum“, was unter den Tisch fallen lasse, dass Wirtschaftswachstum per se inklusiv und nachhaltig sein müsse. *Julia Kercher* vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik sieht in den neuen Nachhaltigkeitszielen einen für UNO-Verhältnisse sehr innovativen Prozess. Aus den Fehlern der MDGs sei insofern gelernt worden, dass die neuen Ziele differenzierter und auch bessere Anforderungen in Bezug auf die Umsetzung durch die Nationalstaaten gegeben seien.

Thomas Pogge, Gründungsdirektor des Programms für globale Gerechtigkeit an der Yale University, begrüßt, dass anders als in früheren Deklarationen diesmal das Thema „Ungleichheit“ zwar benannt werde, kritisiert aber die **laue Zielsetzung**. Die Ungleichheit solle „bis 2030 angefangen haben, sich nachhaltig zu verringern“, was nichts anderes bedeute, dass diese bis 2029 weiter wachsen könne. Auch Pogge kritisiert die Wachstumsorientierung: „Würde man das Vermögen der unteren Hälfte [der Menschheit] auf 1,5 oder 2 Prozent aufstocken, hätte man für die Armen so viel erreicht wie mit 30 Jahren Wachstum, und das, ohne die planetarischen Grenzen weiter zu überschreiten.“ (S. 38) Pogge verurteilt weiters, dass die **internationalen Wirtschaftsregeln** noch immer im Interesse der Wohlhabenden gestaltet sind, was etwa das Beispiel „geistige Eigentumsrechte“ und „Generika“ zeige. Wie Nowak meint Pogge, dass es keiner Revolution oder Gewalt bedürfe, um die notwendigen Veränderungen herbeizuführen, sondern schlichtweg der „konsequenten Berücksichtigung der Menschenrechte bei der Gestaltung der internationalen Spielregeln“ (S. 40).

In weiteren Beiträgen werden Aspekte der **Nahrungssicherheit** (die UNEP geht davon aus, dass eine weltweite Umstellung auf ökologische Landwirtschaft lediglich 198 Milliarden Dollar pro Jahr bis 2050 brauchen



Nachhaltige Entwicklungsziele. Agenda für eine bessere Welt? Politische Ökologie, München: oekom, Dezember 2015. 145 S.

„Würde man das Vermögen der unteren Hälfte [der Menschheit] auf 1,5 oder 2 Prozent aufstocken, hätte man für die Armen so viel erreicht wie mit 30 Jahren Wachstum, und das, ohne die planetarischen Grenzen weiter zu überschreiten.“
Pogge, S. 38

„Die UNEP geht davon aus, dass eine weltweite Umstellung auf ökologische Landwirtschaft lediglich 198 Milliarden Dollar pro Jahr bis 2050 brauchen würde, was weniger als 0,2 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts entspricht.“
Politische Ökologie

würde, was weniger als 0,2 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts entspricht), die **Rolle von Unternehmen** (sie würden in den SDGs zu wenig in die Pflicht genommen) oder der Zusammenhang von **Frieden** und **nachhaltiger Entwicklung** thematisiert. Als Friedensbausteine benennt *Marc Baxmann* von der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung eine viel restriktivere Rüstungsexportpolitik, die Bekämpfung illegaler Finanzströme und die Rückführung gestohlener Vermögenswerte, die Stärkung von Haftungs- und Sorgfaltspflichten entlang der Wertschöpfungsketten, eine menschenrechtskonforme Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie eine nachhaltige Ernährungs- und Energiepolitik.

Einschätzung: Die Trickle down-Theorie, also die Hoffnung, dass durch Wachstum bei den Wohlhabenden letztlich auch für die Ärmeren etwas abfalle, ist durch zahlreiche Studien widerlegt. Gefordert ist ein alternatives Entwicklungskonzept, das die Befriedigung der Grundbedürfnisse in den Mittelpunkt stellt, wie dies etwa Chandran Nair vorschlägt. Die Welt lässt sich nur mehr bedingt in reiche und arme Länder unterteilen, auch wenn es natürlich weiterhin große Unterschiede (etwa hinsichtlich BIP/Kopf) gibt. Die Kluft wird in Zukunft zwischen einer globalen Konsumentenklasse, die – in den Worten von Ulrich Brand – einer „imperialen Lebensweise“ frönt, und jenen zu ziehen sein, die einen Lebens- und Wirtschaftsstil pflegen, der weder andere Menschen noch die Natur ausbeutet.

Überblick über die Debattenstränge zu (Post)-Wachstum

 Staaten mit bereits hohem BIP

 Staaten mit niedrigem BIP

 UB = Umweltbelastung

	Ziel/Vision	VertreterInnen	Perspektive	Ansatz	BIP	UB
Green Economy, neue Technologien, Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum, globaler Einsatz	Ein grüner Umbau der Wirtschaft führt zu nachhaltiger Entwicklung, Entkopplung ist durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum möglich	UNEP, OECD, Fücks, Simonis Kritik: Fatheuer/ Fuhr/ Unmüßig Bedingt: Loske; WIFO, Schulmeister	national und international	politisch	 	 
Weiteres Konsumwachstum in den Wohlstandsländern Aufholende Entwicklung nach westlichem Vorbild	Um die Wirtschaft anzukurbeln, ist ein höheres Konsumwachstum nötig. Flankierend sollen Ökomaßnahmen gesetzt werden.	Mehrheitsvotum „Enquete Kommission“, WIFO, IHS	national	politisch	 	 
Wachstumsschritte primär für die EU-Randstaaten und Länder des Südens	Die reichen EU-Staaten müssen durch europäische Solidarität zu Wachstum in schwachen Volkswirtschaften beitragen; die Sparpakete sind zu beenden.	Flassbeck, Schulmeister, Marterbauer, Sondervotum Enquete-Kommission	EU-weit und international	politisch	 	 
Dienstleistungswachstum in Wohlstandsländern Nachholende Entwicklung in Südländern mit Ökoansatz	Wachstum in den Wohlstandsländern wird nur mehr durch Ausbau der Dienstleistungen erreicht. Neue Steuerbasis der Staaten durch Vermögens- und Ökosteuern.	Reuter, Marterbauer, Sondervotum Enquete-Kommission	EU-weit und international	politisch	 	 
Global Marshall Plan, globale ökosoziale Marktwirtschaft	Durch Globalsteuern finanzierte Entwicklung in den Ländern des Südens im Tausch gegen Sozial- und Ökostandards. Starkes Wachstum in den Südländern, geringeres in den OECD-Ländern.	Radermacher, Riegler, Weiger	international	politisch, zivilgesellschaftlich	 	 

<p>Entwicklung durch Abbau der globalen Ungleichheiten und asymmetrischen Handelsregeln</p>	<p>Entwicklung in den Ländern des Südens ist nur durch einen Abbau der lokalen, nationalen und globalen Ungleichheiten möglich. Die Wohlhabenden müssen leiser treten.</p>	<p>Nowak, Pogge, attac, Sedláček/Tanzer</p>	<p>national bis global</p>	<p>politisch</p>	<p> </p>	<p> </p>
<p>Einhegung der Finanzmärkte, Entschuldung durch Vermögensbremse</p>	<p>Finanzmärkte werden redimensioniert und dienen der Realwirtschaft. Staatsschulden werden durch Vermögensbegrenzung abgebaut.</p>	<p>Flassbeck, Schulmeister, Marterbauer, Dietz, Gahrman, Binswanger</p>	<p>national, EU-weit, global</p>	<p>politisch</p>	<p> </p>	<p>?</p>
<p>Neue Wohlstandsmessung Ist wachstumsneutral, relativiert BIP</p>	<p>Das BIP wird ergänzt bzw. ersetzt durch differenzierte Indikatoren zur Wohlstandsmessung</p>	<p>Enquete-Kommission, Stiglitz-Fitoussi-Kommission, Loske, Ax/Hinterberger</p>	<p>national, international</p>	<p>politisch wissenschaftlich</p>	<p>k. A.</p>	<p>?</p>
<p>Freiwillige Konsumrücknahme, genügsamer Lebensstil, Länder des Südens: alternatives Entwicklungsmodell</p>	<p>Immer mehr Menschen suchen Lebensqualität jenseits des Konsums und beschränken bewusst Konsum ein. Suffizienz ist Thema in den Diskursen.</p>	<p>Paech, Skidelsky, Latouche, Acosta, Rübke, Seidl/ Zahnndt, Schneidewind, Loske, Welzer, Miegel</p>	<p>lokal</p>	<p>zivilgesellschaftlich politisch</p>	<p> </p>	<p> </p>
<p>Frei gewählte Arbeitszeitverkürzung, Dualwirtschaft, Care Economy Länder des Südens: alternatives Entwicklungsmodell</p>	<p>Erwerbsarbeitszeit schrumpft, dafür mehr Eigenarbeit, Engagement in Tauschökonomien</p>	<p>Paech, Skidelsky, Wintersfeld, Biesecker, Bennholdt-Thomsen. Ax/Hinterberger Bedingt: Jackson, Victor</p>	<p>national</p>	<p>zivilgesellschaftlich</p>	<p> </p>	<p> </p>
<p>Postwachstum als neue Normalität in Wohlstandsländern Aufholende Entwicklung in Südländern</p>	<p>Wachstum wird aufhören, nicht weil wir es wünschen, sondern weil es nicht mehr machbar ist.</p>	<p>Jackson, Victor, Klingholz, Ax/Hinterberger</p>	<p>national</p>	<p>wissenschaftlich</p>	<p> </p>	<p> </p>
<p>Lokale Ökonomien in Nord und Süd, Deglobalisierung</p>	<p>Lokale Wirtschaft der Grundgüter tritt in den Vordergrund. Teilweise Entglobalisierung</p>	<p>Latouche, Gahrman, Acosta, Paech, Loske, Ax/Hinterberger</p>	<p>lokal</p>	<p>zivilgesellschaftlich und unternehmerisch</p>	<p> </p>	<p> </p>

<p>Linke Wachstumskritik, Ökosozialismus</p> <p>Tlw. These vom Zusammenbruch des Kapitalismus</p>	<p>Kapitalismus unterliegt Wachstumszwang. Notwendig ist neues Wirtschaftssystem („Öko-Sozialismus“)</p>	<p>Alt Vater, Brand, Exner, College Postwachstumsgesellschaften, Bedingt: attac</p>	<p>OECD-Staaten</p>	<p>wissenschaftlich</p>	 	 
<p>Dritter Weg, Gemeinwohl-Ökonomie, solidarisches Wirtschaften in Nord und Süd</p>	<p>Wirtschaftsmodell zwischen Kapitalismus und Kommunismus; Gemeinwohlbilanzen, Wirtschaftsdemokratie, Begrenzung Eigentum und Börsen, neue Unternehmensformen</p>	<p>Felber, GWÖ-Bewegung, Binswanger, Gahrmann, Gellenböck, Jensen</p>	<p>national</p>	<p>zivilgesellschaftlich und unternehmerisch</p>	 	 
<p>Postwachstumsunternehmen</p>	<p>Unternehmen richten ihre Geschäftsfelder und Strategien auf Wachstumsneutralität aus</p>	<p>Sagebiel u.a. / IÖW; Reichel</p>	<p>lokal, national</p>	<p>unternehmerisch</p>		

Synthese

Der Literaturbericht zeigt, dass es mittlerweile einen **regen Diskurs** über Alternativen zum herkömmlichen Wirtschaftswachstum gibt. Dabei geht es um **ökologische Aspekte** ebenso wie um Fragen nach dem **guten Leben**. Ein Grund für die Zunahme der Debatten liegt wohl darin, dass **geringe Wachstumsraten** zur neuen Normalität geworden sind, neue Anpassungsstrategien daher aufgrund neuer Fakten notwendig sein werden. Die starke Zunahme der **Vermögens- und Einkommenspreizungen** sowie die sich häufenden **Finanzkrisen** durch überhitzte Finanzmärkte haben dazu geführt, dass das Wachstumsdogma auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen hinterfragt wird. Der Ruf nach einer anderen Verteilung des Erwirtschafteten wird lauter – beflügelt von einschlägigen Studien, die zeigen, dass Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit stabiler und sozial ausgeglichener sind (vgl. Richard Wilkinson, Kate Pickett („Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“, 2010).

Die starke **Verschuldung der Staaten**, die zusehends als Moment der Nicht-Nachhaltigkeit erkannt wird, drängt die Regierungen über kurz oder lang dazu, sich offensiver der **Verteilungsfrage** zu stellen. Da das **Arbeitsvolumen** in allen hochentwickelten Volkswirtschaften sinkt, Netto-Arbeitsplätze fast ausschließlich nur mehr über die Zunahme der Teilzeitstellen (als einer Art Arbeitszeitverkürzung) geschaffen werden, erhält auch das Argument der Konjunkturankurbelung durch höhere Kaufkraft für die niedrigen EinkommensbezieherInnen mehr Gewicht. Denn anders als die höheren Einkommenschichten geben diese das Einkommen zum Großteil für Konsumzwecke aus.

In hochproduktiven Volkswirtschaften gewinnt zudem die Einsicht an Bedeutung, dass der Abbau von Arbeitslosigkeit auch **der Verringerung der Arbeitszeiten** bedarf bzw. zumindest der Forcierung neuer Arbeitszeitmodelle, die auf Zeitwohlstand setzen. Noch ist nicht ausgemacht, wie stark die Bewegungen einer Konsumrücknahme im Sinne eines suffizienten Lebensstil sowie eines regionalen Wirtschaftens sein werden. Spürbar sind sie auf alle Fälle gewachsen. Offen ist auch, wie sich die demografischen Verschiebungen auf das Wirtschaftswachstum und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auswirken werden.

In den **Ländern aufholender Entwicklung** wird Wachstum in den nächsten Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielen. Entscheidend wird dabei sein, wie es gelingen kann, dass dieses Wachstum den breiten Bevölkerungsschichten zu Gute kommt. Die gegenwärtige Globalisierung stärkt tendenziell die neuen globalen Mittel- und Oberschichten sowie die internati-

onalen Konzerne. Die steigende Ungleichheit steht der Verwirklichung der sozialen Menschenrechte entgegen.

Noch keineswegs ausgemacht ist auch, ob die **ökologische Wende** und eine Dekarbonisierung des Wirtschaftens gelingen werden. Viele Indizien sprechen dafür, dass hierfür bedeutend größere Transformationen, etwa hinsichtlich Investitionsprioritäten nötig sein werden und dass die **Entkopplung** von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zumindest bisher nur sehr marginal geblieben ist.

Die Debatten über Post-Wachstum werden weitergehen. Sie sind notwendig und befruchtend. Die dabei entwickelten Konzepte könnten ähnlich die ersten Ansätze biologischen Landbaus oder Erneuerbarer Energiequellen zu Pionierleistungen werden, wenn die Zeit dafür reif sein wird.

Derzeit stehen **mehrere Ansätze** in Diskussion, die teilweise einander ergänzen, teilweise aber weiterhin äußerst kontrovers liegen:

- Konjunkturankurbelung durch **Konsumwachstum**, ermöglicht durch Kaukraftsteigerung und flankiert durch ökologische Maßnahmen (v. a. Enquete-Kommission/Mehrheitsvotum, Wirtschaftsforschungsinstitut, OeNB, Mehrheit in der Politik)
- Übergang zu **Dienstleistungswirtschaften** mit der Förderung öffentlicher Angebote bei gleichzeitiger Zurückdrängung oder zumindest Nichtforcierung privater Konsumnachfrage (beispielsweise Beiträge in „Postwachstumsgesellschaft“, Enquete-Kommission/Sondervotum, Marterbauer, Jackson)
- Wachstum durch **grüne Investitionen** und ökologischen Strukturwandel (beispielsweise Fücks, Schulmeister)
- Wachstumsrücknahme durch **Konsumrücknahme** und Ausbau des Eigenwirtschaftssektors (insbesondere Paech, Latouche, Welzer, Bennholdt-Thomsen, Biesecker/von Wintersfeld)
- **Neuverteilung der Erwerbsarbeit** aufgrund sinkender Wachstumsraten und Arbeitszeitverkürzung (mit und ohne Lohnausgleich (Marterbauer, attac, Skidelsky, Schulmeister)
- Finanzierung von öffentlichen Aufgaben in der Postwachstumsgesellschaft durch **Vermögens- und Einkommensbeschränkungen** (z. B. attac/Rätz, Marterbauer, Flassbeck, Gahrman, Skidelsky, Felber)
- **Abbau der öffentlichen Verschuldung** durch (einmaligen) Rückbau der privaten Vermögenskonzentration (z. B. Dietz, Radermacher).
- **Ökologisierung durch Ressourcensteuern**, Verschiebung von Abgaben auf Arbeit zu Abgaben auf Naturverbrauch (Loske, Binswanger)
- Suche nach einem **Dritten Weg** zwischen Kapitalismus und Kommunismus, etwa durch eine Gemeinwohlökonomie (Felber) oder

alternative Wirtschaftsansätze und Unternehmensformen (Binswanger, Genossenschaftsbewegungen)

- **Überwindung des Kapitalismus** und Aufbau solidarischer Ökonomien oder eines Ökosozialismus (z. B. Altvater, bedingt: Kolleg Postwachstumsgesellschaften)
- **Ausbau lokaler Ökonomien** mit Zweitwährungen und Grundgütermärkten (z. B. Latouche, Gahrman)
- Forcierung **globaler alternativer Entwicklungs- und Finanzierungswege**; für alle (Nowak, Pogge, Radermacher).

Diese Vielfalt mag verwirren. Sie macht aber zugleich das Lebendige offener Debatten über die Zukunft aus! Entscheidend wird sein, wie stark die Bewegungen einer freiwilligen Konsumrücknahme an Breite gewinnen werden, und wie weit es gelingen wird, die Potenziale der Solidarität gegenüber Einzel-Egoismen zu aktivieren. Denn die Herausforderungen an die Wohlstandsgesellschaften steigen auch durch die Zunahme von Migration und Flüchtlingsbewegungen. Und sollten die Staaten ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen können, dann braucht es nicht nur Diskurse der Solidarität, sondern auch eine neue, solide Finanzierungsbasis. Die neu aufflammenden Nationalismen in Europa lassen hier nichts Gutes befürchtet.

Weiterführende Links

Websites

Wachstum im Wandel: www.wachstumimwandel.at
 Blog Postwachstum: www.postwachstum.de
 Degrowth: www.degrowth.org
 Décroissance: www.decroissance.fr
 DenkWerk Zukunft: www.denkwerkzukunft.de
 Jenseits des Wachstums: www.attac-netzwerk.de/jenseits-des-wachstums
 Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität
 Jena: www.kolleg-postwachstum.de
 Stiftung FUTUR ZWEI: www.futurzwei.org
 Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen: www.jungk-bibliothek.at

Aufsätze und Studien

Brand, Ulrich (2015): Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille?
www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/wp5_2015.pdf

Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (2009).
 Englische und französische Ausgabe.
www.insee.fr/fr/publications-et-services/default.asp?page=dossiers_web/stiglitz/documents-commission.htm

Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft".
 Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 1419. 845 S. 2013.
www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission

Freytag, Elisabeth; Hinterberger, Friedrich, Pirgmeier, Elke; Schuster, Martina (2011): Growth in Transition.
 Routledge, 194 S.
www.wachstumimwandel.at/growth-in-transition/

Gebauer, Jana; Sagebiel, Julian (2013): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? – Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Berlin.
www.ioew.de/publikation/wie_wichtig_ist_wachstum_fuer_kmu/

Gubitzer, Luise (2011): Was tun wir, wenn wir tätig sind? Dienste leisten. 2011.
www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Was-tun-wir-wenn-wir-t%C3%A4tig-sind.pdf

Hanke, Gerolf; Best, Benjamin (2013): Die Energiewende aus wachstumskritischer Perspektive. In:
 Radtke, J., Henning, B. (Hrsg.): Die deutsche Energiewende nach Fukushima. Marburg: Metropolis. S. 255-283.
epub.wupperinst.org/files/5026/5026_Hanke.pdf

Hinterberger, Fritz; Stocker, Andrea (2014): Policy Papers zu Wachstum im Wandel. Zusammenfassung.
www.wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/wiw14_policy_papers_zusammenfassung_de_finale.pdf

Holzinger, Hans (2010), WiW-Zukunftsdossier No. 1: Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke:
www.wachstumimwandel.at/zukunftsdossier-wirtschaften-jenseits-von-wachstum-befunde-und-ausblicke/

Holzinger, Hans (2010), WiW-Zukunftsdossier No. 2: Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke.
www.wachstumimwandel.at/zukunftsdossier-zur-zukunft-der-arbeit/

Andrea Liesen, Christian Dietsche, Jana Gebauer: Wachstumsneutrale Unternehmen. Pilotstudie zur Unternehmensperspektive im Postwachstumsdiskurs Berlin, 2013.

www.ioew.de/fileadmin/_migrated/tx_ukioewdb/IOEW_SR_205_Wachstumsneutrale_Unternehmen_01.pdf

OeNB (2015): Gesamtwirtschaftliche Prognose: <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Konjunktur/prognosen-fuer-oesterreich/gesamtwirtschaftliche-prognose.html>

Pirgmaier, Elke (2012), WiW-Zukunftsossier No. 3: Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte:

www.wachstumimwandel.at/zukunftsossier-alternative-wirtschafts-und-gesellschaftskonzepte/

Kolleg Postwachstum (2015): Postwachstum und Arbeit – Diagnosen und Gegenentwürfe. Eine kommentierte Literaturübersicht

www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/WorkingPaper/wp6_2015.pdf

Schulmeister, Stephan (2015): Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht.

stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Schulmeister_ohne_Wachstum_QART_2.pdf

Stephan Lorenz (2015): Umweltsoziologie der Wachstumskritik und wachstumskritische Umweltsoziologie.

www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/WorkingPaper/wp7_2015.pdf

Tichy, Gunther (2011): Zentrale Ergebnisse der Forschung über Lebenszufriedenheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 2011/H. 3, S. 435-460.

wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf

www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/WorkingPaper/wp6_2015.pdf

WBGU (2012): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation.

Eigenverl., Berlin. Kurz- und Langfassung.

www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf

Zinn, Karl Georg (2011): Vollbeschäftigung durch Wachstum ist obsolet. <http://denk-doch-mal.de/wp/karl-georg-zinn-vollbeschaeftigung-durch-wachstum-ist-obsolet/>